P 21903 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

30. Oktober 1974 Jg. 2 Nr. 22 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint ab November wöchentlich, Auflage: 57 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 30.10.1974 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am 27.10.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Mit Lohnabbau und 1 Million Arbeitslosen wollen die Kapitalisten aus der Krise raus

Als unausweichlich bezeichneten fünf Wirtschaftsinstitute in einem Gemeinschaftsgutachten, daß in den Wintermonaten die Arbeitslosenzahl auf eine Million ansteigen wird.

In ihrer Schätzung sind die Institute davon ausgegangen, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wie vorgesehen durchgeführt wird. In der Tat kann die kapitalistische Wirtschaftspolitik an der Krisenentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nichts grundlegendes ändern. Als einziges Heilmittel sehen diese Institute – wie bisher alle Äußerungen von Unternehmerseite und Regierung auch – die Beschränkung der Löhne an. Sie sollen "deutlich unter 10 %" steigen, also real möglichst weiter sinken. Bei einer Million Arbeitsloser bleibe es nur, wenn sich die Löhne an diesen Rahmen halten. Für einen Aufschwung bräuchte es ein kräftiges Ansteigen der Gewinne, damit die Unternehmer wieder investieren. Das ist die ganze Wissenschaft der bürgerlichen Wirtschaftslehre: Die kapitalistische Wirtschaft gedeiht bei hohen Gewinnen und niedrigen Löhnen, kann aber selbst für diesen Fall die Arbeitsplätze nicht garantieren. Doch deutlicher kann man zugleich gar nicht beweisen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem für die große Mehrheit der Gesellschaft, für die Arbeiterklasse und die lohnabhängige Bevölkerung unerträglich ist. Deutlicher kann man gar nicht beweisen, daß die Lohnabhängigen sich nicht am kapitalistischen "Gemeinwohl" orientieren können, weil das immer zu ihren Ungunsten ausgeht. Um sich jetzt in der Krise zu behaupten, müssen sie für die Löhne kämpfen, die sie brauchen, und nicht dafür stillhalten, was die Kapitalisten wollen. Und sie müssen zugleich den gewerkschaftlichen Zusammenschluß nützen, um die Forderung nach Arbeitslosengeld in der Höhe von mindestens 80 % des Nettolohns für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit durchzusetzen. Dieser Kampf ist absolut notwendig, damit die Versuche der Kapitalisten, die Arbeitslosen gegen die Beschäftigten auszuspielen, um mit der Arbeiterklasse Fußball zu spielen, abgewehrt werden können, und die Arbeiterklasse ihre Kräfte zusammenschließen kann, um die Kapitalisten vom Feld zu jagen. – bb –



3 000 demonstrierten in Speyer. Siehe Seite 7

Postgewerkschaft fordert 35-Stunden-Woche

Auf dem Post-Gewerkschaftstag wurde die Forderung nach der 35 Stunden-Woche beschlossen. Jeder Arbeiter wird sich sagen, das ist eine vernünftige Forderung, gerade jetzt, wo soviele keine Arbeit haben. Ganz anders aber reagierte die Bourgeoisie, ihre Regierungsvertreter und alle ihre Schreiberlinge und Moderatoren. Gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit zunehme und die Wirtschaft immer mehr in die Krise gerate, sei dies eine unverantwortliche und provokatorische Forderung. Viele, die heute erwerbslos seien, würden gerne 40 Stunden und mehr in der Woche arbeiten, wenn sie nur könnten, wurde gesagt.

In diesen Argumenten zeigt sich die ganze Widersinnigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Da der Profit ihre einzige Orientierung ist, nimmt es gar nicht Wunder, daß Arbeitslosigkeit für die Kapitalisten nur die Gelegenheit bedeutet, die Beschäftigten umso mehr auszubeuten, mehr Arbeit aus den einen auszupressen bei sinkendem Lohn und die anderen auf die Straße zu setzen. In der kapitalistischen Wirtschaft kann es nicht anders laufen.

Für die Arbeiterklasse aber zeigt sich dabei nur, wie notwendig es ist, die Kapitalistenherrschaft zu beseitigen, um eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen, in der die gesellschaftlich notwendige Arbeit gleichmäßig auf alle Arbeitenden verteilt werden kann und die arbeitende Gesellschaft für ihren eigenen Nutzen produziert.

Erhöhung des Arbeitslosengeldes gefordert

Erhöhung des Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeldes auf die Höhe des Nettolohnes ist ein Antrag, über den der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil–Bekleidung vom 3. bis 8.11. in München zu entscheiden hat. Beim IG Metall-Gewerkschaftstag wurden ähnliche Anträge in allgemeinen Anträgen zur "sozialen Sicherheit" untergebuttert. Es kommt aber darauf an, präzise die Forderungen nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Zahlung für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften zu verankern und deh Kampf dafür aufzunehmen, um dadurch den Versuchen der Kapitalisten zu begegnen, die Arbeitslosigkeit zur Drückung des gesamten Lebensniveaus der Lohnabhängigen zu nützen

Die Ergebnisse der Wahlen in Hessen und Bayern

In Hessen haben die beiden Koalitionsparteien SPD und FDP Stimmen verloren, aber die Mehrheit behalten. Die CDU ist die stärkste Partei in Hessen geworden. In Bayern hat die SPD Stimmen verloren, die FDP hat ihre Stimmen gehalten. Die CSU hat über 60 Prozent der Stimmen bekommen. Die Wahlbeteiligung in beiden Ländern ist ungefähr gleich hoch gewesen wie in den Landtagswahlen vor vier Jahren.

Was bedeutet dieses Wahlergebnis?

Dieses Wahlergebnis zeigt: Das bürgerlich-parlamentarische System in der Bundesrepublik Deutschland ist noch sehr stabil. Die SPD/FDP als Parteien, die mit Reformen die Widersprüche des Kapitalismus verkleistern wollten und als Regierungsparteien in Bund und einigen Ländern in die gegenwärtige Krise des westdeutschen Kapitalismus hineingeraten sind, verlieren das Vertrauen eines Teils der Wähler. Dieser Vertrauensverlust wirkt sich zugunsten der Oppositionsparteien im Bund, zugunsten der CDU/CSU aus, eben weil das parlamentarische System noch weitgehend intakt ist. Die SPD hat überall dort besonders viel Stimmen verloren, wo sie auf Grund jahrelanger Regierung besonders eng mit der staatlichen Macht verfilzt ist: in ganz Hessen und dort insbesondere in den großen Städten, deren Magistratsmehrheiten und Oberbürgermeister sie stellt. So hat sie zum Beispiel in Frankfurt fast alle Wahlkreise an die CDU verloren: Hatte sie 1970 von 8 Wahlkreisen in Frankfurt 6 Wahlkreise gewonnen, so hat sie 1974 nur noch einen Wahlkreis gewonnen. In Wiesbaden ist die CDU ebenfalls die stärkste Partei geworden, wie auch in Darmstadt.

In Bayern, wo die SPD im Land in der Opposition ist, hat sie vor allem dort Stimmen verloren, wo sie Regierungsfunktionen ausübt, das heißt in den großen Städten wie Nürnberg und München. Dort stellt sie die Mehrheiten im Stadtrat und die Oberbürgermeister. In München hat die SPD alle Wahlkreise verloren.

Die nächste Nummer der Kommunistischen Volkszeitung gibt es schon am Donnerstag, 7.11., nächste Woche. Die KVZ wird nun jede Woche donnerstags erscheinen.

Die SPD beschönigt die Lage, die CDU nicht

Die SPD als Regierungspartei beschönigt die wirtschaftliche Lage. Ihre ständige Rede ist, daß es in keinem "Industrieland" so gut aussehe, wie in der Bundesrepublik. Das nützt natürlich dem Arbeiter, der arbeitslos geworden ist, wenig. Auch dem Bauern, dessen Produktionskosten steigen und dessen Verkaufspreise an die Einkaufsgesellschaften sinken, nützt das nichts.

Die CDU als Oppositionspartei im Bund stellt die Lage so dar, wie sie ist: schlecht. Gleichzeitig erklärt sie diese schlechte Lage nicht aus der Entwicklung der Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern aus den "Fehlern" der Regierung. Sie verspricht, sie würde "aufräumen". Dabei denkt sie gar nicht daran, die Verhältnisse zu ändern.

In Bayern, wo die SPD im Land nicht an der Regierung, sondern in der Opposition war, versuchte sie ähnlich vorzugehen. Ihr hat es aber wenig gebracht: Wer als positive Beispiele die Bundespolitik und die Politik des Münchner Stadtrats vorweist, kann auch in der Opposition keine Stimmen gewinnen. Die CDU in Hessen und die CSU in Bayern haben ihren Stimmenzuwachs der Unzufriedenheit der Massen zu verdanken und der Tatsache, daß sich diese Unzufriedenheit der Massen bei Wahlen noch im wesentlichen in Stimmen für die parlamentarische Opposition niederschlägt.

Polarisierung, aber im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus

Die Wahlen haben fast ausschließlich zwischen den drei großen bürgerlichen Parteien stattgefunden. Im Vergleich zu früheren Landtagswahlen haben sie die Stimmen noch mehr auf sich konzentrieren können. Das geht vor allem auf die weiteren Stimmenverluste der NPD zurück. Diese Konzentrierung der Stimmen auf die großen Parteien bedeutet jedoch nicht, daß keine Polarisierung stattgefunden hätte bei der Wahl zwischen den großen bürgerlichen Parteien. Die Polarisierung war sogar sehr scharf. Vor allem in Hessen haben die SPD-Wähler mit ihren Stimmen vielfach die Demokratie verteidigen wollen, während Dregger gegen Gewerkschaften, roten Terror usw. gehetzt hat.

Diese Polarisierung hat teilweise eine klassenmäßige Grundlage und drückt sich auch dementsprechend in Stimmen aus. So hat die SPD in Darmstadt und Kassel zum Beispiel die Wahlkreise verteidigen können, in denen die Arbeiter eine große Mehrheit bilden.

Aber diese Polarisierung ist nicht klar und drückt auch nur zum Teil klassenmäßige Haltungen aus, weil sie unter Führung der bürgerlichen Parteien und im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus bleibt. Dregger hat zum Beispiel in seiner Wahlagitation scharf die Verfilzung von SPD und Bürokratie angegriffen. Damit griff er eine üble Sache auf, die die Massen empört. Die Arbeiter, die für die SPD stimmten, um Hessen vor dem Reaktionär Dregger in der Landesregierung zu bewahren, haben dafür in Kauf nehmen müssen, den SPD-Bürokraten ihre Pfründen zu verteidigen.

Die Kommunisten sind noch schwach und gespalten. Der Revisionismus hat einigen Einfluß.

Die Wahlen in Hessen und in Bayern zeigen, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterklasse selbständig Partei ergreift, den bürgerlich-parlamentarischen Rahmen durchbricht und sich klassenmäßig zur Durchsetzung der Ziele ihrer Klasse organisiert. An den Hessischen Landtagswahlen haben sich drei Organisationen beteiligt, die für sich in Anspruch nehmen, die Organisierung der Arbeiterklasse anzustreben. In Bayern zwei.

Die Stimmen all dieser Organisationen zusammen bilden einen fast vernachlässigbaren Prozentsatz an den abgegebenen Stimmen (in Hessen zirka 1,1 %; in Bayern zirka 0,5 %). Die DKP hat dabei die meisten Stimmen errungen (in Hessen zirka 28 000 = 0,9 %). Sie hat in allen 55 Wahlkreisen kandidiert. Diese Partei strebt jedoch nicht die Macht der Arbeiterklasse an, die Diktatur des Proletariats und die radikale Umwälzung der herrschenden Gesellschaft. Sie strebt Parlamentssitze für ihre Partei an, um im Rahmen des bürgerlichen Staates mitzuregieren. In der bürgerlichen Gesellschaft und in den kapitalistischen Betrieben will sie mitbestimmen.

Gleichzeitig haben in Hessen die Gruppe Rote Fahne, die unter dem Namen KPD kandidiert, und der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) an den Landtagswahlen teilgenommen. Die Gruppe Rote Fahne hat auch in Bayern kandidiert.

In Hessen hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) in 22 Wahlkreisen 4 152 Stimmen erhalten, der Kommunistische Bund Westdeutschland hat in 19 Wahlkreisen 2 734 Stimmen gewonnen. Dabei haben die Gruppe Rote Fahne (KPD) und der Kommunistische Bund Westdeutschland in 17 Wahlkreisen gleichzeitig kandidiert. Ihre Stimmen sind eindeutig als Stimmen für die proletarische Revolution zu werten. Sie machen zirka 0,2 % auf die abgegebenen Stimmen in ganz Hessen aus. In Bayern hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) zirka 6 700 Stimmen gewonnen, das sind weniger als 0,1 %.

Aus dem Inhalt:

Wahlen... (Forts. v. S.1)

Bezogen auf die gesamte Wahlbeteiligung fallen diese Stimmen nicht ins Gewicht, bezogen auf die Arbeiter und Angestellten, Bauern, Schüler und Studenten, die diese Stimmen abgegeben haben, fallen sie wohl ins Gewicht. Diese Wähler sind diejenigen, die bereits heute bewußt für die Ziele des Kommunismus eintreten und sich von allen bürgerlichen Parteien losgesagt haben. Viel hängt davon ab, wie diese Revolutionäre in der Arbeiterklasse und im Volk und in deren Kämpfen für den Kommunismus eintreten, und wie weit sie in der Lage sein werden, in diesen Kämpfen eine führende Rolle einzunehmen.

Wie sind diese Stimmen im einzelnen einzuschätzen?

Offensichtlich ist es für die Ziele der Kommunisten nicht nur grundsätzlich, sondern auch in Wahlen schädlich, wenn die Kommunisten nicht als einheitliche Organisation auftreten und sich allen bürgerlichen Parteien einheitlich gegenüberstellen können, sondern wenn sie einen Teil ihrer Kraft darauf verwenden müssen, sich selbst gegenüber zu treten und sich gegenseitig zu bekämpfen. Dies war in Hessen ein schlechter Ausgangspunkt und auch in Bayern, wenn er sich auch in Bayern nicht in Kandidaturen von zwei Organisationen niedergeschlagen hat, die sich als revolutionäre, marxistisch-leninistische Organisationen verstehen.

Zweitens zeigt sich, welches Gewicht der Name der Partei der Arbeiterklasse, der KPD, hat und wie notwendig es ist, diese Partei wiederaufzubauen. Dieser Name hat in Bayern mehr als 6 000 Wähler zur Stimmabgabe bewegt. In Hessen haben über 4 000 Arbeiter und Angestellte, Bauern, Schüler und Studenten für diesen Namen ihre Stimme abgegeben.

Mit diesem Namen ist es der Gruppe Rote Fahne gelungen, Kräfte auf dem Stimmzettel zu sammeln, die organisatorisch noch nicht durch die kommunistische Bewegung erfaßt sind und bisher noch nicht in einer festen Verbindung mit ihr stehen. Welche Bedeutung dieser Name nach wie vor hat, zeigt, daß er auch dort gezündet hat, wo die Kommunisten und speziell die Gruppe Rote Fahne bisher wenig kontinuierliche Arbeit unter den Massen geleistet haben.

Dort – etwa in Kassel – wo bisher die Arbeit der Kommunisten noch besonders schwach entwickelt ist und die Gruppe Rote Fahne (KPD) praktisch noch überhaupt nicht weiter in Erscheinung getreten ist, zeigt sich dies deutlich: Die Mehrzahl der Stimmen für den Kommunismus sind für die KPD abgegeben worden. Der Gruppe Rote Fahne (KPD) ist es also in den hessischen und bayrischen Landtagswahlen gelungen, Kräfte für ihren Stimmzettel zu gewinnen, die sie vorher noch nicht erreicht hatte.

Dies ist dem KBW nicht gelungen. Im wesentlichen entsprechen die Stimmen, die wir für unsere Kandidaten gewonnen haben, den Kräften, die wir direkt durch unsere Tätigkeiten erreicht haben und die wir zu bestimmten Zeitpunkten direkt in diese Tätigkeiten einbeziehen konnten. Die Stimmen, die wir in Hessen erreicht haben, liegen unter der verkauften Auflage der Kommunistischen Volkszeitung und entsprechen ungefähr den Kräften, die wir bei bestimmten großen Aktionen, wie zum Beispiel am 1. Mai, mobilisieren konnten, wenn man berücksichtigt, daß wir auch unter Jugendlichen Einfluß haben, die noch nicht wählen können. Entsprechend ist es dem Kommunistischen Bund Westdeutschland auch nur dort gelungen, einige Stimmen mehr zu erhalten als die Gruppe Rote Fahne, wo er wirklich als Organisator eine öffentliche Bedeutung in bestimmten Kämpfen am Ort erlangt hat und ein selbständiges Gewicht besitzt: so in Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden. An allen anderen Orten liegen die Stimmen für den KBW unter den Stimmen, die die Gruppe Rote Fahne erhalten hat.

Welche Konsequenzen zieht der KBW aus den hessischen Landtagswahlen, an denen er sich selbst mit Kandidaturen beteiligt hat?

Erstens halten wir weiterhin fest, daß die Einheit der Kommunisten in der einheitlichen Kommunistischen Partei angestrebt werden muß, und daß diese Partei heute noch nicht existiert. Ohne diese einheitliche kommunistische Partei aufzubauen, wird es den Kommunisten nicht möglich sein, ihren Einfluß von klein zu groß zu entwickeln und die Führung im Klassenkampf zu erringen und zu erhalten.

Zweitens halten wir fest, daß nur die ununterbrochene hartnäckige Arbeit der Kommunisten an jedem Ort und die Herstellung von dauerhaften Verbindungen zu den Massen eine Führung der Arbeiterklasse durch die Kommunisten ermöglichen wird. Nur eine solche Weiterentwicklung der Arbeit der Kommunisten wird es ihnen ermöglichen, bei der unvermeidlichen Verschärfung des Klassenkampfes die Radikalisierung der Arbeiterklasse in revolutionäre Tätigkeiten der Massen umzusetzen und diese Tätigkeiten anzuleiten und zu organisieren.

Drittens halten wir fest, daß der ideologische Aufbau der Partei gerade in der jetzigen Phase des Parteiaufbaus von entscheidender Bedeutung ist, und daß nur der ideologische Aufbau der Partei ihr ein festes Fundament geben wird. Der ideologische Aufbau der Partei muß sich auf eine richtige politische Linie beziehen; auf die Linie der Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes, der Politik der Aktionseinheit im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat, des Kampfes um Demokratie mit dem Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse.

Viertens halten wir fest, daß Wahlen und die Teilnahme an Wahlen ein guter Gradmesser für die Entwicklung des Einflusses der Kommunisten sind und als solcher benutzt werden müssen. Dabei stellen wir fest, daß der Einfluß der Kommunisten gegenwärtig noch sehr gering ist und noch nicht durchgehend auf einer festen Verbindung mit den Massen beruht, sondern teilweise noch auf der vorhandenen, spontanen Empörung in den Massen und der Erinnerung an die Kommunistische Partei, ohne daß bereits eine feste Verbindung zwischen dieser Tradition und der spontanen Empörung der Massen durch eine lebendige und hartnäckige Tätigkeit der Kommunisten unter den Massen hergestellt ist.

In diesem Sinne sind uns die Landtagswahlen in Hessen und Bayern ein Ansporn, unsere bisherige Arbeit fortzusetzen und Mängel in dieser Arbeit zu überwinden.

Mannheim, 27.10.1974
Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Zur Auseinandersetzung um die Mitbestimmung

Es gibt keine Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit

Die Mitbestimmung wird wohl vor den nächsten Bundestagswahlen nicht mehr beschlossen werden. Der Mitbestimmungsentwurf der Bundesregierung gefällt inzwischen niemandem mehr, auch nicht der Bundesregierung selbst. Denn die Ablehnung des vorliegenden Entwurfes durch die Gewerkschaftsführer würde bei einer Abstimmung auch die Fraktionseinheit der SPD durcheinanderbringen, vor allem aber die Koalition mit der FDP. Denn die FDP kann sich von der Koalitionsvereinbarung nun leichter absetzen, nachdem offensichtlich niemand, den das Mitbestimmungsrecht betrifft, in der vorliegenden Form dafür ist.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist die Mitbestimmung einfach. Es gibt keine Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, die angeblich mit der Mitbestimmung erreicht werden könne. Ob mit oder ohne Mitbestimmung – das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital bleibt das gleiche. Das Kapital beutet die Arbeiter aus, die Arbeiter schaffen für die Bereicherung der Kapitalisten. Umgekehrt können die Arbeiter nicht die Kapitalisten ausbeuten. Das ist die eine Seite – das kann durch die Mitbestimmung nicht verändert werden.

Die andere Seite der gleichen Medaille ist, daß zwar die Kapitalisten die Arbeiter brauchen, um sich zu bereichern, die Arbeiter aber gut auf die Kapitalisten verzichten können. Und nicht nur das – die Kapitalisten stehen allein einer Gesellschaft entgegen, die die Arbeiter als Produzenten des gesellschaftlichne Reichtums erkämpfen und aufbauen können. Eine Gesellschaft, in der der erzeugte Reichtum denen zugute kommt, die ihn erzeugen.

Aus diesem Grund besteht für die Arbeiterklasse überhaupt kein Interesse, sich mit den Kapitalisten zu arrangieren. Und jedes Angebot der Zusammenarbeit der Klassen ist notwendigerweise ein Betrug, denn die Zusammenarbeit kann nur darauf rauslaufen, daß die Arbeiter mitbestimmen sollen, wie sie ausgebeutet werden.

Für die Kapitalistenklasse stellt sich die Mitbestimmungsfrage nicht so einfach. Zunächst sind sie gegen Mitbestimmung. Was sollten sie auch für ein Interesse haben, in den Aufsichtsräten Vertreter der Gewerkschaften und der Belegschaft sitzen zu haben. Auch wenn die dort nichts entscheiden können, auch wenn sie das "Betriebswohl" vertreten müssen, sind sie lästig für die Kapitalisten. Ganz anders aber sieht die Sache für die Kapitalisten aus, wenn ihre Position nicht mehr unangefochten ist. Der unversöhnbare Gegensatz zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse führt immer wieder notwendig dazu, daß die Arbeiterklasse die Überflüssigkeit der Kapitalistenklasse erkennt und danach trachtet, deren Ausbeuterherrschaft zu beenden. In diesem notwendigen Klassenkampf hat die Kapitalistenklasse sehr wohl ein Interesse, die Auseinandersetzung auf das Ziel einer Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit abzulenken. Wenn der Kampf darüber geführt wird, wie die Zusammenarbeit zwischen den Klassen "verbessert" werden kann, wird er nicht darüber geführt, die Kapitalistenklasse abzuschaffen. Denn in dieser Auseinandersetzung ist ja von vornherein schon anerkannt, daß die Kapitalisten nicht überflüssig sind, daß nur die Zusammenarbeit mit ihnen verbessert werden müsse. Wird die Auseinandersetzung erst einmal darüber geführt, so kann die Kapitalistenklasse natürlich immer noch gegen jeden Mitbestimmungsvorschlag ein großes Geschrei erheben, und je nach der Entwicklung des Klassenkampfes sich einen Kompromiss abringen lassen.

Die große Mehrheit der Lohnabhängigen beteiligt sich nicht an den Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung. Sie versprechen sich nichts davon. Schlecht aber ist, daß sich die Führer der Gewerkschaften und die SPD umso mehr davon versprechen. Was sie sich davon versprechen, sagen sie auch deutlich genug. Der Vorsitzende der IG Bergbau, Adolf Schmidt, sagte z. B., daß ohne die Mitbestimmung im Montanbergbau die Entlassungen von hunderttausenden nicht so leicht über die Bühne gegangen wären. "Will mir jemand sagen, wie die Kapitalgeber allein mit diesem Problem hätten fertig werden sollen, von 1957 bis jetzt die Beschäftigtenzahl von 608 000 auf 204 000 herunterzubringen, ohne daß diese unsere Republik in Gefahr gekommen ist?"

So pries Schmidt, daß in der Zeit der Mitbestimmung zwischen 1956 und heute die Mann- und Schichtleistung von weniger als 1 500 kg auf mehr als 4 000 kg hochgetrieben wurde. Schmidt vergaß zu erwähnen, daß die von Sozialdemokraten geführte IG Bergbau die Löhne im Bergbau im selben Zeitraum ganz besonders niedrig hielt.

Weiter lobte Adolf Schmidt die Unterstützung der Mitbestimmung beim Machtausbau der westdeutschen Monopolkapitalisten "In der Zeit der Mitbestimmung ist die August-Thyssen-Hütte AG der größte kontinentaleuropäische Stahlerzeuger geworden, nicht trotz Mitbestimmung, sondern auch wegen der Mitbestimmung. In der gleichen Zeit hat ein anderes bedeutsames Stahlunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland eine einzigartige Verbindung mit einem anderen Stahlunternehmen außerhalb der Bundesrepublik angeknüpft."

Gegen die Zusammenlegung dieses Stahlwerkes, Hoesch, mit Hoogovens (Niederlande) hatten die Arbeiter in Demonstrationen und Versammlungen aufs schärfste protestiert, denn für Tausende hieß die Zusammenlegung Entlassung.

Diese Gewerkschaftführer haben den größten Ehrgeiz darin, die ungehemmte Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft mitzubestimmen, selbst wenn diese kapitalistische Wirtschaft die Lage der Lohnabhängigen ständig verschlechtert. Sie preisen ganz offen die Mitbestimmung als ein Mittel, die Arbeiter von dem notwendigen Kampf gegen die Kapitalistenklasse, zu dem sie ihre Lage zwingt, abzuhalten.

Auf dem Kongreß der IG Druck appellierte der DGB-Vorsitzende Vetter an die Kapitalisten, die Mitbestimmung als den Rettungsanker in der Krise aufzugreifen mit den Worten: "Sie haben aus der jüngsten Geschichte unseres Volkes nicht gelernt. Sie begreifen nämlich nicht oder wollen nicht begreifen, daß die Mitbestimmung einer der Wege aus der sonst unaufhaltsamen Zerstörung unseres Gesellschaftssystems ist." Doch dieser Appell bedeutet zugleich eine Drohung an die Arbeiterklasse. Mit seiner Anspielung auf die Erfahrungen der jüngsten Geschichte will Vetter die Alternative aufzwingen, entweder erzwungene Zusammenarbeit mit den Kapitalisten wie im Faschismus oder "freiwillige Zusammenarbeit" mit der Mitbestimmung. Für die Arbeiterklasse ist diese Alternative unannehmbar. Sie muß sich für ihre eigenen Interessen zusammenschließen, die mit dem Kapitalismus nicht vereinbar sind. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die unabhängigen Organe der Belegschaft zu stärken, gegen die Beschränkung der Rechte der Betriebsräte aufzutreten. Es ist überhaupt kein Zufall, daß die gleichen Gewerkschaftsführer, die ständig die Mitbestimmung im Munde führen, offen für die Schweige- und Friedenspflicht der Betriebsräte eintreten und das Betriebsverfassungsgesetz in den Himmel loben. Die Kungelei mit den Kapitalisten setzen sie überall gegen die offene Interessenvertretung der Belegschaften. Die gewählten Vertreter der Belegschaft in die Hinterzimmer der Kapitalisten ziehen, sie gegen die Belegschaft als Makler der Kapitalisten aufbauen, das versuchen sie schon mit den Betriebsräten, das wollen sie mit der Mitbestimmung zum System erheben.

–bb–

Steuererhöhung - sicher, aber „ungewollt"

Daß schon im nächsten Jahr Steuererhöhungen beschlossen werden, die weit größer sind als die Minderungen durch die Steuerreform, steht so gut wie fest. Dies berichtete die Wirtschaftswoche vom 11. Oktober. Allein im nächsten Jahr werden die Defizite in den Bund- und Länderhaushalten sich mehr als verdoppeln. Die Bundesregierung plant die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Als indirekte Steuer, die auf alle Güter des täglichen Lebensbedarfs der Lohnabhängigen erhoben wird, ist dies die übelste aller Steuern. Selbst wer so wenig verdient, daß er keine Lohnsteuer zahlen muß, wird noch durch die indirekten Steuern geschröpft. Daß die Bundesregierung die Mehrwertsteuer erhöhen will, geht eindeutig aus ihrem Dementi hervor. Befragt, erklärte sie: *"Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. An dieser Auffassung der Bundesregierung, die der Bundeskanzler am 17. Mai in seiner Regierungserklärung dargelegt hat, hat sich nichts geändert."* Der entsprechende Passus der Regierungserklärung lautet: *"Bundestag und Bundesrat haben es in der Hand, durch Verzicht auf ausgabenwirksame Gesetze und Verzicht auf Initiativen zu vermeiden, daß der Mehrwertsteuersatz erhöht werden müßte; denn das wäre möglicherweise zum Schluß die einzige Deckungsmöglichkeit für Einnahmelücken dieses Umfangs. Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen."*

Das heißt, die Bundesregierung hat nicht die Absicht, sie wird sich jedoch gezwungen sehen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Und daß, wenn sie sich gezwungen sieht, sie die Mehrwertsteuer und keine andere Steuer erhöhen wird, hat sie damit auch eindeutig erklärt.

Zwei US-Brigaden nach Norddeutschland

Nach dem Reforger-Manöver wurde bekannt, daß zwei US-Panzerbrigaden in Norddeutschland stationiert werden sollen. Die Norddeutsche Tiefebene, so hieß es schon im Juli in einer amerikanischen Studie, sei die "klassische Panzerrollstraße". Deshalb müsse der amerikanische Panzereinsatz dort massiert werden und nicht in Süddeutschland mit seinen zahlreichen Geländebarrieren.

Verteidigungsminister Leber soll Bedenken geäußert haben. Die Holländer könnten dann in ihren militärischen Anstrengungen nachlassen, meinte er. Das scheint uns nur vorgeschoben, denn tatsächlich hat Leber Angst, daß sich die Bevölkerung in den vorgesehenen Standorten dagegen zur Wehr setzen könnte.

BND: Millionen-Waffenschieberei

Daß der Bundesnachrichtendienst BND, wie in der letzten KBZ berichtet, umfangreiche Rüstungsschiebereien betrieben hat, ist jetzt durch die Aussage eines Ingenieurs in der Fernsehsendung Monitor bestätigt worden. Es ging dabei um Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums in der Größenordnung von 70 bis 80 Millionen DM. Außerdem haben Mitarbeiter des BND illegal Waffen der Bonner Waffenfirma Merex in großem Umfang ins Ausland verschoben. Außerdem soll die Tätigkeit von Journalisten für den BND, über die wir ebenfalls berichteten, mit monatlichen Honoraren bis zu 15 000 DM vergütet worden sein (nach: Frankfurter Rundschau vom 23. Oktober).

Ab 1975 drastische Erhöhung der Bußgelder

Ab 1975 sollen die Buß- und Verwarngelder für Überschreitungen der Verkehrsordnung drastisch erhöht werden. Ebenfalls teurer werden die Gebühren für Führerscheine und TÜV: Zum Teil sollen die Erhöhungen für Verwarngelder um bis zu 300 % ansteigen. Insgesamt werden 41 Positionen auf dem Bußgeldkatalog teurer. Das allgemeine Verkehrschaos wird dadurch nicht besser, sondern lediglich vom Staat zu weiterer Ausplünderung genutzt.

Kindergeld nur, wenn Familie der Bürokratie gefällt

Mit dem komplizierten Antragsverfahren für die neue Kindergeldregelung wird die Bundesregierung ihre Lohnsteuereinnahmen erhöhen. Auf die gleiche Weise kassiert sie schon seit Jahrzehnten Milliarden, weil viele mit dem jährlichen Lohnsteuerausgleichverfahren nicht zurecht kommen.

Wer keinen Antrag auf Kindergeld stellt, wird kein Kindergeld erhalten und zudem noch mehr Steuern bezahlen, weil mit der neuen Kindergeldregelung die automatischen Kindergeldfreibeträge beim Lohnsteuerabzug wegfallen. Weniger als 40 % haben bisher die Anträge gestellt, von den gestellten Anträgen sind fast die Hälfte ungültig, weil irgendwelche Angaben fehlen.

Anträge müssen alle stellen, die bisher kein Kindergeld erhalten haben. Antragsformulare sind auf den Arbeitsämtern erhältlich. Unvollständige Anträge werden zurückgeschickt. Die zuständige Familienministerin Focke sagte dazu zynisch, die Anträge seien einfach, offenbar aber nicht die Familienverhältnisse.

Bauern und Bauern

Während ein Viertel der westdeutschen Landwirte durchschnittlich nur 10 000 DM im Jahr verdient, verdient ein anderes Viertel der Landwirt durchschnittlich 470 000 DM im Jahr. Zu diesem Ergebnis kommt ein internes Agrarpapier des Bundeswirtschaftsministeriums, über das der Spiegel vom 14. Oktober berichtete. An diesen Zahlen zeigt sich deutlich, daß es keinen Bauernstand mit einheitlichen Interessen gibt, sondern Großbauern, die ihre Güter kapitalistisch mit Lohnarbeitern betreiben, und kleine und mittlere Bauern, die allein von ihrer Hände Arbeit leben und zu einem großen Teil sich schon zusätzlich als Lohnarbeiter in der Industrie verdingen müssen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Laut Spiegel soll das interne Papier der Bundesregierung auch zu dem Schluß kommen, daß die Agrarpreisfestsetzung der EG dies nicht aufhalten könne, sondern dazu geführt hätte, daß die "Reichsten ihren Vorsprung immer weiter ausbauen". Laut Spiegel sieht das Papier vor, nur noch die landwirtschaftlichen Einkommen direkt zu subventionieren nach dem Gesamteinkommen des landwirtschaftlichen Betriebes. Doch dieser Vorschlag zeigt nur, daß es im Kapitalismus für die Masse der Bauern keine Perspektive gibt, allenfalls eine staatliche Sterbehilfe.

Widerlegung der gängigsten Argumente gegen den entschlossenen Lohnkampf

Seit es Kapitalisten auf der einen Seite gibt und Lohnarbeiter auf der anderen Seite, behaupten die bürgerlichen Politiker, die hohen Herren Professoren und die Journalisten: der Lohnkampf sei schädlich, und am meisten schade er den Arbeitern selber. Was wir gegenwärtig von solchen Leuten zu hören bekommen, ist also nicht neu. Seit es Kapitalisten und Arbeiter gibt, haben sich aber auch die Arbeiter vom Lohnkampf nicht abhalten lassen. Das zeigt: Was immer die Helfershelfer der Kapitalisten behaupten: Der Kampf um den Lohn ergibt sich aus den herrschenden Verhältnissen selber. Es kann für die Arbeiter nicht darum gehen, ob der Lohnkampf geführt werden soll oder nicht, sondern nur darum, wie er entschlossen geführt werden kann.

Die Argumente gegen den entschlossenen Kampf sind für die Kapitalisten nützlich. Sie sind aber falsch. Übernimmt die Arbeiterklasse diese Argumente, dann ist sie entwaffnet.

1. Behauptung: "Die Löhne treiben die Preise"

Jeder ältere Arbeiter und jeder Arbeiter, der die tatsächliche Entwicklung über ein paar Jahre hinweg anschaut, kann sofort sehen, daß das nicht stimmt. In der Krise von 1966/67 war es den Kapitalisten gelungen, den Reallohn zu senken und auch die Tariflöhne einzufrieren. 1969 waren die Löhne immer noch auf dem Stand von 1967. Die Preise waren aber bereits stark gestiegen und noch stärker die Arbeitshetze. Das heißt, die Arbeiter arbeiten mehr als vorher und zum gleichen Lohn, und dennoch waren die Preise gestiegen. Erst durch die Septemberstreiks von 1969 ist es den Arbeitern gelungen, eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Jetzt, wo eine neue Krise sich bemerkbar macht, beginnt der Reallohn erneut zu sinken und selbst der nominale, also in Geld und nicht in Waren ausgedrückte Effektivlohn steigt langsamer als die Preise, d.h. beginnt in Wirklichkeit zu sinken. Das zeigt: Die Löhne steigen in der Zeit zwischen den Krisen zuletzt und beginnen zuerst zu sinken. Auch in der Zeit zwischen den Tarifabschlüssen kann man gut sehen, daß die Preise steigen, ohne daß Lohnerhöhungen stattfinden. Also, schon der erste Blick zeigt, daß nicht die Löhne die Preise treiben.

Das kann ja auch nicht sein. Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft zunächst eine Ware wie jede andere. Als solche Ware hat sie ihren Preis. Dieser Preis ist der Lohn. Wodurch sind nun die Preise bestimmt? Die Kapitalisten sagen, die Preise sind durch den Markt bestimmt. Das ist nicht richtig, durch den Markt und die Konkurrenz sind nur die Preisschwankungen bestimmt. Diese schwanken ja aber nicht irgendwo rum, und völlig willkürlich. In diesen Schwankungen des Preises setzt sich langfristig gerade der Wert der Waren durch, und dieser Wert der Waren ist bestimmt durch die auf sie verwandte notwendige Arbeit, durch die Arbeitszeit. Sonst wäre überhaupt nicht erklärlich, warum zum Beispiel ein Auto teurer ist als ein Fahrrad. Wenn alles willkürlich wäre, dann könnten die Kapitalisten beliebige Waren teurer machen und andere billiger, und es käme für sie aufs gleiche raus. Ganz so weit geht die Freiheit der Kapitalisten jedoch nicht. Auch sie sind bestimmten Gesetzen unterworfen, ökonomischen Gesetzen. Da sich diese Gesetze nur auf dem Markt und durch die Konkurrenz durchsetzen, denken sie, die Marktgesetze und die Gesetze der Konkurrenz seien die einzigen ökonomischen Gesetze. Für die Arbeiter ist es da leichter, tiefer zu blicken. Die Arbeiter wissen genau, daß das Entscheidende an der Produktion die menschliche Arbeit ist. Sonst läuft nichts. Tatsächlich ist es auch die Arbeit und die notwendige Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware notwendig ist, die den Waren ihren Wert gibt. Nicht der Preis der einen Ware gibt der anderen Ware ihren Wert und Preis, sondern die notwendige Arbeit, die von den Arbeitern auf sie verausgabt worden ist. Wie verhält es sich nun speziell mit dem Wert der Ware Arbeitskraft, die die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse verkauft, und dem Wert der Produktenmasse, die die Kapitalistenklasse durch die Arbeit der Arbeiter in die Hände bekommt und als Waren verkaufen kann? Der Wert der Ware Arbeitskraft ist durch die Arbeit bestimmt, die in die Waren eingeht, die die Arbeiterklasse braucht, um sich am Leben zu erhalten. Der Wert der Waren, die die Arbeitskraft in der kapitalistischen Fabrik produziert, ist durch die Arbeitszeit bestimmt, die die Arbeiter zu ihrer Produktion aufbringen. Die Arbeiter produzieren für den Kapitalisten sehr viel mehr Waren, als sie selber für ihren Lebensunterhalt verbrauchen. Diese Warenmasse ist auch sehr viel mehr wert als die Waren, die die Arbeiterklasse selber verbraucht. Woran liegt das? Das liegt daran, daß die Arbeiter für den Kapitalisten sehr viel mehr Arbeit leisten, als er ihnen im Lohn bezahlt. Das ist Ausbeutung: Aneignung von unbezahlter fremder Arbeit. Daß diese Ausbeutung der ganzen kapitalistischen Produktion zugrundeliegt, kann jeder Bauarbeiter oder KFZ-Mechaniker, der in die Lage kommt, den Kunden seines "Meisters" die Rechnungen selber auszustellen, leicht erkennen: Seine Arbeitskraft schlägt sich in der Rechnung des Kunden ganz anders nieder als auf seinem Lohnzettel. Das bedeutet: Während der Kapitalist seinem Kunden die geleistete Arbeit seines Arbeiters voll anrechnet, rechnet er sie dem Arbeiter selbst vielleicht nur zur Hälfte oder zu einem Viertel an. Das ist in den großen Betrieben nicht anders, bloß liegt es dort nicht mehr so auf der Hand. Die Arbeit des Arbeiters für den Kapitalisten besteht also für den Arbeiter aus bezahlter und unbezahlter Arbeit, während sich der Kapitalist die ganze Arbeit bezahlen läßt.

Wie kann denn nun der Lohn den Preis in die Höhe treiben, den der Kapitalist am Ende für das Produkt des Arbeiters verlangt? Erstens bezahlt der Kapitalist dem Arbeiter gar nicht die Arbeit im Lohn, sondern bezahlt dem Arbeiter nur einen Teil der Arbeitszeit, die notwendig ist, um die Produkte für den Lebensunterhalt des Arbeiters zu produzieren (die andere Arbeiter produzieren, und die der Arbeiter später von irgendeinem Kapitalisten zum vollen Wert und vielleicht noch überteuert kaufen muß). Zweitens richtet sich der Preis seines Produktes überhaupt nicht nach dem Lohn, sondern nach der insgesamt auf dieses Produkt verwandten Arbeitszeit.

Das Lohnsystem verhüllt diese Tatsache, weil der Lohn auf die ganze Arbeitszeit berechnet wird. So sieht es auf den ersten Blick so aus, als würde auch die ganze Arbeit bezahlt. Wenn dies so wäre, dann wäre der Preis der Ware, die der Arbeiter produziert, gleich mit seinem Lohn. Dies ist jedoch offensichtlich nicht der Fall, wie erstens die riesigen Profite der Kapitalisten zeigen und wie zweitens das Beispiel mit dem Maurer und dem KFZ-Mechaniker gezeigt hat, die für ihren Kapitalisten die Rechnung ausstellen.

Der Kapitalist bezahlt also die Arbeit der Arbeiter nicht voll, sondern eignet sich einen Teil dieser Arbeit unbezahlt an und behauptet dann auch noch, der angeblich hohe Lohn sei an den hohen Preisen schuld. Dies soll die Arbeiter daran hindern, wenigstens den Wert ihrer Ware Arbeitskraft als Lohn vollständig zu erhalten. Freiwillig zahlt der Kapitalist eben nicht einmal das, was die Arbeiterklasse unbedingt zu ihrem Lebensunterhalt braucht. Mehr zahlt er auf keinen Fall. Die Arbeiter haben sich deshalb stets in Gewerkschaften organisiert, um wenigstens das absolut Notwendige zu erkämpfen. Gleichzeitig haben die bewußtesten Kräfte der Arbeiterklasse stets erkannt, daß im Kampf um den Lohn die Ausbeutung niemals abgeschafft werden kann. Denn die Ausbeutung besteht ja gerade im Lohnsystem, und dieses wird so lange gelten, wie die Produktionsmittel in der Hand der Kapitalisten sind und die Arbeiter ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen müssen.

Für die Kapitalisten ist es ganz natürlich, daß sie die Löhne drücken und die Preise heben. Beides dient ihrem Profit. Wenn sie behaupten, sie **müßten** die Preise heben, **weil** die Löhne gestiegen seien, dann gleicht dies den Geschichten, die gewiefte Viehhändler den Bauern erzählen, um sie zu bescheißen. Da die Kapitalisten damit die Arbeiter unter das Existenzniveau drücken wollen und die Arbeiter also dadurch zum Kampf um ihre Existenz gezwungen werden, verfangen diese Geschichten in der Praxis nicht sehr lange, selbst wenn die Arbeiter noch nicht beweisen können, daß sie obendrein falsch sind.

2. Behauptung: "Die Arbeiter müssen bei den Löhnen zurückstecken, um dem Ganzen und damit letzten Endes sich selbst zu dienen"

Das Ganze, also die bürgerliche Gesellschaft, besteht aus zwei Teilen: der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse. Beide haben direkt entgegengesetzte Interessen. Die Kapitalistenklasse will aus der Arbeitskraft der Arbeiter möglichst viel Arbeit herausholen und schreckt dabei auch nicht vor der Vernichtung der Arbeitskraft zurück. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, ihre Arbeitskraft zu erhalten, einen Lohn zu bekommen, der die Wiederherstellung der Arbeitskraft sichert. Die Kapitalistenklasse hat guten Grund, die bestehende Gesellschaftsordnung mit allen Mitteln vor ihrem Untergang zu retten, die Arbeiterklasse hat dazu gar keinen Grund. Offensichtlich ist es also so, daß die Arbeiterklasse dem "Ganzen" nur dienen kann, wenn sie ihren eigenen Interessen zuwiderhandelt, wenn sie die Unterhöhlung ihrer eigenen Existenz hinnimmt, um die Existenz der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu sichern. Dies ist ganz buchstäblich zu nehmen: Denn bei jeder solchen "Lösung" der Krise hat die kapitalistische Wirtschaftsweise zwar wieder ihre Lebensdauer um ein paar Jahre erhöht. Die Lebensdauer einer ganzen Generation von Arbeitern hat diese Lösung der Krise jedoch beträchtlich verkürzt. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung stößt sich noch einmal gesund, indem sie eine ganze Reihe von Arbeitern früher ins Grab stößt. Eine solche Lösung der Krise kann die Arbeiterklasse unmöglich freiwillig hinnehmen, und freiwillig hat sie sie auch noch niemals hingenommen.

Bei der Behauptung "Die Arbeiter müssen bei den Löhnen zurückstecken, um dem Ganzen und damit letzten Endes sich selbst zu dienen" handelt es sich wieder nur um eine Geschichte: Die Arbeiter sollen zum freiwilligen Preisnachlaß beim Verkauf ihrer Arbeitskraft gebracht werden. Die Kapitalisten sollen die letzten Lebenssäfte aus der Arbeiterklasse heraussaugen können, um ihre Profite zu halten.

3. Behauptung: "Wir müssen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben!"

Das erzählen die Kapitalisten eines jeden Landes den Arbeitern, die in ihrem Land schuften.

Aber bekanntlich sind es nicht die Arbeiter, die auf dem Weltmarkt miteinander um den Höchstprofit konkurrieren, und zweitens schadet jede Nachgiebigkeit gegenüber diesem Argument direkt den Interessen der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Land wie auch der internationalen Arbeiterklasse insgesamt. Hören zum Beispiel die Arbeiter in Westdeutschland auf dieses Argument und gelingt es den Kapitalisten in Westdeutschland, die Löhne zu drücken, dann nehmen die Kapitalisten in Frankreich oder Amerika das gleich zum Anlaß, die Löhne der dortigen Arbeiter zu drücken. Haben sie dabei Erfolg, dann werden die Kapitalisten in Westdeutschland wieder einen weiteren Vorwand haben, um unter Hinweis auf die verschlechterte Konkurrenzsituation erneut die Löhne zu drücken. Ein solcher Kreislauf wäre für die Kapitalisten aller Länder eine ganz ausgezeichnete Sache. Für die Arbeiter aller Länder dagegen gilt: kompromißloser Klassenkampf im eigenen Land, um die eigenen Interessen zu verfechten und damit die Interessen der internationalen Arbeiterklasse insgesamt.

4. Behauptung: "Aus der Krise kommen wir nur heraus, wenn die Gewinne angekurbelt werden und die Löhne gebremst werden."

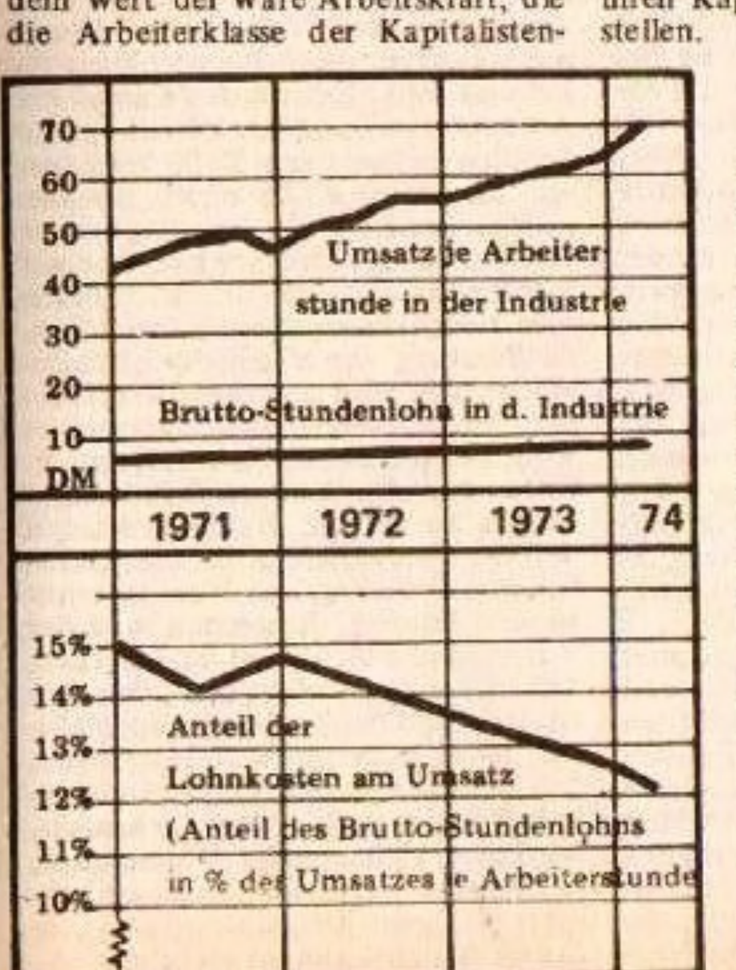
Das wäre natürlich für die Kapitalistenklasse ein Ausweg. Die Arbeiterklasse aber würde er in die Krise erst richtig hineinführen. Die Kapitalisten verschärfen die Arbeitshetze und benutzen die Arbeitslosigkeit als gefährliche Waffe, um die in Arbeit bleibenden bis aufs Blut auszupressen. Für mehr und dichtere Arbeit weniger zu bezahlen, das ist für die Kapitalisten sehr erstrebenswert. Für die Arbeiter nicht. Außerdem würde dies den Kapitalisten nur ermöglichen, noch mehr Arbeiter zu entlassen, den Druck auf die in der Arbeit bleibenden noch weiter zu verstärken, denn ihr Ziel ist ja nicht, möglichst viele Arbeiter zu haben, sondern ihr Ziel ist, mit möglichst wenigen Arbeitern möglichst viel Gewinn zu produzieren, um auf diese Weise aus der Krise herauszukommen. Würden sie aber auf diese Art und Weise aus der Krise herauskommen, dann nur dadurch, daß sich die Krise für die Arbeiterklasse bedeutend verschärft hätte und daß sich die Lage der Arbeiterklasse bedeutend verschlechtert hätte. Am Ende steigen vielleicht wieder die Gewinne der Kapitalisten, aber die Lebensmöglichkeiten der Arbeiter sind schlechter geworden.

5. Behauptung: "Wenn die Löhne steigen, dann machen die Kapitalisten dicht und wandern ins Ausland ab."

Die Kapitalisten richten sich nicht nach der Höhe der Löhne, sondern nach der Höhe der Gewinnerwartungen und nach der Sicherheit der Anlagen im Verhältnis zu den Gewinnerwartungen. Sie haben ihre Fabriken hier in Westdeutschland, weil in Westdeutschland für sie lange Zeit die Lage besonders günstig gewesen ist: Auf der einen Seite ist die Produktivität der Arbeit der Arbeiterklasse hier besonders hoch, auf der anderen Seite waren die Löhne vergleichsweise niedrig. Deshalb ist auch nicht nur deutsches Kapital hier in Westdeutschland, sondern auch zum Beispiel sehr viel amerikanisches Kapital. Beides, hohe Produktivität und relativ geringer Lohn, ist ein Zeichen für die besonders starke Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Es ist klar, daß es die Ausbeuter dorthin zieht, wo die Ausbeutungsbedingungen am günstigsten sind. Aber darauf folgt ja niemals, daß die Arbeiterklasse danach streben kann, besonders ausgebeutet zu werden, sondern, daß sie danach streben muß, gegen die Ausbeutung zu kämpfen, um schließlich ihre Grundlagen zu beseitigen.

6. Behauptung: "An allem ist bloß die Ölkrise schuld. Dafür kann in Westdeutschland niemand was, aber jetzt müssen wir halt alle den Gürtel enger schnallen."

Die Ölkrise, also die Tatsache, daß die Öländer sich nicht mehr ohne jede Gegenwehr ausplündern lassen, wie es den Ölkonzernen paßt, soll dazu herhalten, die Ursachen für die schlechte Lage der Arbeiterklasse überall zu suchen, nur nicht im Kapitalismus und in der Tatsache, daß in Westdeutschland eine kapitalistische Ausbeuterordnung herrscht. Die Verteuerung des Öls, soweit sie sich aus den Maßnahmen der Öländer ergibt, ist aber selbst nur Ausdruck der kapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftsordnung, so auch die Tatsache, daß die Öländer nicht mehr die Folgen dieser Ordnung einseitig tragen wollen. Die steigenden Ölpreise sind eine Konsequenz der weltweiten Inflation, die die imperialistische Wirtschaftsordnung hervorgebracht hat. Die Ölverteuerung durch die Förderländer haben die internationalen Ölkonzerne zum Anlaß genommen, ihre Preise gewaltig zu steigern und mit ihren Preisen ihre Gewinne. So geht das zu im Imperialismus. In Westdeutschland selbst nehmen die Kapitalisten aller Gewerbe dies wiederum zum Anlaß, den Druck auf die Arbeiterklasse zu verstärken. Da wäre es für die Kapitalisten natürlich gut, wenn die Arbeiter in Westdeutschland diesem Druck nachgeben und auf die "Ölscheichs" schimpfen würden. Das würde aber erstens gar nichts nützen, und zweitens wäre es direkt lebensgefährlich, denn hinter dem Lamento über die Ölkrise steckt natürlich nur die Kriegsvorbereitung der Imperialisten. Hitler hat seinerzeit ein paar Jahre über das "Volk ohne Raum" lamentiert, um für die Kapitalisten den Krieg vorzubereiten. Heute lamentieren die bürgerlichen Politiker über das "Volk ohne Öl" mit keinem anderen Zweck. Wer diesem Gerede jetzt nachgibt, erleichtert den Kapitalisten nicht nur die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse zum gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern auch die Vorbereitung für den imperialistischen Krieg zu einem späteren Zeitpunkt.



Der Umsatz pro Arbeiterstunde, das heißt der Erlös, den der Kapitalist bei gleicher Zahl an Arbeitern erzielt, steigt. Umgekehrt sinkt der Anteil der Lohnkosten am Erlös.
Der Grund liegt in der steigenden Produktivität der Arbeit, die sich der Kapitalist als Profit einsackt, und in der Tatsache, daß die Löhne weniger steigen als die Preise, die für Industriegüter zuletzt um 14 % im Jahr gestiegen sind.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Die Arbeiterklasse muss ihr Lebensniveau verteidigen, um den Angriff auf die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung vorzubereiten.

Wenn es der Kapitalistenklasse gelingt, den Lohnkampf zu unterdrücken, dann ist sie aus zwei Gründen glücklich. Erstens kann sie ihre Profitinteressen durchsetzen und zweitens muß sie erst recht einen Sturz ihrer Ausbeuterordnung nicht fürchten. Wenn die Arbeiterklasse den Lohnkampf entschlossen führt, dann ist das aus zwei Gründen gut: Erstens wird sie nicht zugrundegerichtet, und zweitens schafft sie die Grundlagen für die umfassende Entfaltung des Klassenkampfes. Der Lohnkampf, der wirtschaftliche Streik um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Kapitalismus ist die Schule des Krieges gegen die Kapitalisten als herrschende Ausbeuterklasse. Ohne diese Schule ist der umfassende Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse nicht möglich. Diese Schule wird aber nicht genutzt, wenn die Arbeiter ihr Augenmerk auf engbegrenzte Tagesfragen begrenzen und nicht die ganze Gesellschaft in ihren Blick nehmen: die Gesellschaft so wie sie ist, eine Ausbeutergesellschaft, und so wie sie auf Grundlage der heutigen Entwicklung durch die Arbeiterklasse umgewälzt werden kann: in eine sozialistische und schließlich klassenlose, kommunistische Gesellschaft. Heute erkennen viele Arbeiter, daß in Westdeutschland nach wie vor eine für die Arbeiterklasse gnadenlose Ausbeutergesellschaft herrscht. Die Arbeiterklasse hat aber auch die Kraft, diese Gesellschaft radikal zu ändern. Dabei darf sie nicht auf den bestehenden Staat setzen, denn dieser Staatsapparat ist in der Hand der Kapitalistenklasse und gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Dabei muß sie die Eroberung der politischen Macht anstreben, denn nur wenn die Arbeiterklasse die politische Macht hat, kann sie die Gesellschaft umwälzen. Die Arbeiterklasse kann keinen einzigen Schritt vorwärts gehen, ohne auf die entschiedenste Gegenwehr der herrschenden Kapitalistenklasse und ihres Staates zu stoßen. Um diese Gegenwehr zu brechen, muß sich die Arbeiterklasse zusammenschließen, sie muß sich in den Gewerkschaften zusammenschließen, um in ihnen die breiteste Einheit für den Kampf gegen die Kapitalisten herzustellen und ihren Staat, sie muß sich zur politischen Partei zusammenschließen, um den Kampf an allen Fronten nach einem einheitlichen Plan zu führen und schließlich zu siegen.

Joscha Schmierer

IG Druck und Papier:

10. Gewerkschaftstag in Hamburg

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg, an dem 273 Delegierte teilnahmen, hatte sich mit einer ganzen Reihe von fortschrittlichen Anträgen aus Ortsvereinen und Landesbezirken zu befassen. Wir haben in der letzten Nummer der KVZ darüber berichtet. Welches Schicksal die sozialdemokratischen Funktionäre diesen Anträgen zugedacht hatten, das zeigte sich nicht erst im Verlauf des Gewerkschaftstages. Das bewies schon das Antragsheft für die Delegierten mit den Empfehlungen der Antragskommission, in denen diese Anträge durch die Bank entweder abgelehnt oder als "Material" an die Tarifkommission überwiesen werden sollten. Dennoch war es nicht so, daß dieser Gewerkschaftstag frei von Widersprüchen war und ganz nach dem Willen des Hauptvorstandes verlief. Er mußte reagieren auf die Krise in der Druckindustrie, auf die Stillegung von Druckbetrieben, die Entlassung ganzer Belegschaften. Zugleich waren nicht wenige Delegierte, die mit festen Aufträgen gewählt worden waren, nicht mehr gewillt, einfach als Abstimmungsmaschinerie zu dienen.

Das zeigte sich schon zu Beginn des Gewerkschaftstages, beim Eintritt in die Tagesordnung. Delegierte aus Wuppertal und Mannheim stellten den Antrag, daß die Wahlen zum Hauptvorstand erst nach der Befassung der Anträge stattfinden. Das ist ein guter demokratischer Brauch, denn erst, wenn man weiß, wer sich wie zu den Anträgen, die die Politik der Gewerkschaft in den nächsten Jahren bestimmen sollen, verhält, kann man auch richtige Personalentscheidungen treffen. Dieser Antrag wurde mit der knappen Mehrheit von 136 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Das war auch schon Warnung genug für den Hauptvorstand, und dementsprechend sah seine Kongreßregie aus. Die Debatte über die Neuordnung der Berufsgruppen, das Unterstützungswesen, die Diskussion zum Geschäftsbericht nahm einen so übermäßig breiten Raum ein, daß zur Diskussion so wichtiger Anträge wie denen zur Tarifpolitik kaum mehr Zeit zur Verfügung stand. Mit der Diskussion der über 400 Anträge wurde erst in der zweiten Hälfte des vierten Verhandlungstages begonnen und bis zum Ende desselben waren erst etwas mehr als ein Drittel der Anträge behandelt und erledigt. Für den Rest standen also noch anderthalb Tage zur Verfügung, sodaß unter diesem Zeitdruck die Beratung der Anträge weitgehend entfiel und die Abstimmungen richtiggehend durchgezogen wurden.
Was sind nun die wichtigsten Ergebnisse dieses Gewerkschaftstages?

Gewerkschaftstag beschließt Austritt aus der Konzertierten Aktion

Mit 127 zu 116 Stimmen nahm der Gewerkschaftstag entgegen dem Votum Mahleins und dem Votum der Antragskommission den Antrag des Landesbezirks Baden-Württemberg an, daß die IG Druck und Papier die Konzertierte Aktion verläßt.
"Die IG Druck und Papier setzt sich entschieden dafür ein, daß der DGB und seine Gewerkschaften sich nicht mehr an der sogenannten Konzertierten Aktion beteiligen. Sie lehnt jeden Versuch ab, den Lohnkampf an die Kette staatlicher Lohnleitlinienpolitik zu legen und nimmt in den Tarifauseinandersetzungen keinerlei Rücksicht auf die Lohnleitlinien, sondern vertritt ausschließlich die Interessen der Arbeiter und Angestellten."
Damit ist die IG Druck und Papier die zweite Gewerkschaft nach der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die den Austritt des DGB aus der Konzertierten Aktion fordert. Das drückt die breite Ablehnung dieser Konzertierten Aktion aus, die ein Konzert von Kapitalisten, bürgerlicher Regierung und Gewerkschaftsspitze gegen den Lohnkampf der Arbeiter ist.

Beschluß zur Tarifpolitik: Jede konkrete Festlegung umgangen

Zur Tarifpolitik lagen dem Gewerkschaftstag eine Fülle von Anträgen vor, die eintraten für Lohnforderungen mit festem Markbetrag für alle gleich, für kürzere Laufzeiten der Tarifverträge, für die Anhebung bzw. Abschaffung der unteren Lohngruppen, die Absicherung der übertariflichen Zulagen. Diese Anträge haben die Konsequenz aus den letzten Tarifrunden gezogen. Die Delegierten von Rheinland-Pfalz–Saar sowie der Landesbezirksvorstand kritisierten ausdrücklich die Politik der Gewerkschaftsführung, die in der Lohnrunde 73 zum "Lohnverzicht" geführt habe, die streikenden Belegschaften mehrmals die Unterstützung verweigert habe. Der Hauptvorstand hingegen hatte sich zu diesen zentralen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes per Antrag erst gar nicht geäußert. Auf dem Gewerkschaftstag machte er zweierlei: Er brachte einen Initiativantrag ein, der alle konkreten Forderungen und Aufträge wegfegte und bloß noch solche Sätze enthielt wie: "Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik ist fortzusetzen. Ein gerechterer Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt ist anzustreben." Sätze, die so schwammig sind, daß sie nie und nimmer der Festlegung der Gewerkschaft als Instrument im Kampf der Druckarbeiter gegen die Kapitalisten dienen, sondern jedes Manöver der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre gegen den Kampf der Druckarbeiter ermöglichen sollen. Zweitens wurden die Anträge sowie der Initiativantrag zu einem Zeitpunkt behandelt, als für eine ausführliche Debatte kein Raum mehr war. Die Mehrzahl der Delegierten hatte bereits die Bahnfahrt nach Hause im Kopf. Freitag abends erst wurde er behandelt, wenige Wortmeldungen entgegengenommen und Robert Wiesböck vom Hauptvorstand stellte schlicht fest: "Ich kann wirklich versichern: Wir haben alle Möglichkeiten, die es überhaupt gibt, hier eingebaut. Ich würde Euch empfehlen, auch im Hinblick auf die drängende Zeit, diesem Antrag zuzustimmen." So geschah es auch.

Die Überrumpelungstaktik des Hauptvorstandes beim Unvereinbarkeitsbeschluß

Gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß des Hauptvorstandes vom 9.3.73 wenden sich nicht nur viele Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch Landesbezirke, der Ortsverein Hamburg und die Bundesjugendkonferenz legten Entschließungen gegen ihn auf dem Gewerkschaftstag vor. Nicht zuletzt die Erfahrungen der IG Druck-Mitglieder Mettke und Reisner, die wegen einer Spendensammlung für die entlassenen Officina-Arbeiter ausgeschlossen wurden, zeigten, daß dieser Beschluß schädlich für die Gewerkschaftseinheit ist.
Dementsprechend hatte der Bezirksdelegiertentag Hessen seine Delegierten verpflichtet, gegen diesen Beschluß mit einem Antrag aufzutreten, der zum Inhalt hatte, daß im Fall eines wirklich gewerkschaftsschädigenden Verhaltens die Satzung völlig ausreichen würde. Dieser Antrag, selbst wenn er in der Minderheit geblieben wäre, was keineswegs sicher war, wäre ein großer Vorteil gewesen, da er die Handhabung der bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse entschieden beeinflußt hätte. Diesen Antrag haben die Delegierten Hessens zurückgezogen. Dabei war ihnen eine Aktion der Gruppe Rote Fahne behilflich, die am Vortage sich im Gewerkschaftshaus in Gießen breitgemacht hatte und ein Transparent zum Fenster hinaushängte, was als Besetzung bezeichnet wurde. Diese Aktion hatte den Delegierten des Bezirks Hessen den gesuchten Vorwand geliefert, sich aus der Verpflichtung durch die Bezirksdelegiertenkonferenz zu befreien.

Der Hauptvorstand hatte sich in der Vorbereitung des Gewerkschaftstages gar nicht geäußert, sondern brachte ebenso wie bei der Frage der Tarifpolitik erst auf dem Gewerkschaftstag selber einen Initiativantrag ein. Besser kann man nicht zeigen, was einem die Debatte unter den Gewerkschaftsmitgliedern wert ist. Die wesentliche Aussage des Antrages ist: "Der Mitgliedschaft in diesen und ähnlichen Gruppen (womit zum Beispiel der KBW gemeint ist, der Verfasser) wird die Unterstützung deren Zielsetzung durch Äußerungen in Wort und Schrift oder durch aktive Mitwirkung gleichgesetzt." Damit entfällt das Ausschlußverfahren. Eine Debatte über diesen Antrag fand praktisch nicht statt. Kurz vor Beendigung des Gewerkschaftstages am Samstag, dem 19.10., wurde der Initiativantrag nach zirka zehnminütiger Behandlung mit großer Mehrheit verabschiedet.

Beschluß zum Tendenzschutzparagraphen

Die Abschaffung des Paragraph 118 des Betriebsverfassungsgesetzes, des Tendenzschutzparagraphen, ist eine alte und richtige Forderung der Druckarbeiter. Dieser Paragraph knebelt sie zusätzlich. Dementsprechend lagen wiederum wie schon in Nürnberg Anträge auf ersatzlose Streichung dieses Paragraphen vor. Auch hier hatte der Hauptvorstand einen Initiativantrag eingebracht, der diese richtige Forderung zwar berücksichtigen mußte, sie aber unmittelbar ankoppelte an die Forderung nach Mitbestimmung. Daß der Tendenzschutz weg muß, ist eine richtige Forderung und ihre Durchsetzung dient der Verbesserung der Kampfbedingungen gegen die Kapitalisten; Mitbestimmung zu fordern läuft darauf hinaus, Mitbestimmung über die eigene Ausbeutung zu fordern. Solche Auffassungen sollen die Arbeiter ideologisch entwaffnen. Das hat der DGB-Vorsitzende Vetter in seinem Grußwort auf dem Gewerkschaftstag auch ausdrücklich erklärt, als er sagte, "daß die Mitbestimmung einer der Wege aus der sonst unaufhaltsamen Zerstörung unseres Gesellschaftssystems ist".

Das Antragsrecht der Ortsvereine an den Gewerkschaftstag bleibt bestehen

An einem wichtigen Punkt der innergewerkschaftlichen Demokratie hat der Hauptvorstand eine Niederlage einstecken müssen. Sein Antrag 105 zielte darauf ab, daß in Zukunft Anträge an den Gewerkschaftstag nicht mehr unmittelbar durch die Ortsvereine gestellt werden können. Damit sollte sichergestellt werden, daß künftig Minderheitenmeinungen sich nicht mehr an die höchste gewerkschaftliche Ebene wenden können. Der Hauptvorstand wollte mit seinem Antrag in der Satzung verankern, daß Anträge der Ortsvereine nur noch an den Gewerkschaftstag gelangen, wenn sie über den Bezirkstag gelaufen und dort gebilligt sind, ebenso Anträge der Bezirke, nur wenn sie über den Landesbezirkstag gelaufen sind. Gleichfalls sollten der Bundesjugendkonferenz und der Bundesfrauenkonferenz nur noch gestattet sein, zu Jugend- bzw. Frauenfragen Stellung zu beziehen und ihnen das Recht entzogen werden, sich zu allen gewerkschaftlichen Fragen zu äußern. Ihnen sollte also ein Maulkorb verpaßt werden. Dieser Antrag erreichte die für Satzungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit nicht.

Auf diesem Gewerkschaftstag war es nicht so, daß eine Gewerkschaft sich darauf vorbereitet, sich hart und unerbittlich den Kapitalisten gegenüberzustellen. Sondern es war so, daß der Vorstand allenthalben versuchte, sich ein freies Mandat für Manöver zu schaffen. Dies ist ihm nur teilweise gelungen, den Austritt aus der Konzertierten Aktion hat er hinnehmen müssen.

–H.J. Hager–

Drucker streikten gegen die Kürzung des Weihnachtsgelds

Mannheim. Letzte Woche gab die Geschäftsleitung der "Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH" dem Betriebsrat bekannt, sie könne dieses Jahr wegen der schlechten Wirtschaftslage nur 50 % Weihnachtsgeld zahlen (gegenüber 100 % vom letzten Jahr).
Als der Betriebsrat sich damit nicht einverstanden erklärte, teilte ihm die Geschäftsleitung mit, daß sie jede weitere Verhandlung über die Höhe des Weihnachtsgeldes ablehne. Wegen dem Unmut der Kollegen und einer Arbeitsniederlegung der Maschinensetzer mußten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Auch nach Bekanntgabe des neuen Angebots von 60 % Weihnachtsgeld gab es noch Arbeitsniederlegungen in der Akzidenz und bei den Buchbinderinnen. Bei der Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Angebots gab es ungefähr 50 % Ablehnung bzw. Zustimmung, womit ein Arbeitskampf in dieser Situation unmöglich wurde. Die 50 % Zustimmung sind jedoch keineswegs darauf zurückzuführen, daß viele Kollegen wegen des "Gemeinwohls" zurückstecken wollten, sondern vielmehr auf die große Zahl von Arbeitslosen, die vielen Kollegen ein Gelingen des Streiks wegen der Angst um die Arbeitsplätze fraglich erscheinen ließ.

R.K., Mannheim

Die Auseinandersetzung in der GEW an den richtigen Fronten führen

Zum Streit über die Richtlinien für die Ausschüsse junger Lehrer und Erzieher

In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gibt es schon länger einen lebhaften Streit um Satzungsfragen. Man sollte meinen, daß angesichts der schlechten Schulverhältnisse und angesichts der schriller werdenden Hetze gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst eine Gewerkschaft Besseres zu tun hätte, als sich um Satzungsfragen zu streiten. Dieser Auffassung ist der Hauptvorstand der GEW nicht.

Den Mainzer Bundeskongreß hat er fast ausschließlich mit Satzungsfragen beschäftigt. Erst muß eine neue Satzung verabschiedet werden, welche die Rechte des Vorstandes erheblich erweitert. Dann muß ein Beschluß gefaßt werden, daß Kommunisten nicht Mitglied in der Gewerkschaft sein dürfen. Dem Vorstand der GEW und der ihm eng verbundenen Fraktion von Schulräten und Rektoren war unheimlich bei dem Gedanken, in der Gewerkschaft könnte die Auffassung vertreten werden, daß die Interessen der Arbeiterklasse höher stehen als das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. – Jetzt hat der Vorstand der GEW zu einem weiteren Schlag an der Satzungsfront ausgeholt: Über den Hauptausschuß der GEW wurden Richtlinien zur Arbeit der Ausschüsse junger Lehrer und Erzieher beschlossen, die in den meisten Ausschüssen ziemlichen Ärger ausgelöst haben.
Nach diesen Richtlinien sollen die Ausschüsse, die mancherorts Treffen junger Lehrer waren, künftig in gewählte Gremien verwandelt werden, zu denen alle gewerkschaftlich organisierten Lehrer bis zum 30. Lebensjahr das Wahlrecht haben (bisher konnte man bis ins 8. Dienstjahr hinein in diesen Ausschüssen mitarbeiten). Zweck der AjLEs soll sein, insbesondere die Interessen der jungen Lehrer und Erzieher zu vertreten, die mit ihrem arbeits- und beamtenrechtlichen Sonderstatus und mit ihrer Ausbildungssituation zusammenhängen. Soweit die Richtlinien des Vorstandes in ihren Hauptpunkten.
Jedem, der die Verhältnisse kennt in der GEW, weiß, daß mit diesen Richtlinien nicht nur eine einfache Neuregelung getroffen werden soll, sondern daß der Vorstand damit einen Schlag gegen seine Gegner in der Gewerkschaft führen will. Die Junglehrerausschüsse waren in den letzten Jahren zu Sammelpunkten fortschrittlicher Bestrebungen unter den gewerkschaftlich organisierten Lehrern geworden, und von diesen Ausschüssen aus war die Politik des GEW-Vorstandes immer wieder heftig kritisiert worden. Dem will der Vorstand jetzt einen Riegel vorschieben. Und er macht es – wie gehabt – über eine Satzungsfrage. Und in den Ausschüssen der Junglehrer, wo man berechtigten Ärger über den Vorstand hat, wird in vielen Fällen der Fehler gemacht, dem Vorstand zu folgen und ebenfalls im Streit um Satzungsfragen mitzumischen. Dabei liegt auf der Hand, daß es dem Vorstand keineswegs um Satzungsfragen geht, sondern darum, bestimmte politische Auffassungen zu bekämpfen und eine deutliche Frontstellung der Gewerkschaft gegen den Staat als Käufer der Arbeitskraft des Lehrers und als Dienstherrn zu hintertreiben.

Diese Selbstverständlichkeit gerät in der GEW leicht aus dem Blick, weil die tatsächliche Fronten immer wieder verwischt werden, an denen sich der Kampf der fortschrittlichen Lehrer ausrichten muß. Schon die bloße Existenz der GEW als Sondergewerkschaft für eine bestimmte Berufsgruppe trägt zur Verwischung von Fronten bei. Organisatorisch ist die GEW als eine Gewerkschaft, die faktisch auf einen Berufsstand ausgerichtet ist, das reaktionärste Gebilde im ganzen DGB, dessen Gewerkschaften im übrigen nach dem Industrieprinzip organisiert sind. Durch die GEW aber werden die Lehrer von den übrigen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst abgesondert. Zudem kann man kaum sagen, daß es sich bei der GEW um eine wirkliche Gewerkschaft handelt, deren elementare Aufgabe ja darin besteht, die Verkäufer der Arbeitskraft gegen die Käufer zusammenzuschließen zwecks Erzielung eines möglichst hohen Preises. Bis heute hat die GEW noch keinen einzigen Tarifvertrag abgeschlossen. Vielmehr ist es so, daß die Lehrer von den wirtschaftlichen Kämpfen etwa der Müllfahrer und der übrigen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst profitieren, und dabei bekommen sie am Ende wegen ihrer hohen Gehälter häufig das doppelte an Gehaltserhöhung von dem, was die Arbeiter im öffentlichen Dienst im Kampf durchgesetzt haben. Aber statt mit den Arbeitern im öffentlichen Dienst gemeinsam organisiert zu sein, befinden sich die Lehrer in einer Gewerkschaft mit Bildungsministern, Schulräten und Rektoren, mit den Dienstherrn, welche die Aufsicht über sie führen. Das ist die eine Seite, welche die fortschrittlichen Lehrer bei ihrer Arbeit in der GEW beachten müssen, daß sie die Front gegen den Staat als Käufer von Arbeitskraft mittragen und zwar eine solche Front, in der sie mit allen anderen im öffentlichen Dienst gemeinsam stehen.
Dazu ist gegenwärtig z. B. geeignet die Unterstützung einer Mark- und Pfennig-Forderung im öffentlichen Dienst für alle gleich und das Eingreifen der gewerkschaftlich organisierten Lehrer in den öffentlichen Meinungskampf über die Berechtigung von Lohnforderungen. An solchen Fragen wird es gut möglich sein, die Auseinandersetzung mit dem Vorstand über die Politik der GEW weiter zu entwickeln. Für diese Aufgabe sind die Ausschüsse junger Lehrer und Erzieher nicht sehr brauchbar. Immer deutlicher stellt sich nämlich heraus, daß die AjLEs nicht nur Sammelpunkt für fortschrittliche junge Lehrer waren, sondern zugleich auch eine Art Isolierzelle. Man traf sich untereinander. Wenn verschiedene linke Strömungen vertreten waren, stritt man sich im Eifer und war im gewerkschaftlichen Leben sogar von den Kollegen an der Schule weitgehend abgeschieden.

Aber auch für die andere Seite in der Arbeit der fortschrittlichen Lehrer, sich zu verbinden mit denjenigen Eltern, die den Kampf gegen die bürgerliche Klassenschule aufgenommen haben und die Schulfragen als öffentliche Angelegenheiten handeln, auch dafür sind die Junglehrerausschüsse nicht gut geeignet. Für die Entwicklung der Gewerkschaftseinheit gegen den Staat als Käufer der Arbeitskraft und als Dienstherrn ist die Betriebsgruppe und auch die Fachgruppe besser geeignet als eine Junglehrerversammlung. Und für die Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes um die Schulen sind ebenfalls diese allgemeinen gewerkschaftlichen Gruppen besser geeignet. Wenn deshalb der Vostand jetzt den Charakter der AjLEs ändern will, dann braucht uns das nicht besonders zu ärgern. Er holt sich damit viele seiner Kritiker in den Verband hinein. Und bevor er sie in den Verband hineinholt, hat er sie durch ein überfallartiges Vorgehen ein weiteres Mal verprellt. Wir Kommunisten treten also nicht auf gegen die Veränderung des Charakters der AjLEs. Wir richten unsere Aufmerksamkeit in der GEW darauf, die Einheit der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst herzustellen und die Lehrer für den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes um die Schulen zu gewinnen. Dafür brauchen wir die alten AjLEs nicht, sondern nutzen das Feld, das uns der Schritt des Vorstandes eröffnet hat. Was wir kritisieren ist, daß die Richtlinien vom Hauptausschuß ohne ausreichende Beratung der Mitglieder beschlossen worden sind und mancherorts sogar eine Versammlung verweigert wird, um die eingetretene Lage zu erörtern und die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Weiter kritisieren wir ein Wahlverfahren für die AjLEs, bei dem Beratung und Wahl getrennt werden können. Ansonsten wird der Vorstand mit Sicherheit bald merken, daß man einen Widerspruch, den man an den Rand des Verbandes ausgegliedert hatte, nicht dadurch lösen kann, daß man ihn in den Verband hineinholt. Wenn man ihn richtig behandelt, wird sich vielmehr der Widerspruch, in den eine wachsende Zahl von Lehrern zu ihrem Dienstherrn gerät, in der GEW sicher gut entwickeln.

–W.M.–

Zur Stahltarifrunde 1974

Kapitalisten versuchen den Lohnabschluß auf Orientierungsdaten der Regierung herunterzuschrauben

Zum Redaktionsschluß dieser Nummer lag noch kein Abschluß in den Verhandlungen zwischen der IG Metall und den Stahlkapitalisten vor, aber seit den Verhandlungen am 24.10.74 zeichnet sich ein Abschluß ab, der eine prozentuale tarifliche Lohnerhöhung und einen besonderen Stahlbonus vorsieht.

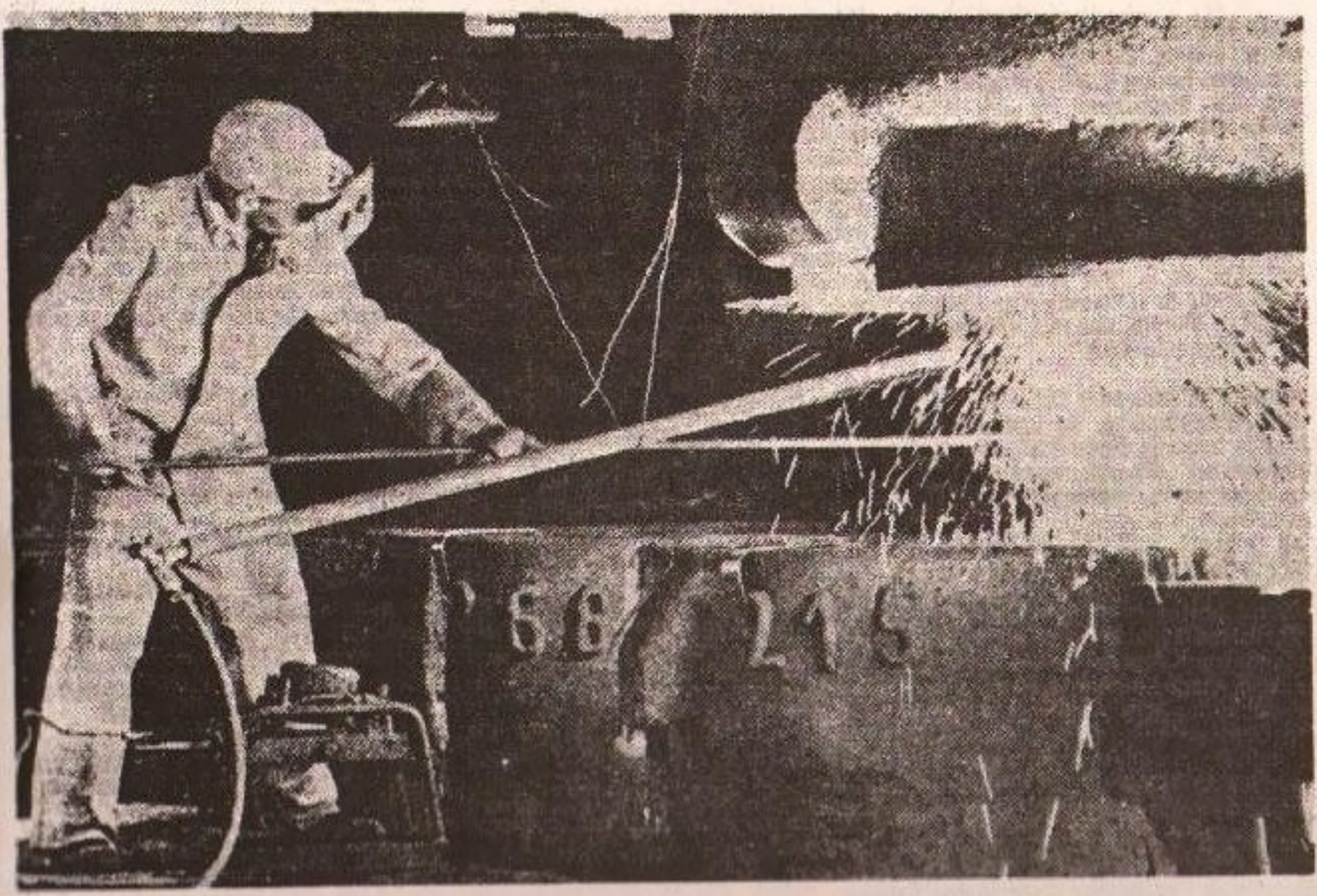
Das Angebot von 9 % und einem 'Bonus' von 600 DM hat die große Tarifkommission der IG Metall abgelehnt. Dem Vernehmen nach ging es in den weiteren Verhandlungen nur noch um die Frage der tariflichen Absicherung des 'Bonus', das heißt, daß er in den Tarifvertrag aufgenommen wird und somit zur Berechnungsgrundlage für die Tarifverhandlungen 75/76 wird.

Nachdem die große Tarifkommission Stahl der IG Metall ihre 14 %-Forderung und die 4 Tage Urlaub und die Altersabsicherung aufgestellt hatte, zeichnete sich bei jeder Verhandlung ab, wohin diese Tarifrunde laufen sollte. Die Kapitalisten setzten gleich ihre Taktik durch, zuerst die Altersabsicherung und den Urlaub zu verhandeln und erst dann die Frage der Lohnerhöhung anzugehen. Damit versuchten sie, wenn es um die Lohnforderungen geht, auf die schon geeinigte Urlaubsverlängerung und Altersabsicherung zu verweisen, um die Lohnerhöhung auf die Orientierungsdaten der Bundesregierung runterzuschrauben. Die Verhandlungskommission machte dieses Spiel mit. Damit waren die Zeichen gesetzt.

Einerseits sollte die Stahltarifrunde die Erwartungen in die großen Tarifrunden der metallverarbeitenden Industrie drücken und andererseits konnte aber kein Abschluß vorgezeigt werden, der weit unter 14 % lag, denn das hätten die Stahlarbeiter nicht mitgemacht. In dieser Lage haben die Kapitalisten einen schlauen Trick gemacht. Sie schlagen eine Lohnerhöhung vor, die sich streng an die Orientierungsdaten der Bundesregierung hält, nämlich bei 9 bis 10 %, und zusätzlich einen Zuschlag, weil die Geschäfte in der Stahlindustrie im letzten Jahr so gut gelaufen sind. Geht die IG Metall jetzt auf dieses oder ein ähnliches Angebot ein, so unterwirft sie sich den Unternehmerverbänden und erkennt die Forderung von Regierung und Kapitalisten nach konjunkturgerechten Lohn- und Gehaltsabschlüssen voll und ganz an. Für die Stahlarbeiter wird dieser Abschluß zur Folge haben, daß sie zu Jahresanfang eine Auszahlung von ungefähr 300 Mark erhalten und kurze Zeit später noch einmal. Rein rechnerisch wären das auf den Monat umgerechnet ungefähr 50 Mark, aber für den Geldbeutel natürlich nicht, denn im Dezember 1975 werden 50 Mark keine 50 Mark mehr wert sein, sondern nur noch 45 oder 40 Mark.

Wenn die Tarifrunden für die anderen Bezirke und Branchen beginnen, werden Kapitalisten und Regierung auf dem "vernünftigen" Abschluß in der Stahlindustrie herumhacken und die IG Metall kann nichts als dem beipflichten, denn durch einen solchen Abschluß sagt sie direkt, richtig ist es, bei 10 % zu bleiben, nur in der Stahlindustrie war es etwas anders, da war ja auch die Geschäftslage besser. Hat dieses Angebot, auf das die IGM-Führung eingehen will, auch nicht viel für die Stahlarbeiter gebracht, so sind doch die Zeichen deutlicher geworden, in welche Richtung die kommenden Tarifrunden gehen sollen, und man wird sich besser darauf vorbereiten können, durch einheitliche Forderungen aus den Betrieben, durch Forderungen, unter denen keiner nach dem Abschluß dastehen darf.

—db—



Bei der glühenden Hitze wird aus den Arbeitern vor den Öfen das Letzte herausgeholt.

Die ÖTV-Tarifrunde richtig vorbereiten

Beschluß des Vertrauensleutekörpers der Uni-Verwaltung Bremen

Bremen. Der Vertrauensleutekörper der Universitätsverwaltung Bremen hat am 22. Oktober folgende Beschlüsse zur Tarifrunde gefaßt:

1. Einheitliche Lohnerhöhung von 260 Mark
2. Einheitliches Urlaubsgeld von 300 Mark
3. Angleichung des Erholungsurlaubs an die Ansprüche der höchsten Gehaltsgruppe, so daß der Urlaub nur nach einer Altersstaffelung gewährt wird, und zwar bis zum 30. Lebensjahr 24 Urlaubstage, bis zum 40. Lebensjahr 28 Urlaubstage, nach dem 40. Lebensjahr 30 Urlaubstage.
4. Tarifliche Absicherung der Vertrauensleutearbeit im Betrieb. Kündigungsschutz, gewerkschaftliche Betätigung während der Arbeitszeit.
5. Streikrecht für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten.
6. Ablehnung jeglicher Schlichtungsordnung.

Anwesend waren bei der Vertrauensleutesitzung über 50 Vertrauensleute (alte und neue, da gerade Neuwahl erfolgt). Die Abstimmung erfolgte einstimmig, bis auf den dritten und ersten Punkt, wo es jeweils wenige Gegenstimmen und Enthaltungen gab (vier bis sechs). Am kommenden Dienstag wird die betriebliche Mitgliederversammlung über diesen Beschluß befinden.

Frankfurt: Mitgliederversammlung Uniklinik für 250 DM

Frankfurt. Die ÖTV-Mitgliederversammlung an der Universitätsklinik Frankfurt hat am 23. Oktober folgende Forderungen für die Lohnrunde aufgestellt:
250 DM Festgeldbetrag und
300 DM Urlaubsgeld rückwirkend ab 1.1.1974

Die vom Vertrauensleutekörper mehrheitlich beschlossene Forderung 18 %, mindestens 250 DM fand die Unterstützung von nur 17 Kollegen. 30 Gewerkschaftsmitglieder gaben ihre Stimme für einen einheitlichen Betrag von 250 DM. Bei der Abstimmung im Vertrauensleutekörper hatte nur ein Drittel der Vertrauensleute der Festgeldforderung zugestimmt.

Ein Kollege und Vertrauensmann hat sich für eine Prozentforderung (nicht höher als letztes Jahr) stark gemacht. Er fand Unterstützung nur bei wenigen Kollegen, so daß er versuchte, die Verabschiedung einer Forderung zu verhindern, was natürlich nicht gelang.

ÖTV-Vertrauensleutesitzung für Festgeldforderung

Hamburg. Am 10.10. fand im Allgemeinen Krankenhaus Eilbek eine Vertrauensleutesitzung statt. Tagesordnungspunkt war die Tarifrunde 1975. Die Diskussion um die Festgeldforderung stand im Vordergrund und die Mehrheit der Kollegen sprach sich für diese aus. Die Empfehlung soll durch das persönliche Gespräch mit den Kollegen weitergegeben werden. Auf der Mitgliederversammlung am 31.10. soll über die Forderung abgestimmt werden. Die Forderung nach dem Urlaubsgeld soll auch in diesem Jahr wieder neu aufgestellt werden.

In zwei von sechs Gewerkschaftsbereichen des Universitätskrankenhauses Eppendorf wurden ÖTV-Versammlungen durchgeführt. Dort stellten die Kollegen eine Festgeldforderung von 250 DM als Empfehlung. Zugleich forderten sie eine ÖTV-Mitgliederversammlung, um die Diskussionsergebnisse in allen Bereichen und Abteilungen zu vereinheitlichen.

(Nach Ortsbeilage Hamburg der KVZ Nr,21, 10.10.74)—

Die ÖTV-Mitgliederversammlung am Hafenkrankenhaus am 16.10.74 faßte noch keinen Beschluß über eine Forderung, da darüber im Krankenhaus bisher kaum diskutiert wurde. Die 250 DM-Festgeldforderung, die im Universitätskrankenhausbereich 5 und 6 aufgestellt wurde, wurde von den meisten Kollegen begrüßt.

250 DM gefordert

Heidelberg. Auf unserer ÖTV-Mitgliederversammlung in der Orthopädie hatten wir den Punkt Tarifsituation auf der Tagesordnung. Der Gewerkschaftssekretär Wichmann meinte, man könne jetzt noch keine Forderung beschließen, da das "Material" der Bezirksverwaltung dazu fehle. Der Kommentar vieler Kollegen: "So ein Blödsinn, da braucht man doch nur in seinen Geldbeutel und auf die Preise zu schauen."

Einstimmig beschlossen die Kollegen:

1. Die Forderung für die nächste Tarifrunde muß eine einheitliche Forderung in Mark und Pfennig sein.
2. Wir fordern 250 DM für alle und eine Erhöhung des Ortszuschlages um 50 Mark für jedes Kind.
3. Wir fordern ein Urlaubsgeld von 250 DM für alle, rückwirkend für 1974 (eine Gegenstimme).
4. Die unterste Lohngruppe soll gestrichen werden.
5. Vor Abschluß müssen alle Kollegen in einer Urabstimmung befragt werden.

Unsere drei Delegierten verpflichteten sich, für diese Forderungen in der Delegiertenkonferenz der Kreisverwaltung im November einzutreten.

—Zelle Orthopädie Heidelberg—

Im Tarifkampf das Endziel

Beschlüsse in Bremer Metallbetrieben

Wie plant die ÖTV-Führung die

Delegiertenkonferenz der Kreisverwaltung im November einzutreten.

—Zelle Orthopädie Heidelberg—

Im Tarifkampf das Endziel nicht aus den Augen verlieren

In den Metallbetrieben beginnt die Diskussion über die Lohnforderungen. Wir drucken dazu einen Bericht aus einem Freiburger Betrieb ab.

Freiburg. Zum 31.12.74 laufen die Tarifverträge für die Metallindustrie aus. Die betriebliche Situation der Firma Hellige, Freiburg, vor dieser Tarifrunde sieht folgendermaßen aus: Während sich in einigen Betrieben in Freiburg und Umgebung die Krise durch Kurzarbeit und Entlassungen auswirkt, geht es Hellige gegenwärtig wirtschaftlich gut. Der Betrieb stellt elektromedizinische Geräte her. Durch Rationalisierungen haben die Hellige-Kapitalisten im letzten Jahr den Konkurrenzkampf bestritten und weitere Marktanteile erobern können. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 10 % gestiegen bei nahezu gleicher Belegschaftsgröße. Zieht man die Preissteigerungen ab, bleiben einige Prozent übrig, die durch Leistungssteigerung aus uns herausgepreßt wurden.

Gleichzeitig wurde die Arbeitsteilung weiterentwickelt. Vor einigen Monaten hatten wir noch Arbeitsplätze, an denen Kolleginnen elektrische Bauelemente auf Leiterplatten aufgesteckt und dann angelötet haben. Heute steckt eine Kollegin die Bauelemente auf die Leiterplatte, eine andere lötet sie an. Das Ergebnis: "Dieser Arbeitsplatz hat auf Grund seiner Tätigkeitsmerkmale Lohngruppe 2", das sind 5,14 DM pro Stunde, mit tariflicher Leistungszulage sind das etwa 640 DM netto im Monat! Die in der Produktion arbeitenden Frauen befinden sich mehrheitlich in den Lohngruppen 2 bis 4. Die männlichen Kollegen befinden sich in den Lohngruppen 5 bis 10. Wenn heute die Firma eine freie Stelle ausschreibt, bewerben sich gleich 20.

Unsere Betriebszelle hat die Diskussion zur Tarifrunde begonnen und festgestellt, daß die Mehrzahl der Angesprochenen für eine einheitliche Forderung in Mark und Pfennig ist. Der Vertrauensleutekörper wird auf der nächsten Sitzung die Tarifrunde behandeln. Eine Abteilung hat bereits beschlossen, einen schriftlichen Antrag an den Vertrauensleutekörper zu stellen, eine lineare Lohnforderung aufzustellen. Weiterhin wird die Zelle eine Unterschriftensammlung durchführen für Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich. Dies sind Trümpfe im Kampf gegen die Spalterforderungen in Prozenten. Was die Forderungshöhe betrifft, sagt ein Teil der Kollegen, so um die 20 % (1,50 DM auf den Ecklohn) sind notwendig. Das sind 250 DM im Monat. Die andere Meinung ist die, daß man in diesem Jahr angesichts der wirtschaftlichen Lage zurückstecken soll. Ein Kollege: Mehr als 8 % kommt nicht raus! Ein anderer: Mehr als 10 % dürfen wir nicht fordern. Diese Argumente zeigen, daß die politischen Diskussionen noch mehr als in den letzten Jahren den Lohnkampf bestimmen werden, so wie der Eisenflechter aus Dortmund sagte: Deshalb gibt's überhaupt nur eine Lösung: Diese Leute, die Kapitalisten, packen, in die Wüste schicken und die Arbeiter übernehmen selbst die Produktion!

—Re, Freiburg—

Beschlüsse in Bremer Metallbetrieben zur Metalltarifrunde

Vier Abteilungen des Bremer Vulkan haben in der letzten Woche auf Branchenversammlungen Forderungen in Mark und Pfennig in Höhe von 1 Mark erhoben. Bei dem Raumfahrtunternehmen ERNO hat ein IG Metall-Arbeitskreis 250 Mark mindestens gefordert. Bei einer Umfrage unter den Arbeitern und Angestellten bei VfW Fokker in Bremen haben sich die Arbeiter mehrheitlich für eine Forderung in Mark und Pfennig in der diesjährigen Metalltarifrunde ausgesprochen.

—V.M., OG Bremen—

12,9 Prozent bis 13,6 Prozent Lohnerhöhung im Papierbezirk Rheinhessen

Die Löhne in der zellstoff- und papiererzeugenden Industrie werden rückwirkend zum 1. September 1974 um 12,9 % bis 13,6 % erhöht.

Hamburger Senat Lohnleitlinie für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten 5,5 Prozent

Dies kann man im vorgelegten Haushaltsplan für 1975 sehen. Zur Besoldungserhöhung sind nur 5,5 % angegeben.

Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung sind nur 6 % mehr für den öffentlichen Dienst vorgesehen. Das Land Niedersachsen hat ebenfalls nur 6 % mehr geplant.

Wie plant die ÖTV-Führung die Tarifrunde

Wir bekamen auf unseren Schreibtisch folgende Meldung, deren Richtigkeit wir noch nicht überprüfen konnten. Wir halten sie aber für sehr wichtig und drucken sie daher ab:

1. Die große Tarifkommission tagt am 26.11.1974.
2. Dies soll durch die Hamburger Bezirkstarifkommission am 20. November vorbereitet werden.
3. Grundlage der Diskussion über Tarifforderungen soll ein Wirtschaftsbericht werden, erstellt von der ÖTV, der Anfang November veröffentlicht wird.
4. Die Arbeitgeber Bund, Länder und Gemeinden wollen noch vor Beginn der Tarifverhandlungen einen Schlichter finden, obwohl mit der ÖTV kein Schlichtungsabkommen existiert. Es gibt Hinweise, daß die ÖTV dem zustimmen wird.

Heidelberg. Nach einer nicht bestätigten Meldung soll die Kreisverwaltung Heidelberg auf der letzten ÖTV-Delegiertenkonferenz 10 % als Tarifforderung vorgeschlagen haben.

"Die Stahl-Tarifverhandlungen in Krefeld können nach Ansicht des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker 'keine Signalwirkung' haben. In einer Rundfunksendung sagte Kluncker, auch der öffentliche Dienst sei 'kein Schrittmacher'. Auf die Frage, ob man bei den kommenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, die voraussichtlich im Januar nächsten Jahres beginnen werden, Lohnprozente beispielsweise mit der Einführung eines Urlaubsgeldes aufrechnen könnte, antwortete Kluncker mit 'Jein'." (Süddeutsche Zeitung vom 10.Oktober 1974)

Jugendmitgliederversammlungen durchführen

Wiesbaden. Der Kreisjugendausschuß der ÖTV beschloß in einem Antrag an den Kreisvorstand, Jugendmitgliederversammlungen in allen Bereichen zur Tarifrunde bis spätestens 14. November durchzuführen. Dieser Beschluß richtet sich gegen die Hinhaltetaktik der Gewerkschaftsführung, die darauf abzielt, nicht mehr "der Anreizer in der Tarifrunde" (aus dem Bezirksvorstand/Hessen) zu sein – im Klartext: auf Abschlüsse weit unter 10 %.

Weiterhin ist in der KJA-Sitzung bekanntgegeben worden, nach welchem Zeitplan man auf Bezirksebene in die Tarifrunde einsteigen will: Noch im Oktober soll ein zentrales Diskussionspapier des Bezirksjugendausschusses an die Kreisjugendausschüsse gehen. Am 15. November tagt die Lehrlingstarifkommission, und am 21. November soll Bezirksvorstandssitzung zur Tarifrunde sein.

—Ortsgruppe Wiesbaden des KBW—

Die Jugendmitgliederversammlung an den Wiesbadener Kliniken beschloß am 22.10. für die Tarifrunde angesichts der zunehmenden Preissteigerung und den miserablen Arbeitsbedingungen an den Kliniken für alle Kollegen die Forderung von "250 DM für alle mehr" vorzuschlagen. Die Schüler in der Krankenpflege sollen 60 % davon erhalten und einheitlich mit 60 % an den Lohn der Erwachsenen angebunden werden. Auch ein Urlaubsgeld von 300 DM wurde gefordert.

—G.S.—

Erhöhung nur um 1 %

Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 68 % geplant!

Ab Januar 1975 sollen alle Arbeitslosen gleich viel bekommen, nämlich 68 % des wöchentlichen Nettolohnes. Jetzt sind es 64 bis 67 % des Nettolohnes. Bei der Erhöhung auf 68 % fallen aber zugleich der Kinderzuschlag und der Ehefrauzuschlag von je 12 DM weg. Die Erhöhung bringt also fast nichts.

Daß man davon seine Familie nicht ernähren, die teuren Mieten nicht bezahlen und die ständig steigenden Kosten für Lebensmittel, Kleidung usw. nicht aufbringen kann, noch dazu bei einer Inflationsrate von mindestens 7,3 %, das weiß jeder, der einmal arbeitslos war oder es jetzt ist, zu berichten. Das müssen sogar auch die bürgerlichen Zeitungen zugeben, wenn auch meist zwischen den Zeilen. Der "Spiegel" vom 14. Oktober schreibt:

"Wer vor der Kündigung normal verdiente, kann demnach auch als Arbeitsloser auskommen – wenn auch nicht ohne Einschränkungen: Für Werner Abel, 43, Bauingenieur in Düsseldorf, "fällt der Urlaub natürlich flach, neue Kleidung und Möbel sind auch nicht drin und den Wagen muß ich stillegen, weil mir 1 000 Mark für die Reparatur fehlen." Werner Fran, 41, Maurer bei Mainz mit 804 DM Unterstützung, hat erfahren: "Weggehen oder so, das ist nicht drin. Meinen Hochzeitsanzug trage ich heute noch."

Schwer haben es alleinstehende und obendrein ältere Frauen wie die Düsseldorferin Resi Kahlert, 51, die seit dem Tod ihres Mannes zwei Kinder durchbringen muß, die beide noch in der Ausbildung sind. Wegen einer Sehschwäche mußte sie ihre Arbeit als Phonotypistin aufgeben; seither sucht sie vergebens ("Wenn ich mein Alter sage, ist es meistens schon aus") eine Arbeit als Bürohilfe. Statt ihres vorherigen Lohnes von 1 300 Mark netto bekommt sie nun 790 Mark: Bei einer Miete von 450 Mark "heißt das natürlich am Essen sparen"."

Daß sich bei einer "Erhöhung" des Arbeitslosengeldes um sage und schreibe ein Prozent auch nicht besser auskommen läßt, ist klar. Wer dafür aufkommen soll, scheint auch abgemacht zu sein. Der "Spiegel" lapidar: "Die nächste Erhöhung des Beitrags zur Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (früher Arbeitslosenversicherung) von 1,7 auf 2,0 Prozent ist gewiß!"

Agitation am Arbeitsamt Dortmund

Dortmund. Unter der Arbeitslosigkeit leiden die Arbeiterfamilien des Ruhrgebiets besonders, hier liegt der Prozentsatz über dem Bundesdurchschnitt. In Dortmund waren im September 9 400 Werktätige arbeitslos. Wir nahmen das zum Anlaß, unsere Einschätzung der gegenwärtigen Krise und ihrer revolutionären Lösung gerade unter den von der kapitalistischen Krisenwirtschaft am meisten Betroffenen zu verbreiten. Wir stießen auf großes Interesse, führten viele Gespräche, in denen die Arbeitslosen ihre Situation schilderten, und konnten die KVZ gut verkaufen.

Ein Kollege war bereits seit anderthalb Jahren arbeitslos. "Hoesch hat mich entlassen, weil ich nach Meinung des Werksarztes zu oft krank war, Da macht man sich die Knochen kaputt, und wenn man nicht mehr kann, schmeißen die einen raus!"

Auch die Staatsgewalt hatte großes Interesse. Mit Hinweis auf eine Verordnung von 1959 beschlagnahmte die Polizei unseren Agitationsstand und verbot uns das Verteilen und Verkaufen vor dem Arbeitsamt, nachdem man uns eine Stunde in der Wache festgehalten hatte, um die Personalien festzustellen! Doch wir machten die ganze Woche weiter. Es zeigte sich, daß man uns nur einschüchtern wollte und aufgab, als man erfolglos blieb. Wir werden weitermachen, denn die Woche hat uns gezeigt, wie wichtig die Agitation unter den Arbeitslosen ist.

H.R., Ortsaufbaugruppe Dortmund

Arbeitslosenversicherung auch für Teilzeitbeschäftigte

Heidelberg. Die Halbtagsbeschäftigten im öffentlichen Dienst stehen seit dem 1.10. ohne Anrecht auf Arbeitslosengeld da. Warum?

Im Schreiben des Kanzlers der Universität Heidelberg vom 23.9. heißt es dazu: "Aufgrund der Arbeitszeitverkürzung zum 1.10.74 beträgt die Arbeitszeit bei Halbtagsbeschäftigten (Angestellte und Arbeiter) nur noch 20 Wochenstunden. ... Gleichzeitig werden Sie ... arbeitslosenversicherungsfrei. Ab diesem Zeitpunkt werden keine Beträge mehr erhoben. Eine freiwillige Weiterversicherung ist nicht möglich. Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht nicht."

Jetzt liegt ein neuer Gesetzentwurf vor, der die untere Grenze für die Arbeitslosenversicherung von bisher 21 auf 20 Wochenstunden rückwirkend ab 1.Oktober senken soll.

Der neue Gesetzentwurf löst die Frage der Arbeitslosenversicherung nicht im Interesse der Beschäftigten. Wir müssen fordern, daß alle Teilzeitbeschäftigten, egal, wieviel Stunden sie pro Woche arbeiten, versichert sind. Denn sonst muß bei jeder weiteren Arbeitszeitverkürzung, die die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst durchsetzen, erneut um eine Regelung für die Arbeitslosenversicherung gekämpft werden. Und die, die nur stundenweise Arbeit haben, haben sowieso nichts von der Regelung, die der Gesetzentwurf vorsieht.

Arbeitslosenversicherung für Jeden, ohne Rücksicht auf die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit!

–Zelle Universität Heidelberg–

Wir müssen die Einheit herstellen

Diskussionen über die Notwendigkeit der Einheit während der Kurzarbeit bei Hanomag in Bremen

Vom 24.10. bis 6.11. wird bei Hanomag (Werk Bremen) erneut kurzgearbeitet. Von der Krise der Automobilindustrie bleibt auch der Daimler-Benz-Konzern nicht ausgenommen. Die Kleintransporterproduktion ist aufgrund der Krise in der Bauindustrie eines der schwächsten Glieder in der Produktionskette der Daimler-Benz-Kette.

Die Reaktion auf die erneute Kurzarbeit war unter der Belegschaft nicht einheitlich. Ein Teil, insbesondere jüngere Kollegen, meint, daß man wohl noch ganz gut einzeln durch die Krise durchkommen könne. Sie sind froh, ein paar Tage aus der Fabrik rauszukommen und auszuspannen. Viele ältere Kollegen, insbesondere diejenigen mit Familie, trifft die Kurzarbeit hart. Der Lohnausfall trifft die Familien besonders schwer, und sie beginnen sich ernsthaft mit der Lage der Arbeiter und ihren Interessen auseinanderzusetzen. Viele von ihnen werden von der Neuen Heimat erpreßt und müssen Heizkostennachschläge bis zu 475 DM zahlen; für den kommenden Winter sind wieder Erhöhungen angekündigt.

Über den Lohnausfall berichtet ein kommunistischer Arbeiter: "Das Kurzarbeitergeld wird nicht in voller Höhe des Lohnes bezahlt. So bekommt man höchstens 67 %. So habe ich mit zwei Wochen Kurzarbeit 250 DM weniger im Geldbeutel. Und ich erinnere mich daran, daß Kollegen bei der letzten einwöchigen Kurzarbeit 175 DM weniger hatten! Damit solche hohen Beträge uns bei der Lohnabrechnung nicht auffallen, hat man die Kurzarbeit in die letzte Woche des Oktobers und die erste Woche des Novembers gelegt. Dieses, so hörte ich, buchen verschiedene Betriebsräte als einen Erfolg zäher Verhandlungen mit der Geschäftsleitung. Wahrscheinlich meinen diese Betriebsräte auch, wir seien so doof, daß ein auf zwei Monatsabrechungen verteilter Verlust uns nur als ein halber Verlust erscheint."

Bedeutet Kurzarbeit auf der einen Seite Lohnkürzung, so bedeutet sie auf der anderen Seite Steigerung der Ausbeutung. Überall werden Kollegen abgezogen, während die übriggebliebenen Kollegen mehr Arbeit leisten müssen. Beim Karosseriebau in Halle 2 sieht das zum Beispiel so aus: Wo bislang insgesamt vier Kollegen das Dach auf dem Transporter festrollten (zwei Arbeiter) und die Regenrinnen festschweißten (zwei weitere Arbeiter), wird die Arbeit jetzt von insgesamt zwei Arbeitern gemacht. Einer von beiden macht noch Tätigkeiten "nebenbei". Die Anzahl der pro Schicht hergestellten Karosserien ist um etwa 10 % gedrosselt worden; dafür wurden aber gleich zwei Arbeiter eingespart. So ist den beiden übrig gebliebenen Arbeitern mehr als 40 % Mehrarbeit pro Schicht ausgepreßt werden.

Die Hanomag-Kapitalisten schlagen also zwei Fliegen mit einer Klappe: Wenn die Produktion stillgelegt ist, verkaufen sie die bereits vorher produzierten Autos und sparen die Löhne, läuft die Produktion; läuft die Produktion, wird enorm rationalisiert und die Ausbeutung verschärft. Man sieht: Für die Hanomag-Kapitalisten hat die Kurzarbeit etwas Gutes: den erwünschten Profit.

Als wir mit unserer Agitation und unserer Betriebszeitung "Der Scheinwerfer" enthüllten, in wessen Interesse die Kurzarbeit ist und daß man der "Mutter Daimler-Benz" nicht vertrauen kann, um mit ihr gemeinsam die Krise im Interesse der Aktionäre zu überwinden, meinten einige, besonders auch sozialdemokratische Arbeiter, die den Kommunisten ablehnend gegenüberstehen: "Die wollen sich doch nur mal wieder zu Wort melden." Aber die wirklichen Verhältnisse in unserem Land zwingen sie zu einer ernsthaften Überprüfung dieser Ansicht. Bei Hanomag geht das dann mitunter von heute auf morgen. Am Tag nach der Herausgabe unserer Betriebszeitung erschien die neue Kommunistische Volkszeitung: "Die Arbeitslosigkeit betrifft alle Arbeiter" entsprach den Gedanken vieler Kollegen und einige mehr als vorher kauften die KVZ. Statt wie bisher 6 bis 8 wurden an diesem Morgen vor dem Betrieb Hanomag und dem Nachbarbetrieb Atlas 14 Zeitungen verkauft. Das Interesse an der Zeitung und zur Auseinandersetzung mit den Meinungen und Vorschlägen der Kommunisten erhöhte sich noch, als im Laufe des Tages die Geschäftsleitung bestätigte, daß die Kommunisten die "Krise nicht herbeiredeten", sondern diese von den Kapitalisten selbst auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die Geschäftsleitung gab bekannt, daß vom 16. Dezember bis zum 3. Januar wieder kurzgearbeitet wird. Der "Scheinwerfer" wurde wieder herausgeholt und die Losung zur Herstellung der Einheit der Belegschaft gegen die Kapitalisten: "Keinerlei Lohnausfall durch Kurzarbeit! Bezahlung des Kurzarbeitergeldes durch die Kapitalisten!" wurde diskutiert.

Ein Genosse berichtet von der Diskussion mit den Kollegen: "'Jaa,' bekomme ich da von manchen Kollegen zu hören, 'die kriegst Du nie unter einen Hut! Schau nur, bei uns mag das ja noch klappen, aber die Türken machen nie mit!'"

In der Tat, die Kapitalisten möchten das gerne so haben und möchten auch, daß die Arbeiter das so lassen. Sie wissen, daß die Einheit der Arbeiter das einzige ist, was sie den Kapitalisten entgegensetzen können. Ob es mit dem Lohn ist, wo durch die Sonderzulagen wie die Schichtzulage die Drei-Schichtarbeiter mehr Zulage bekommen als die Zwei-Schichtarbeiter, während diejenigen, die nur alle zwei Wochen Schicht gehen, gar keine bekommen. Oder ob es sich um deutsche und ausländische Arbeiter handelt. Während in der Hochkonjunktur die ausländischen Arbeiter zu niedrigem Lohn die schmutzigsten Arbeiten machen, sollen sie in der Krise angeblich den deutschen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen. Um die Spaltung und die Wut zu schüren, werden zum Beispiel bei Hanomag erst einmal einige deutsche Kollegen wegen ein paar "Verfehlungen" entlassen. Die deutschen Arbeiter sollen sich dann nicht über die Schikane der Kapitalisten empören, sondern darüber, daß keine Türken entlassen worden sind. Wenn zwei sich zanken, freut sich der Dritte: die Daimler-Konzernherren. Erinnern wir uns jedoch an den Streik im Frühjahr, da waren wir uns alle einig: Ausländer, Deutsche, sogar die meisten Angestellten. Wir haben da gesehen, daß wir als Arbeiter und Lohnabhängige das Gleiche wollen. Das gilt in der Krise erst recht, die Einheit gegen die Kapitalisten herzustellen. Sonst gibt es für die Arbeiter nur die Einheit im Elend.

Keinerlei Lohnausfall durch Kurzarbeit!
Bezahlung des Kurzarbeitergeldes durch die Kapitalisten!
Einheitliches Arbeitslosengeld in Höhe von 80 % des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!
Arbeitsämter in Arbeiterhand!
Für den 7-Stundentag!

–C.E., Zelle Hanomag Bremen–

Ein Gespräch mit ausländischen Arbeitern
Nicht der Logik der Ausbeuter folgen
Die deutschen und die ausländischen Arbeiter müssen gemeinsam kämpfen
Freiburg. Kürzlich war ich bei einer italienischen Familie eingeladen. Es
Logik der Kapitalisten ein", sagten sie. "Ihr denkt in der Logik der Ent-
diese Gesellschaft endlich weiterkommen; heute ist es so, daß die großen

machten die ganze Woche weiter. Es zeigte sich, daß man uns nur einschüchtern wollte und aufgab, als man erfolglos blieb. Wir werden weitermachen, denn die Woche hat uns gezeigt, wie wichtig die Agitation unter den Arbeitslosen ist.
H.R., Ortsaufbaugruppe Dortmund
gekämpft werden. Und die, die nur stundenweise Arbeit haben, haben sowieso nichts von der Regelung, die der Gesetzentwurf vorsieht.
Arbeitslosenversicherung für Jeden, ohne Rücksicht auf die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit!
–Zelle Universität Heidelberg–

Warten auf dem Arbeitsamt

Hamburg. Ich bin seit Ende Juni arbeitslos und habe bis heute noch kein Arbeitslosengeld erhalten. Und jetzt ist inzwischen September. Zuerst wartete ich geduldig, weil man mir gesagt hatte, ein paar Wochen würde es schon dauern. Obwohl ich finde, daß das auch schon eine Frechheit ist, denn von was soll man denn in der Zwischenzeit leben, wenn man nicht ein bißchen gespart hat. Und wer kann das heute noch?

Als ich das letzte Geld von meinem Girokonto abgehoben hatte und immer noch keinen Bescheid vom Arbeitsamt hatte, wurde ich doch ungeduldig. Ich dachte: geh' lieber mal persönlich hin, wenn du anrufst, wimmeln sie dich doch nur ab. Ich ging zu der Sachbearbeiterin, die meinen Fall bisher behandelt hatte und schilderte ihr, daß ich langsam mal Geld brauchte. Sie schickte mich in ein anderes Zimmer in einem anderen Stockwerk. Sie gab mir einen Zettel mit der Nummer des Zimmers mit. Als ich in das andere Stockwerk kam, saßen und standen dort auf dem Flur ungefähr 18 Leute: Vor einer Tür standen ca. 18 Leute Schlange.

Als ich in das Zimmer gehen wollte, dessen Nummer man mir gegeben hatte, riefen alle Leute ringsherum: Halt! Erst anmelden, wir wollen auch alle drankommen.

Ich mußte in der Schlange anstehen, bekam in dem einen Zimmer eine Nummer (es war etwas in den vierzigern) und dann sollte ich warten, bis meine Nummer aufgerufen wird. Das dauerte ganz schön lange. Dann wurde ich endlich aufgerufen, erzählte, daß ich noch kein Geld hätte und welches braughte. Da sagte der Sachbearbeiter: 5 bis 10 Wochen dauert es im allgemeinen. Er fand auch, daß es bei mir zu lange dauerte und sagte, er wollte mal nachsehen. Dazu brauchte er meine Akte. Und um die zu finden, mußte er sich auf den Weg machen und suchen. Es dauerte ca. 10 Minuten bis er wieder kam, allerdings ohne Akte. "Sie ist nicht zu finden", sagte er und schimpfte über die Zustände beim Arbeitsamt. "Aber Frau ... erinnert sich an Ihren Namen." Daraufhin gab er mir die Telefonnummer von dieser Frau und sagte, ich sollte dort in zwei Tagen anrufen. "Dann schickt sie einen los, der durchs Haus rennt und die Akte sucht."

Das war das Ergebnis nach der ganzen Warterei, daß ich genauso schlau war wie vorher. Geld habe ich immer noch keins. Bei diesem Besuch ist mir so richtig klar geworden, daß dem Staat nichts daran liegt, daß den Arbeitslosen geholfen wird. Man wird vertröstet, vertröstet, vertröstet. Und hinterher mit ein paar Mark abgespeist. Die Arbeitsämter arbeiten nicht im Sinne der Arbeiter und Angestellten. Dabei bezahlen die doch ihr Leben lang Arbeitslosenversicherung. Deshalb müßten sie auch über die Arbeitsämter bestimmen. Wenn ich das nächste Mal zum Arbeitsamt hingehe, weiß ich schon was ich mache: Ich nehm' die KVZ mit und nutze die Wartezeit, um mit den anderen darüber zu diskutieren und ihnen Zeitungen zu verkaufen. Diesmal hab' ich nur eine verkauft, weil ich nur meine eigene dabei hatte. Das nächste Mal werde ich mehr mitnehmen.

–C.H., Hamburg–

Ein Gespräch mit ausländischen Arbeitern

Nicht der Logik der Ausbeuter folgen

Die deutschen und die ausländischen Arbeiter müssen gemeinsam kämpfen

Freiburg. Kürzlich war ich bei einer italienischen Familie eingeladen. Es kam die Sprache auf die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, und der Italiener sagte, er sei vor einiger Zeit entlassen worden. Dem deutschen Kollegen, mit dem er immer gut zusammenarbeitete, sei nicht gekündigt worden. Der Italiener meinte, das sei natürlich vollkommen richtig: "Wir sind ja hier nur zu Gast, wenn entlassen werden muß, dann ist es richtig, daß wir Ausländer zuerst gehen müssen." Seine Frau stimmte zu: "Ja, wenn entlassen werden muß, dann finde ich es auch korrekt, wenn wir und nicht die deutschen Kollegen entlassen werden."

Die zwei Söhne der Familie, die beide aus Italien da waren, waren ganz anderer Ansicht. "Ihr laßt euch auf die Logik der Kapitalisten ein", sagten sie. "Ihr denkt in der Logik der Entlassungen. Entlassungen?! Das heißt doch, daß die Ausbeuter nicht die Krise bezahlen wollen, sondern die Arbeiter das tun sollen. Wir dürfen keinesfalls von der Voraussetzung ausgehen, daß entlassen werden muß. Wo kommen wir da hin? Für die Arbeiter ist es gleichgültig, ob ein Italiener oder ein Deutscher entlassen wird. In jedem Fall müssen die Arbeiter gemeinsam gegen eine Ordnung kämpfen, die ständig ein solches Chaos hervorbringt, daß Millionen von Menschen, die was Nützliches schaffen könnten, auf die Straße gesetzt werden. Wenn wir Arbeiter die Macht hätten, dann bräuchte niemand entlassen zu werden. Jeder könnte seine Kraft für eine allgemein nützliche Sache einsetzen. So würde diese Gesellschaft endlich weiterkommen; heute ist es so, daß die großen Kapitalisten selbst noch in der Krise große Sprünge machen können, während Millionen von Arbeitern alles verlieren, was sie vorher gehabt haben."

Man darf sich nicht auf die Logik der Kapitalisten einlassen – die beiden jungen Italiener haben recht. Entlassungen sind logisch nur für die Kapitalisten, für die sind Entlassungen eine wirtschaftliche "Heilkur". Nach einer Welle von Entlassungen sind die Kapitalisten wieder "geheilt", weil die Löhne runtergedrückt worden sind. Dann kommen wieder die rosigen Zeiten der Hochkonjunktur. Und dann bricht plötzlich die Krankheit wieder durch, und wieder kommt die "Heilkur der Entlassungen". Man sieht: Wirkliche Heilung findet nicht statt.

Man muß die Wurzel der Krankheit ausreißen und die Ausbeuter davonjagen. Um genau das zu erreichen, darf man sich nicht auf die Logik mit den Entlassungen einlassen, die Arbeiter müssen sich zusammenschließen und fordern, was sie brauchen. kkw

–nach: "Klassenkampf", Ortsbeilage Freiburg der KVZ Nr.21, 16.10.74–

Kindergeld-Komitee sprach auf Ausländerfest

Dortmund. Unter dem Motto "Festival der Freundschaft" fand am Samstag, dem 26.10., in der Dortmunder Westfalenhalle eine Veranstaltung für Ausländer statt. Veranstalter war das Presseamt der Stadt Dortmund in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche.

Vor mehreren tausend Ausländern, darunter vielen Arbeitern, der verschiedensten Nationalitäten wurde ein Unterhaltungsprogramm abgezogen. Das Festival wurde eingeleitet von Grußworten des Bundespräsidenten Scheel und des Oberbürgermeisters Samtlebe von Dortmund. Was von ihren Reden über Völker- und Gastfreundschaft zu halten war, zeigte sich deutlich, als das Dortmunder Kindergeld-Komitee (Spanier, Griechen, Türken) einen kurzen Redebeitrag auf dem Festival beantragte, um auf die tatsächliche schlechte soziale und politische Lage der ausländischen Familien in Westdeutschland einzugehen. Nach verschiedensten Weigerungen der Organisatoren erhob dann die Sicherungsgruppe Bonn Einspruch gegen das Auftreten des Komitees. Das genügte auch als Grund für die Organisatoren, um die Rede nun endgültig abzulehnen. Das Komitee verteilte daraufhin Flugblätter zu dieser neuen Sachlage vor der Halle und konnte schließlich doch in der Pause einen Beitrag von wenigen Minuten halten, der die diskriminierende Kindergeldregelung für Ausländer angriff und darauf hinwies, daß nicht schöne Reden den ausländischen Kollegen weiterhelfen, sondern gleiche Rechte wie die deutschen Kollegen. Auf der Galerie der Halle wurde ein Transparent entfaltet, auf dem die Forderungen des Kindergeldkomitees und die Forderung nach gleichen Rechten ausgedrückt wurden. Der Beitrag und das Auftreten des Kindergeldkomitees fanden breiten Beifall unter den Anwesenden in der Halle.

–H., OAG Dortmund–

Demonstration gegen Kindergeldregelung

Gießen. Am Samstag, 26. Oktober, demonstrierten 250 Menschen gegen die Kindergeldsonderregelung für Ausländer. Rund 200 Türken und Spanier und 50 deutsche Kollegen nahmen daran teil. "Gleiche Steuern, gleiches Kindergeld, gleiche Arbeit, gleiche Rechte" waren die Forderungen. Obwohl der DGB mit über 500 Unterschriften aufgefordert wurde, die ausländischen Arbeiter zu unterstützen, lehnte der Kreisvorstand des DGB jede Unterstützung der Demonstration ab.

–IG OAG Gießen–



Auf der Demonstration in Speyer stärkten die Kollegen von VFW den gemeinsamen Kampf gegen Stilllegungen und Entlassungen

3000 Speyerer Arbeiter demonstrierten gegen Stillegung

Die Belegschaft von Salamander Speyer findet breite Unterstützung aus den anderen Betrieben

Der Kampf der Belegschaft von Salamander in Speyer gegen die Schließung des Werks fand am 21. Oktober einen ersten Höhepunkt. Etwa 3 000 Arbeiter aus mehreren Betrieben sorgten für eine eindrucksvolle Demonstration, die größte in Speyer seit vielen Jahren.

Nicht nur von Salamander und VFW-Fokker, wo die Arbeitsplätze direkt bedroht sind, war der größte Teil der Belegschaft auf die Straße gegangen, sondern auch von Klambt-Druck, Siemens und kleineren Betrieben.

Demonstration der Solidarität und keine Trauerkundgebung

Eine Reihe von Transparenten und die Stimmung bei der Kundgebung auf dem Alten Marktplatz zeigten: Hier ging es nicht um eine Trauerveranstaltung, weil alles so schlimm ist, sondern um die Demonstration der Kampfbereitschaft: Wir wollen die Bedrohung unserer Arbeitsplätze und die Angriffe der Unternehmer nicht einfach hinnehmen, sondern für unsere Interessen kämpfen. Jetzt geht es um die Kollegen von Salamander. Und morgen können die anderen dran sein. Wenn die Belegschaft von Salamander durchkommt, ist das auch gut für die anderen. Deshalb müssen wir zusammenhalten. Und deshalb dürfen wir auch nicht aufgeben. "Übt heute Solidarität, denn morgen ist's vielleicht zu spät" "Nicht resignieren, organisieren!" "Junge und alte Arbeiter **gemeinsam** gegen die Schließung" – In solchen Parolen, die mitgetragen wurden, zeigte sich, wie viele Kollegen diese Kundgebung verstanden. In den Reden einiger Gewerkschaftsführer, vor allem der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Leder, van Haaren, war vom **Kampf** gegen die Absichten des Salamander-Vorstands allerdings wenig zu hören. Sie forderten die Mitbestimmung als Heilmittel gegen drohende Arbeitslosigkeit. Van Haaren meinte, daß die Arbeitsplätze in Speyer verloren gehen, weil das Management so viele Fehler gemacht habe. Solche Spekulationen können nur davon ablenken, was jetzt auf der Tagesordnung stehen muß, nämlich der Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz bei Salamander und in Speyer. Woher wissen denn Leute wie van Haaren, daß die Schließung des Speyerer Betriebs für die Salamander-Kapitalisten so schlecht ist? Die werden schon wissen, was sie wollen. Die Frage ist doch nur, ob sich die Kollegen vor den Kapitalisten-Karren spannen lassen oder ob sie sich dagegen solidarisch zur Wehr setzen. Darum geht es jetzt in dem Kampf um die Arbeitsplätze. Wenn man sich in den Betrieben umhört, kommt kaum ein Kollege auf die Idee, paritätische Mitbestimmung zu fordern. Sondern da gibt es nur zwei Meinungen: Entweder sind die Kollegen resigniert und sagen, es habe doch keinen Zweck, gegen einen Beschluß des Vorstands zu kämpfen, weil die oben doch machen könnten, was sie wollen. Oder die Kollegen sagen: Wir haben nichts zu verlieren. Wenn wir uns zusammentun und für unsere Arbeitsplätze kämpfen, können wir nur was gewinnen. Stillehalten, das bringt nichts.

Wie muß es weitergehen?

Die Demonstration war ein großer Erfolg für die Solidarität der Speyerer Arbeiter. Aber ein solcher Erfolg nützt nur etwas im Kampf für die Arbeitsplätze, wenn er auch genutzt wird und die Belegschaft darauf aufbaut. Abgesehen davon, daß die Kollegen von Salamander/Speyer in ihrem Kampf durch die eindrucksvolle Demonstration sichtbar gestärkt worden sind, geht es jetzt auch darum, neben der Speyerer Solidaritätsfront eine zweite Front aufzubauen: die der Kollegen in den übrigen Salamander-Werken in Kornwestheim, Pirmasens, Faurndau usw. Kein einziger Arbeitsplatz im Salamanderkonzern darf aufgegeben werden. Nur unter einer solchen Parole kann verhindert werden, daß die Salamander-Kapitalisten die Belegschaft eines Betriebes gegen eine andere ausspielen und so doch ihr Ziel erreichen. Deshalb wollen jetzt einige Vertrauensleute durchsetzen, daß der Speyerer Vertrauensleutekörper mit einem Bus die Zweigwerke in Kornwestheim und Pirmasens besucht und die Kollegen dort auffordert, den Kampf der Speyerer Belegschaft zu unterstützen.

Ortsaufbaugruppe Speyer

mander und in Speyer. Woher wissen denn Leute wie van Haaren, daß die Schließung des Speyerer Betriebs für



Am 1.7.73 war die Firma Süddruck von Gruner & Jahr und dem Süddeutschen Verlag gegründet worden. Jetzt soll sie geschlossen werden. Auf dem Bild zeigen die Kollegen, wie die Kapitalisten mit ihnen umspringen wollen: "Am 1.11. ist Schluß – 640 müssen dann stempeln gehen."

Streik gegen Denunzianten

Bremen. Am Montag, 14.10. haben bei Lloyd-Dynamo, einem 800-Mann-Betrieb in Bremen-Hasted Kollegen aus drei Abteilungen nach der Mittagspause gestreikt, um die Geschäftsleitung zu zwingen, einen Denunzianten rauszuschmeißen.

Der Betreffende hatte am Sonnabend, 12.10., als bei LDW Überstunden gemacht wurden, beobachtet, wie ein jugoslawischer Kollege für seine Frau mitgestempelt hatte, die eine Viertelstunde früher gegangen war.

Der Denunziant hatte nichts eiligeres zu tun, als sich im Personalbüro die Stempelkarten der beiden zu holen und damit zu einem leitenden Angestellten zu gehen. Den beiden Jugoslawen wurde fristlos gekündigt. Sie hielten während ihrer Arbeitsniederlegung eine Versammlung ab, wo sie einen Ausschuß des Betriebsrats beauftragten, über die Entlassung des Denunzianten zu verhandeln.

Nicht debattiert wurde auf dieser Versammlung die Forderung nach Wiedereinstellung des jugoslawischen Ehepaares.

Die Betriebsaufbauzelle hat mit einem Extrablatt der Betriebszeitung "Generator" in die Auseinandersetzung eingegriffen, indem sie die Aktion der Kollegen gegen die Handlanger der Geschäftsleitung in ihren eigenen Reihen unterstützte und die Wiedereinstellung forderte.

In den Tagen vor und nach dieser Sache kam es bei LDW zu weiteren Entlassungen. Es handelte sich dabei um Kollegen, die während der Arbeitszeit getrunken hatten. Einer von ihnen hat den LDW-Kapitalisten länger als 15 Jahre seine Knochen hingehalten. Trinken während der Arbeitszeit war trotz eines entsprechenden Paragraphen in der Arbeitsordnung bisher im Werk geduldet worden. Jetzt, wo die Krise sich verschärft und viele Arbeitslose als Ersatz bereitstehen, genügen derartige Verstöße gegen die Arbeitsordnung, um auf die Straße zu fliegen. Die Arbeiter werden in dieser Situation nur bestehen können, wenn sie sich zusammenzuschließen und Spaltung und Einschüchterung geschlossen entgegentreten.

–D.–

tung "Generator" in die Auseinandersetzung eingegriffen, indem sie und Einschüchterung geschlossen entgegentreten. –D.–

Warnstreik bei Steinway

Warnstreik bei Steinway

Hamburg. Mit einem Warnstreik am Donnerstag, dem 24. Oktober, antworteten die Kollegen der Hamburger Klavierfabrik Steinway auf die Verschleppungstaktik der Holzkapitalisten und die Frechheit ihrer Angebote.

Die Kapitalisten hatten die Tarifrunde mit einer Provokation eröffnet: Sie versuchten, den Lohntarifvertrag um ein Vierteljahr (bis zum 31.12.74) zu verlängern und die Kollegen mit einem "Überbrückungsgeld" von 300 DM zu ködern. Ziel der Holzkapitalisten war es, die Tarifrunde auf die Zeit nach Weihnachten zu verschieben, weil nach dem Weihnachtsgeschäft die Kampfbedingungen für die Kollegen ungünstiger sind: Die Auftragsbücher sind leerer und welcher Kollege streikt schon nach den Feiertagen mit leerem Portemonnaie für einige Pfennige mehr?

In einer kämpferischen Gewerkschaftsversammlung hatten die Kollegen diese Verschleppungstaktik einhellig abgelehnt.

Eine weitere Frechheit erlaubten sich die Kapitalisten, als sie den Kollegen 6,3 % mehr Lohn anboten. Deutlich wurde damit, daß die Kapitalisten beabsichtigen, die Verhandlungen auf Wochen hinaus zu verschleppen, damit am Ende ein niedrigeres Ergebnis abgeschlossen wird.

Obwohl Geschäftsleitung und Betriebsrat im Verlauf des Warnstreiks vom Donnerstag wiederholt versucht hatten, die Kollegen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen, blieben die Kollegen bis zu zwei Stunden im Speiseraum auf ihren Plätzen sitzen. Da nutzten auch keine faulen Tricks der Geschäftsleitung wie: "Wir verhandeln nicht unter Druck." Was bei den Verhandlungen herauskommt, liegt ohnehin nicht bei der Verhandlungsbereitschaft der Kapitalisten, sondern ausschließlich am Druck von Seiten der Kollegen.

In den weiterführenden Verhandlungen lagen die neuen Angebote von 7,8 % und 8,4 % auf dem Tisch. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) lehnte diese Angebote ab und ließ die Verhandlungen scheitern. In einer Urabstimmung am Montag, dem 28.10.74, sollte über die weiteren Kampfmaßnahmen abgestimmt werden.

–Zelle Steinway, Hamburg–

Zum Gesundheitswesen in der Rheinhütte Wiesbaden

Bestätigung der Vorwürfe gegen das Betriebsgesundheitswesen in der Firma Rheinhütte

Wiesbaden. In der letzten KVZ berichteten wir mit dem Brief von vier Kollegen über die schlechten Zustände im Gesundheitswesen der Firma Rheinhütte. In der Rheinhütte selber versuchte sofort die Geschäftsleitung zusammen mit dem Betriebsrat den Artikel krampfhaft als falsch hinzustellen. Der Betriebsrat stimmte sogar ab, daß das Gesundheitswesen auf der Rheinhütte gut ist. Auch die ständigen Versuche der Geschäftsleitung, die Schreiber des Briefes zu ermitteln, zeigen gut, daß der Brief die Zustände genau richtig dargestellt hatte und dies kein Einzelfall war. In diesem Lichte ist auch die fristlose Kündigung zu sehen, die einem Kollegen ausgesprochen wurde, weil man ihn verdächtigte, Mitverfasser des Artikels zu sein. An dieser Kündigung drückt sich die panische Angst der Geschäftsleitung vor weiteren Veröffentlichungen über das Gesundheitswesen aus.

Ich habe in der letzten KVZ den Brief von vier Kollegen zu dem verheerenden Gesundheitswesen auf der Rheinhütte gelesen. Dem Gesagten kann ich nur zustimmen. Dazu möchte ich meinen eigenen Fall schildern:

Im September 1973 fing ich auf der Rheinhütte eine Maschinenschlosserlehre an, habe später gekündigt. Vor Lehrbeginn mußte aufgrund des Jugendarbeitsschutzgesetzes eine ärztliche Einstellungsuntersuchung stattfinden, die der Werksarzt der Firma Rheinhütte Dr.Ekopf vornahm. Bei der üblichen 5-Minuten-Untersuchung stellte er nichts fest, obwohl er mir in beide Ohren guckte. Schon etwa einen Monat nach Lehrbeginn stellten sich bei mir starke Ohrenschmerzen ein, worauf ich einen Hals-Nasen-Ohren-Arzt aufsuchte. Dieser stellte fest, daß das Trommelfell und der Gehörgang von einem Tumor zerstört waren. Ich war auf dem Ohr nur 10 % hörfähig. Der Arzt teilte mir mit, daß durch die starke Lärmbelastung in meinem Beruf eine vollständige Hörunfähigkeit als Folge zu befürchten wäre, falls der Tumor nicht operativ entfernt werden könnte. Inzwischen bin ich zweimal operiert worden und wieder hörfähig. Durch die lange Behandlungszeit habe ich einen sehr großen Teil der Ausbildung versäumt. Mein Beispiel zeigt gerade, was eine solche Einstellungsuntersuchung wert ist; einen Dreck ist sie wert! Man stellt bei diesen Arten von Untersuchungen gerade fest, daß man nicht querschnittsgelähmt ist. Außerdem sieht man an meinem Beispiel sehr gut, was in dem Gesundheitswesen der Firma Rheinhütte alles möglich ist.

Deshalb auch unterstütze ich voll die Forderung, da dies in den meisten Betrieben so ist.

Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebsrat!

Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen!

Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits- und Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebsrat!

Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten!

–Michael Rübenach–

Erläuterung zu unserem Brief in der KVZ Nr. 21 zum Gesundheitswesen in der Firma Rheinhütte

In der letzten Nummer der KVZ war unser Brief, den wir mit noch zwei Kollegen verfaßt hatten, veröffentlicht worden.

In den Diskussionen im Betrieb über diesen Brief ist bei einigen Kollegen der Eindruck entstanden, wir würden uns mit den Forderungen und mit den Beispielen gegen den Werkssanitäter wenden. Dieser Eindruck ist vollkommen falsch. Wir wenden uns ausschließlich gegen die verheerenden Zustände im Gesundheitswesen, für die natürlich nicht der Sanitäter verantwortlich zu machen ist, sondern allein der Kapitalist. Denn wie sieht es aus?

Der Sanitäter hat erstens nicht die Einrichtungen und zweitens kann er deshalb nicht verantwortlich dafür gemacht werden, weil er kein ausgebildeter Arzt ist, sondern eben Sanitäter. Deshalb geht es konkret darum, daß nicht nur ein Sanitäter, sondern noch ein Werksarzt notwendig ist, gerade deshalb, weil oft Arbeitsunfälle passieren. Und außerdem geht es darum, daß, wenn ein Kollege zum Arzt geht, er jederzeit einen Passierschein ausgestellt bekommt und für die ausgefallene Arbeitszeit auch voll bezahlt wird.

D.M.

Gegen Stillegung

Landau. Gegen die Stillegung des Landauer Zweigwerkes von Blaupunkt (450 Arbeitsplätze) riefen der DGB und die IG Metall am Freitag, dem 25. Oktober, zu einer Protestveranstaltung auf. Da der kleine Saal der Festhalle nicht ausreichte, mußten die Kollegen in den großen Saal umziehen. Anschließend wurde eine Demonstration von über 500 Teilnehmern durchgeführt.

Bundeswehr besetzt Betrieb

Angeblich ohne Wissen der Geschäftsleitung

Während des Manövers "Pfälzer Wald" wurde der Arzneimittelgroßversand BAUER in Neustadt/W. von Bundeswehrsoldaten besetzt. Sie drangen in fast alle Räume ein und besetzten auch die Zentrale des Versands. Die Soldaten waren sämtlich bewaffnet und legten die Waffen auch nach Aufforderung der aufgebrachten Angestellten und Arbeiter nicht ab.

Der Betrieb wurde angeblich ohne Wissen der Geschäftsleitung besetzt. Auf Anfrage, warum dies geschehe, gab man nur zur Antwort: "um den Betrieb zu schützen"

Auf dem Gelände des Betriebs wurde ein Privat-PKW erheblich beschädigt, dessen empörter Besitzer sich auch noch den "Anschiß" eines Offiziers gefallen lassen mußte.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, welchen Auftrag die Bundeswehr hat, nämlich ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes zu sein, die sich heute immer mehr darauf vorbereitet, der Arbeiterklasse die Pulsadern aufzuschneiden, wenn sie aufstehen und um ihre Rechte und die Macht kämpfen wird.

–U.L., Landau–

Bericht eines Kollegen aus der DDR

Unter ungeheuerem Aufwand wird bei uns das ganze Jahr über der 25. Jahrestag der DDR gefeiert – jeder dürfte das gemerkt haben. Was an dem nach außen hin so viel beschworenen DDR-Sozialismus wirklich dran ist, kann man wohl am besten ermessen, wenn man in die großen Betriebe hineinschaut. Ich selbst arbeite in einem Kabelwerk in der DDR.

Etwas über 3 000 Leute fahren hier drei Schichten rund um die Uhr (was bestimmt nicht notwendig wäre, aber das ist ja bei uns die Regel: produzieren um jeden Preis). Die Arbeit hier ist körperlich sehr schwer, so daß unser Werk allgemein als Knochenmühle bekannt ist. Überall hängen Schilder, auf denen den Kollegen immer wieder eingehämmert wird, daß volle Kapazitätsauslastung alles ist. Selbst an den einzelnen Maschinen sind Schilder angebracht, auf denen zum Beispiel steht, daß eine Stunde Stillstand dieser Maschine die DDR so und soviel kostet.

Daß da nichts stillsteht, dafür wird gesorgt. Erstens gibt es so eine Art Fahrtenbuch für jede Maschine, wo jeder Handschlag eingetragen werden muß, die Kabelmeterzahl, wenn die Maschine irgendwelche Macken hat und so weiter; und vor allem gibt's die Norm, die nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden muß, sonst gibt's keine Prämien und man kommt nicht auf sein Geld. Der Grundlohn ist sehr niedrig. Wenn man ranklotzt, kann man ihn durch den Prämienanteil verdoppeln, vor allem durch die "Meterprämie". So kommt es nicht selten vor, daß die Kollegen die Pause durchfahren, um ihren Prämienanteil hochzuhalten. Das machen die meisten aber nicht lange, denn das geht natürlich in die Knochen.

Damit die ganze Rechnung aufgeht, das heißt der Prämienanteil hoch ist, muß man die Norm möglichst klein halten. Das bedeutet, wenn genormt wird, wird so langsam wie möglich gearbeitet, da halten die Kollegen auch zusammen. Im Durchschnitt sieht das dann so aus, daß wir in siebeneinhalb Stunden Arbeitszeit die Norm von achteinhalb Stunden erfüllen. Genormt wird jährlich, oder wenn bei einzelnen Kollegen der Prämienanteil auf über 110 % über den Grundlohn

auf über 110 % über den Grundlohn

ansteigt, dann ist noch innerhalb einer Woche ein Angestellter mit der Stoppuhr da.

Wenn die – allerdings in der Frauenabteilung (die haben jedoch auch eine höhere Grundlohnstufe) – die Norm nicht schaffen, dauert das bis zum nächsten Jahr, daß die Norm wieder runtergesetzt wird. Da gibt's natürlich dann schon Gemecker. Auch die Männer wehren sich gegen diese Art von Akkordzwang und wollen einen höheren Grundlohn, den sie sicher haben. Die Werksleitung bemüht sich noch nicht mal, das ganze irgendwie zu begründen. So sind eben die Meister die einzigen, die man anmeckern kann. Die werden ja ihrerseits auch von oben getreten und treten nach unten weiter und antworten: "Seid zufrieden, daß ihr Lohngruppe 5 habt und macht euer Geld mit Prämien, die werden schließlich weniger versteuert."

Das Ergebnis ist, daß die Konkurrenz unter den Kollegen wächst und viele Überstunden machen müssen (besonders, wenn man Ausschuß hat, denn dafür gibt's nichts), und das bei einer 44-Stunden-Woche. Man kann sich denken, daß unter diesen Bedingungen kollektives Bewußtsein und jegliche Initiative der Kollegen erstickt werden. Die meisten arbeiten also nach der Devise: Was nicht bezahlt wird, wird nicht gemacht. Bei der üblichen Hektik werden die zwar vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen und -bestimmungen als Ballast empfunden, denn sie kosten mehr Zeit, deshalb werden sie nur von wenigen beachtet oder befolgt und so gibt's natürlich nicht selten Unfälle. Davor hat natürlich jeder Angst, wie überhaupt vorm Kranksein – nicht wegen der Krankheit, sondern weil dann seine gesamten Prämien wegfallen und man dann mit verdammt wenig Geld im Monat auskommen muß.

Auch wenn man seine Karte zu spät in die Stempeluhr sticht, wird ein beträchtlicher Teil der Prämie abgerechnet. Wer zur Nachtschicht zu spät kommt (5 Minuten reichen), ist seine ganze Nachtschichtzulage los.

Um uns besser beobachten zu können, wurden vor einer Weile überall sogenannte Dispatcher angebracht (Fernsehüberwachungskameras), so daß sich die Werksleitung jede Ma-

daß sich die Werksleitung jede Ma-

schine mit Besatzung in ihrem Extra-Gebäude auf die Fernsehschirme holen kann. Von dort aus können sie ungestört die Norm ständig überprüfen. Außerdem wird den Herren das natürlich sehr entgegenkommen, daß sie sich nicht mehr in die schmutzigen Werkshallen begeben müssen, wo ihnen sowieso meist eine aggressive Stimmung entgegenschlägt. Für solche Dinge ist bei uns immer Geld da, aber nicht, um den zum Beispiel wirklich schäbig aussehenden Essensaal für die Arbeiter zu renovieren. Für die Bonzen und Angestellten gibt es einen anderen Raum, der wesentlich besser ausgestattet ist. Die können auch zwischen fünf Essen wählen (die allerdings teurer sind) und wir nur zwischen zwei Essen, das zudem – ohne zu hohe Ansprüche zu stellen – wirklich miserabel ist. Dafür gibt's aber West-Zigaretten für 8 Mark die Schachtel am Tresen.

Kein Geld ist auch für die Verbesserung der sanitären Anlagen da, insbesondere für die Klos und für die Duschen. So kommen bei uns auf 100 Leute pro Schichtwechsel 6 Duschen, von denen 2 meistens überhaupt nicht gehen und die restlichen 4 sind auch bloß schmale Rohre, die aus der Wand ragen, aus denen kläglich das Wasser pirselt.

Das sind zwar nicht die wichtigsten Sachen, aber sie sind doch sehr bezeichnend. Bei dem ganzen Ärger kommt dann noch die Gewißheit hinzu, daß man keine Möglichkeit hat, gegen diese Dinge anzugehen. Bei den formalen Wegen, die uns zustehen (über FDGB usw.) rennt man sich regelmäßig den Kopf ein. Die meisten Kollegen versuchen es erst gar nicht; sie hat man zur Resignation gezwungen. Dann kommt man raus, und am Werkstor an der Fabrik hängen die großen Spruchbänder "Gemäß den Bestimmungen des VIII. Parteitages der SED festigen wir unser sozialistisches Vaterland" und vor allem: "25 Jahre DDR – 25 Jahre Frieden, Demokratie und Sozialismus". Da kann man schon wütend werden ... 25 Jahre Sozialismus, das ist ein bitterer Hohn.

X.Y.



Zum 25. Jahrestag der DDR haben Ostberliner Graphiker beiliegendes Zahlenbild entworfen. Auf den erste Blick nichts Besonderes. Betracht man aber das Feld zwischen den Za len, so erkennt man darin eine Pferdekopf, und der waagrechte Ba ken der Fünf stellt eine Fahne da also über dem Kopf. Nun haben i Mitteldeutschland die Bauernhöfe o einen Pferdekopf über dem Giebe Weht über diesem Kopf nach alt Sitte eine Fahne, dann heißt das: D Hof ist bankrott.

Der Zensur des DDR-Staatsapparat ist der Spott der Graphiker erst sp aufgefallen – nämlich erst, nachde besagtes Zahlenbild offiziell im ga zen Staatsgebiet verteilt worden wa (Es erschien zu dieser Zeit in jed Zeitung und auf Plakaten.) Obwo die genannte bäuerliche Sitte in Me lenburg kaum bekannt war, ve breitete sich die Nachricht davon s cherer, als die verlogenen Jubelnach richten der offiziellen Publikationso gane, die nicht den Weg des Volks mundes gehen können. Und so mi lang auch der Versuch der Behörde in aller Heimlichkeit die an fast j dem Straßenbaum – wie gesehe z. B. auf der Strecke Lübeck-Schwe rin – in Plakatgröße angebrachte 2 durch eine unverfängliche 25 zu übe kleben. Nach Aussagen von mir be kannten DDR-Bürgern sollen die Gr phiker verhaftet worden sein.

–M.G., Kiel–

kommunistische volkszeitung

Ab 7. 11. wöchentlich

"An die Redaktion der KVZ

Mit großer Freude entnahm ich aus der letzten Ausgabe der KVZ vom 2.10.74, daß nun die Zeitung wöchentlich erscheinen wird. Ich halte das für eine gute Sache und stimme der Resolution in allen Punkten zu. Sie, die KVZ, hat mich nämlich auf den richtigen Weg gebracht, um mich und viele meiner Arbeitskollegen aus unserer schlimmen Lage zu führen. Daß in unserem Staat einiges, fast alles stinkt, ist mir schon seit meiner Schulentlassung klar. Dagegen wollte ich schon immer etwas tun. Ich ging zur SPD, wurde Mitglied und glaubte fest an die Befreiung der Arbeiterklasse. Ich wollte mich gerne aktiv einsetzen und helfen, den Fortschritt der SPD herbeizuführen, wußte aber nie,

helfen, den Fortschritt der SPD herbeizuführen, wußte aber nie,

was ich machen sollte.

Bis zum Wahlkampf. Da hatte man dann Gelegenheit, seine Freizeit für die Partei zu opfern. Den Erfolg spüre ich jetzt täglich beim Einkaufen und Arbeiten. Trotz guten Glaubens ging's uns immer schlechter. Ich verlor allmählich das Interesse und versuchte, den Grund dafür zu suchen. Ich informierte mich nun nicht mehr in den SPD-Flugblättern und Zeitungen, sondern auch in anderen Blättern. Unter anderem bekam ich auch vor dem Betrieb meiner Freundin eine KVZ und einen "Kommentar" (Betriebszeitung des KBW) in die Hand. Nie vorher hatte ich so eine offene und verständlich geschriebene Zeitung gelesen. Trotz längerem Suchen fand ich in den verschiedenen Artikeln keine Widersprüche, die mich bei den anderen Zeitungen ganz unsicher machten und ich brannte darauf, die nächste Ausgabe zu bekommen. 14 Tage später sprach ich dann einen Verkäufer der KVZ an und kam dann auch in eine lange und gute Diskussion. Er lud mich zu einem KVZ-Leserkreis ein. Dort sprachen wir über die Zeitung und den Herausgeber derselben. Mein Interesse für politische Arbeit steigerte sich wieder und ich bin mit allen Kräften dabei, den KBW und seine gerechten und nötigen Forderungen zu unterstützen. Die KVZ hat mir dabei den Weg bereitet und soll noch vielen anderen Kollegen dabei helfen. Deshalb ist es notwendig, daß die KVZ wöchentlich erscheint. Daß das alles viel Geld kostet, ist traurig, aber unumgehbar. Ich habe deshalb bei meiner Bank einen Dauerauftrag eingerichtet, die monatlich 5 DM an die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung überweist. 5 DM sind heute nicht mehr viel, aber wenn viele Leser meinem Beispiel folgen, können wir uns unsere Kommunistische Volkszeitung erhalten und noch viele Arbeiter auf unsere, die richtige Seite bringen!

G.R., Öffentlicher Dienst Heidelberg"

Bei meinem letzten Verkauf vor der Frankfurter Societätsdruckerei/FAZ habe ich mit einem Angestellten, der die KVZ regelmäßig kauft, über das demnächst anstehende wöchentliche Erscheinen der KVZ debattiert. Er fand dies ausgezeichnet und ich habe mit ihm über die Bedeutung dieses Schrittes gesprochen: Schließlich habe ich ihm gesagt, daß er ja wohl wisse, daß diese Zeitung von den Volksmassen getragen werden müsse, und er fand es richtig, daß jeder, der dazu in der Lage ist, dafür spendet. Daraufhin hat er für das wöchentliche Erscheinen 20 DM gespendet.

–R.B, Ffm–

Spenden für die KVZ

Spenden für die KVZ

Spendeneingang für die KVZ-Wochenzeitung vom 4.-25.11.

Ortsgruppe Osnabrück	2 000,00 DM	SG Trier	1 430,00 DM
Ortsaufbaugruppe (OAG) Stuttgart	300,00 DM	U.P., Bremen	1 000,00 DM
Sympathisantengruppe (SG) Peine	200,00 DM	Ch. Ga., Mannheim	20,00 DM
OAG Ludwigshafen	280,00 DM	U.S., Karlsruhe	50,00 DM
OAG Seesen	200,00 DM	Sympathisanten aus Mühlheim	113,50 DM
OAG Walsrode	160,00 DM	H.F., Kiel	120,00 DM
Ortsgruppe Mannheim	1 200,00 DM	SG Marburg	260,00 DM
GUV Heidelberg	3 755,00 DM	Hartmut Ob.	320,00 DM
GUV Mannheim	10 930,00 DM	OAG Paderborn	34,68 DM
A.B., Ludwigshafen	30,00 DM	H.J.F., Dortmund	550,00 DM
Ortsgruppe Bremen	4 836,50 DM	G.St., Westberlin	10,00 DM
SG Osterholz/Scharmbeck	355,00 DM	OAG Paderborn	160,00 DM
SG Wolfenbüttel	100,00 DM	KSB Braunschweig	375,00 DM
SG Worms	130,00 DM	OAG Clausthal-Z.	280,00 DM
OAG Oppladen/Leverkusen	220,00 DM	Ke., Aachen	200,00 DM
OG Braunschweig	1 500,00 DM	SG Holzminden	160,00 DM
OG Westberlin	360,00 DM	Chr.Fu., Westberlin	100,00 DM
OG Wolfsburg	1 057,00 DM	SG Kassel	900,00 DM
KHG Heidelberg	1 500,00 DM	SG Herne	275,00 DM
OG Wolfsburg	600,00 DM	U.Wi., Herne	130,00 DM
OG Emmendingen	400,00 DM	A.A., Mühlheim	50,00 DM
G.Do., Göttingen	500,00 DM	Lehrer aus Neuss	220,00 DM
SG Friedrichshafen	100,00 DM	SG Essen	300,00 DM
SG Weingarten	340,00 DM	Brosch, Hamm	6,00 DM
Genossen aus Meschede	50,00 DM	SG Friedrichshafen	100,00 DM
OG Heidelberg	2 000,00 DM	E.G., Gießen	30,00 DM
KSB Braunschweig	170,00 DM	U.Schr., Trier	110,00 DM
W.H., Münster	100,00 DM	KSB Braunschweig	300,00 DM
KHI Aachen	820,00 DM	Sammlung der OG Göttingen	351,68 DM
Kommunistisches Kollektiv Aachen	160,00 DM	SG Bonn	380,00 DM
KSG Karlsruhe	20,00 DM	M.J., Westberlin	50,00 DM
R.Sch., Westberlin	640,00 DM	KSB Braunschweig	60,00 DM
N.M., Göttingen	10,00 DM		
OG Westberlin	1 000,00 DM		
KLB Braunschweig	50,00 DM		

Spenden nur auf das Konto:
KBW Commerzbank Mannheim
Nr. 32 58 58 900

Besuch in der DDR

Was ich erfahren habe

Im Sommer dieses Jahres besuchte ich die DDR. Ich sperrte Augen und Ohren weit auf, um zu hören und zu sehen, was es mit dem vielbeschworenen Sozialismus der DDR auf sich hat. Haben dort die Arbeiter und Bauern die Macht? Stehen die Bedürfnisse des Volkes an erster Stelle bei der Planung und Leitung der Wirtschaft?

Freilich: Die Grundnahrungsmittel, Brot, Kartoffeln, Milch usw. sind vorhanden und im Preis stabil. Aber was darüber hinausgeht, mangelt. Es ist überall bekannt, daß man in der DDR kaum Südfrüchte bekommt. Aber in einem Schulungshaus der SED bei Potsdam z. B., wo auch Generäle verkehren, mangelt es an nichts. Südfrüchte, Westkonserven, alles ist dort im Überfluß vorhanden. Obst und Früchte werden viel unter der Hand gehandelt. Wer mit Baumaterial z. B. handelt, bekommt, da das Mangelware ist, von dankbaren Kunden oft genug kistenweise Pfirsiche oder so vermittelt oder geschenkt. An Kohle mangelt es nicht. Lediglich oft an der Qualität. Ich war in einem Ort nahe bei Berlin. Dort kommen auch die Kohlenzüge nach Westberlin, das nur mit besserer Kohle beliefert wird, durch. Wer Bescheid weiß, geht montags seine Kohle besorgen. Denn am Wochenende fahren die Kohlenzüge nicht rüber, sondern werden hier ausgeladen. So kommt dieses Dorf einmal in der Woche auch zu Kohle guter Qualität.

An Ersatzteilen für den 'Wartburg', den Personenwagen, der in der DDR hergestellt wird, fehlt es öfters. Dann fährt man am besten nach Polen und besorgt sie sich dort. Denn ins Ausland wird der Wartburg nur mit entsprechenden Ersatzteilmengen geliefert. Im Lande fehlen sie halt.

Hertie kauft in der DDR Teppiche für 8 Mark/qm. Er macht Riesenprofite, indem er sie für 15 Mark/qm verkauft. Was muß aber ein Bürger der DDR bezahlen? 70 Mark/qm! Das nennt sich Produktion für das Volk! Das ist Profitmacherei der Betriebe und Betriebsführer!

Die "intershops" sind ein typisches Zeichen der Klassenteilung der Gesellschaft der DDR: Dort kann man nur mit Westgeld einkaufen und bekommt dort Westwaren, die oft billiger und besser sind als die in den normalen Geschäften. Aber welcher Arbeiter kommt denn schon mal an Westgeld? Aber die Funktionäre verdienen genug und haben genug, daß sie es sich leisten können, sich Westgeld einzutauschen und sie haben genug Beziehungen, daß sie es sich anderweitig beschaffen können.

Viel Propaganda wird gemacht für die "sozialistische Kooperation". Das bedeutet, daß sich die RGW-Staaten (Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) Produktionsaufgaben teilen, statt daß jedes Land seine Wirtschaft allseitig zu entwickeln sucht. Busse werden z. B. nur in Ungarn hergestellt. Die DDR stellt Mähdrescher her. Viele Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften warten noch auf Mähdrescher, die sie dringend bräuchten, aber jetzt wird erstmal exportiert. Die UdSSR hat die Uranindustrie bei sich zentralisiert. Sie baut die Uranlager der DDR in der sächsischen Schweiz ab, ohne daß die DDR irgendeinen Anteil daran hätte.

Es schert die neue Bourgeoisie der SU und der DDR einen Dreck, daß diese Gegend Naturschutzgebiet ist. Schon ein ganzes Tal haben sie mit dem Abraum des Bergwerkes zugeschüttet.

Das Dorf Groß-Ziethen, nahe bei West-Berlin, hatte vormals eine große Kiesgrube, das schönste Erholungsgebiet für viele Menschen, das man sich denken konnte. Als aber West-Berlin viel Geld bot, um dort seinen Müll abladen zu dürfen, wurde sie verkauft. Westmark und Devisen, mit denen die DDR-Bourgeoisie auf dem Weltwährungsmarkt gute Profite machen kann, sind ihr allemal mehr wert als das Wohlergehen des Volkes.

Alle diese Beispiele zeigen, glaube ich, daß es nicht die Arbeiter und Bauern sind, die in der DDR an der Macht sind. Es ist eine neue Bourgeoisie, es sind die höheren Funktionäre und Betriebsleiter, die die Verfügungsgewalt über die Fabriken und Maschinen und über die Produktion überhaupt haben. Sie handeln nicht im Auftrag des Volkes, sind von ihm nicht mehr kontrollierbar, sondern handeln völlig im Interesse ihrer Klasse.

–A.M., OAG Ludwigshafen–

Sauberes Anliegen

Westberliner Senat wirbt Spitzel 'Leichte journalistische Tätigkeit'

Ich bin Student und habe vor einigen Wochen eine Anzeige in einer Westberliner Tageszeitung aufgegeben, daß ich eine Nebenbeschäftigung suche. Unter anderen Angeboten kam auch ein Anruf, in dem mir eine "leichte journalistische Tätigkeit" angeboten wurde. Der Anrufer lud mich zum Essen ein, um mit mir meine Arbeit zu besprechen.

Zuerst befragte er mich über meine politische Einstellung und schien über meine Auskunft "SPD-Sympathisant" sehr befriedigt. Dann stellte er sich als Angehöriger des Innensenats vor und erklärte mir, daß meine Aufgabe darin bestehen sollte, politische Veranstaltungen zu besuchen (Demonstrationen, Kundgebungen etc.) und Berichte über deren Ablauf sowie Einschätzungen über Kräfteverhältnisse, "Richtungskämpfe" usw. zu verfassen. Dabei sollte mir pro Bericht außer den Spesen 40 DM gezahlt werden.

Bemerkenswert war, daß ihn nur Spitzelberichte von den sogenannten "K-Gruppen" (Gruppe Rote Fahne (KPD), Gruppe Roter Morgen (KPD/ML), Kommunistischer Bund Westdeutschland) sowie den Trotzkisten (GIM) interessierten, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Überrascht von diesem sauberen Anliegen erbat ich mir Bedenkzeit, weil mir der Gedanke gekommen war, ob ich nicht zum Schein auf dieses Angebot eingehen sollte, indem ich zum Beispiel Fehlinformationen weitergeben hätte. Aber abgesehen davon, daß vielleicht andere Spitzel in den gleichen Veranstaltungen wie ich gesessen hätten, wäre das auch ein grundsätzlicher Fehler gewesen.

Denn während das Lumpenpack der bürgerlichen Politiker Heimlichkeiten nötig hat, um ihre dreckigen Westen den interessierten Augen der Massen zu entziehen, dürfen die Kommunisten solche Mittel nicht anwenden. Die Kommunisten schöpfen ihre Kraft vielmehr aus ihrer engen Verbindung zu den Massen, von denen sie lernen und denen sie Kenntnisse vermitteln. Dazu gehört es, schonungslos die schmutzigen Machenschaften des bürgerlichen Staatsapparates ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren, wozu ich mit diesem Beispiel einer "leichten journalistischen Tätigkeit" einen Beitrag geleistet zu haben hoffe.

A.G., Westberlin–

Eine Typhusepidemie ist kein Zufall

Behörde hält Information über verdächtigte Firma zurück

107 Personen sind inzwischen in Südwestdeutschland an Typhus erkrankt, bei 20 besteht Verdacht. Kein Mensch weiß, wie viele angesteckt sind, weil die Krankheit sich erst nach 10 bis 21 Tagen bemerkbar macht. Der Schwerpunkt der Erkrankungen liegt im Raum Stuttgart/Heidelberg. Als Infektionsquelle wird jetzt der Kartoffelsalat der Firma Grenz in Neuhofen vermutet, der in der Zeit vom 21. bis 28. September in 14 Tonnen in zahlreiche Städte des Südwestens geliefert worden war.

Wer angenommen hat, die Behörden würden sofort den Namen der Firma und der Waren breit bekanntgeben und umfassend die Bevölkerung über die notwendigen Vorbeugungsmaßnahmen informieren, hat zuviel Vertrauen in die herrschende Staatsbürokratie gezeigt. Nur einmal wurde der Name der Firma Kurz im Rundfunk erwähnt. Anscheinend will man sich nicht einer Geschäftsschädigung schuldig machen; das ist ja auch ein viel größeres Verbrechen, als das Leben von Menschen aufs Spiel zu setzen. Die Behörde kann nur beten, daß sich die Sache nicht weiter ausbreitet. Die staatlichen Gesundheitsdienste haben entgegen ihren frommen Beteuerungen diese Epidemie überhaupt nicht im Griff. Weder ist die Erregerquelle nach mehreren Tagen endgültig festgestellt, noch der Personenkreis eingegrenzt, der sofort überwacht werden müßte. Um davon abzulenken, wird gezielt das Gerücht verbreitet, ausländische Arbeiter hätten die Erreger mitgebracht, ohne das irgendwie beweisen zu können. Bei den hygienischen Verhältnissen, wie sie in vielen Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Gaststätten gegeben sind, ist der Ausbruch einer solchen Epidemie allerdings überhaupt kein Zufall.

– H.V., H.V. –

»Ist ja nur ein Türke...«

Wie Prof. Penzholz mit einem Arbeiterleben spielt

Heidelberg. Am Mittwoch letzter Woche wurde gegen 7 Uhr morgens ein schwerverletzter türkischer Arbeiter in die Chirurgische Universitätsklinik in Heidelberg gebracht. Er hatte einen schweren Schädelbruch erlitten, die Schädelhöhle war eröffnet und Knochenstücke drückten auf das Gehirn. Er war bewußtlos und blutete stark aus der Wunde. In einer solchen Situation gibt es nur eine Möglichkeit: durch eine sofortige Operation muß das Gehirn von dem Druck, der auf ihm lastet, befreit werden, denn je länger der Druck bestehen bleibt, desto mehr Nervenzellen werden zerstört und desto geringer ist die Chance für den Patienten, die Verletzung zu überleben, ohne daß für immer ein Schaden zurückbleibt.

Um eine solche Notfalloperation vornehmen zu können, muß das Operationsprogramm, das schon am Tag vorher festgelegt wird, geändert werden. Am Mittwoch wurde das Operationsprogramm jedoch nicht geändert. Der Direktor der Neurochirurgischen Abteilung (Neurochirurgie heißt Operationen am Gehirn, am Rückenmark und an den Nerven), Professor Penzholz, entschied, der Notfall sei nicht so dringend, daß nicht noch vorher eine Bandscheibenoperation bei einer Privatpatientin durchgeführt werden könnte. Schließlich wurde der schwerverletzte Patient gegen 13 Uhr, also 6 Stunden nach Einlieferung in die Klinik, operiert.

–Klinik-Zelle Heidelberg–

Schaden zurückbleibt.

–Klinik-Zelle Heidelberg–

23 TBC-Fälle an einer Frankfurter Schule

Am Frankfurter Ziehen-Gymnasium ist ein Kollege an TBC erkrankt. Er ist einer der 23 (!) Fälle, die es mittlerweile an der Schule gibt. Diese Zahl ist laut Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober einmalig in der Bundesrepublik. Zustande kam sie, weil das Stadtgesundheitsamt und die Schulleitung grob fahrlässig gehandelt haben: So wurde bereits Ende Januar 1973 bei einem Schüler der 11. Klasse durch eine private Untersuchung eine offene, d.h. ansteckungsfähige TB festgestellt. Nach Bekanntwerden des Falles ließ es das Stadtgesundheitsamt dabei bewenden, in dieser Klasse eine Schirmbilduntersuchung durchzuführen, obwohl in dieser Klassenstufe bereits in zwei Fächern Kursunterricht erteilt wurde, d.h. der Kreis der unmittelbaren Kontaktperson also sehr viel größer war. Die Forderung der Schüler nach einer Desinfizierung der Schule wurde abgelehnt; erst sieben Wochen später reagierte das Amt: Die durchgeführte Untersuchung ergab einen neuen Fall von offener TB und acht Fälle von aktiv geschlossener TBC. Jetzt war man bereit, die Untersuchung durchzuführen!

Nach den Sommerferien wurde wieder ein Fall bekannt. Eine neue Untersuchung ergab: zwei neue Fälle aktiv geschlossener TB. Danach schien die Sache ausgestanden, jedenfalls passierte nichts mehr. Bis dann in den Sommerferien 1974 eine weitere offene TB bei einem Schüler der 13. Klasse entdeckt wurde, derselben Klasse, in der die allerersten Fälle aufgetreten waren. Ergebnis der darauf folgenden Untersuchung: fünf neue TB-Fälle, vier Schüler und ein Lehrer! Für die meisten der betroffenen Schüler bedeutet das, daß sie sich mindestens 6 Monate in einem Sanatorium aufhalten müssen, wodurch sie ein Jahr in der Schule verlieren; für den Kollegen, daß er sich an seinem Arbeitsplatz eine gefährliche Infektionskrankheit zugezogen hat, die ihm wahrscheinlich nicht einmal als Diensterkrankung anerkannt wird.

Die Unruhe und berechtigte Empörung über die Fahrlässigkeit der Behörden wurde durch die letzten Ereignisse noch gesteigert: Noch im August wurden die Schulbücher der Schüler weiterverliehen, die sie zur Zeit ihrer offenen TB benutzten. Während das Stadtgesundheitsamt eineinhalb Jahre annahm, daß die aufgetretenen Fälle in keinem Zusammenhang stehen, mußte sich der Leiter des Amtes auf einer Gesamtkonferenz der Lehrer vor drei Wochen sagen lassen, daß 11 der erkrankten Schüler aus einer Klasse stammen und der erkrankte Lehrer in dieser Klasse lange Zeit unterrichtete!! Dennoch behauptet er, daß der Kollege sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit seine Krankheit nicht in der Schule geholt hat.

Als nach weiteren zwei Wochen noch immer keine schriftliche Erklärung, geschweige denn Bestätigung über geplante Maßnahmen vorlag, beschlossen die Schüler auf einer Vollversammlung ein Go-in ins Stadtgesundheitsamt, um ihre "Gesundheitswächter" zur Rechenschaft zu ziehen: 300 bis 400 Schüler zogen zum Rathaus, wo sie den Leiter, Dr. Schildwächter, zwangen, ihre Forderungen anzuhören: Desinfektion der Schule, Einbeziehung aller Eltern und Geschwister in die Untersuchungen, ein schriftliches Gutachten über den Fall des erkrankten Kollegen. Gleichzeitig wurde eine neue Fahrlässigkeit aufgedeckt: Während das Amt behauptete, es sei nach der letzten Schirmbilduntersuchung nachgefragt worden, wer nicht an ihr teilgenommen habe, ergab eine Blitzumfrage unter den versammelten Schülern, daß dies nicht der Fall gewesen war.

Die Schulleitung reagierte inzwischen: nicht mit Vorschlägen zur Bekämpfung der TBC, wohl aber mit Vorschlägen zur Bekämpfung des Stufensprechers der Schülervertretung und der Schüler, die sich am Go-in beteiligt hatten: Eine extra zu diesem Zweck angesetze Konferenz sollte über Disziplinarmaßnahmen wegen organisiertem unentschuldigtem Fehlen und Verstoß gegen die SV-Rechtsordnung beraten. Damit ist die Schulleitung auch bei vielen Eltern auf Empörung gestoßen, die nicht verstehen, wie nach so vielen Versäumnissen nun ausgerechnet die bestraft werden sollen, die dafür gesorgt haben, daß diese Zustände nicht länger verschwiegen werden können.

Offensichtlich hat die Schulleitung mehr Angst vor dem selbständigen Handeln der Schüler als vor der TBC!

H., GUV Frankfurt

Reforger 1974 in Bayern

„Das war schlimmer als Krieg!"

Das ist die Meinung der Bevölkerung in Nordschwaben

Ansbach. Bei dem Manöver Reforger 74 hat es, wie die deutsche presse agentur (dpa) meldet, zwischen dem 9. und 24.Oktober mindestens 143 Verkehrsunfälle mit 36 Verletzten und einem Sachschaden von 460 000 DM gegeben. Die Meldung fußt auf einer Mitteilung der Verbindungsstelle der bayrischen Landespolizei zum Manöver Reforger 74. Wohlgemerkt, bei dieser Angabe handelt es sich nur um die Verkehrsunfälle und den an den Fahrzeugen entstandenen Schaden. Nicht eingerechnet ist der Flurschaden, der Schaden an Gebäuden, die Vernichtung der noch nicht eingeholten Ernte, die Zerstörung von historischen Kulturdenkmälern, von Erholungsgebieten und Naturschutzparks und überhaupt die Verwüstung der Jura-Landschaft. Darüber heißt es lediglich, daß entsprechende Zahlen frühestens in 2 Monaten mitgeteilt werden könnten. Wenn man die im folgenden abgedruckte Korrespondenz liest, dann erhält man aber eine gute Anschauung über das tatsächliche Ausmaß der Schäden und die Volksfeindlichkeit der NATO-Armeen.

Die Bevölkerung von Nordschwaben – das ist der Schauplatz des Geschehens –, hat eine grenzenlose Wut auf die Manövertruppen, die sich zusammensetzen aus Einheiten der US-Armee, der kanadischen Streitkräfte und der Bundeswehr. Die Wut der Bevölkerung war so groß, daß die bürgerliche Presse sie nicht verschweigen konnte. Einige Überschriftenbeispiele aus der Donauwörther Zeitung: Am 14.Oktober heißt es: "Manöverkrieg treibt Bauern auf die Barrikaden", "Ausmaß der Verwüstungen vorerst noch gar nicht zu übersehen", "Stahlkolosse verwandeln Juralandschaft in Schlachtfeld". Am 18.10. heißt es: "Panzerketten ackern ganze Waldwege um"; am 21.10.: "Schwere Verwüstungen bis zum Manöverende". Die Münchner Abendzeitung schreibt: "Im Ernstfall das Ries eine Wüste". Die Süddeutsche Zeitung bringt einen Bericht über die Zerstörung eines historischen Kulturdenkmals unter der Überschrift: "Amerikaner hausen auf dem Hessenberg" (17.10.).

Die Bevölkerung des Rieskessels ist empört über die NATO-Truppen.

Warum dieses Manöver gerade im Ries durchgeführt wurde, davon schwärmte ein Stabsoffizier: *"Der Kessel ist ein ideales Gelände für Panzerbewegungen."* Und so sah das Ries dann auch aus. Tag und Nacht rollten die Panzer über Feldwege, Äcker, durch Dörfer und Städte. Um dem Manöver möglichst große Nähe zum Ernstfall zu geben, wurden die Truppenbewegungen auch nachts nicht gestoppt. *"Vor allem nachts – klagten die Bewohner – ist die Lärmbelästigung unerträglich."* Über die Dörfer hinweg wurde der Platzpatronenkrieg auch am Sonntag fortgesetzt.

Kriegsnah war auch der Einsatz im Felde. So wurde kein Acker geschont, kein Feldweg übersehen, der nicht auch zerwalzt werden mußte. Auf dem Döblerhof bei Donauwörth (Schlöttlehof) brachen am Samstag, dem 12.10. 20 der 57 Tonnen schweren Centurion-Panzer über die Felder herein. Der Bauer glaubte, sie hätten sich verfahren, der Sohn versuchte sie aufzuhalten. Er wich der Drohung: *"Wenn Du nicht weiterfährst, werden wir mit unserem Tank nachhelfen."* Danach walzten die Panzer quer durchs Rübenfeld.

Die Bauern im Ries können sich streckenweise auf ihren Feldern in den Schlammlöchern verstecken, so tief sind sie. Die Manöverleitung schiebt alles auf das Wetter. Der Regen sei zu früh gekommen. Dem widersprechen alle Tatsachen. Die Panzer wurden über Wege gejagt, die nur 6 Tonnen tragen. Der Endeffekt war, daß es diese Wege einfach nicht mehr gibt. Sie wurden nachts durch die Dörfer gehetzt, wobei natürlich Unfälle nicht zu vermeiden sind. So fuhr ein Panzer in Öttingen in ein Haus: Schaden 25 000 DM. In einem anderen Wohnhaus schliefen die Bewohner, als der Panzer durch die Wand brach. In Mohnheim blieb ein weiterer Panzer im Stadttor stecken. Er mußte durch einen Bergungspanzer herausgeschleppt werden. In Harburg fuhren Panzer über eine alte Brücke, die für Fahrzeuge bis 3 Tonnen befahrbar ist. Die Brücke ist schwer beschädigt. Auf der Bundesstraße 25 türmte sich der Schlamm bis zu 40 cm. Es entstanden Unfälle. In Mohnheim wurde ein Wander- und Erholungsgebiet, das in freiwilligem Einsatz in einem Jahr errichtet worden war, von den Panzern in zwei Tagen total zermalmt.

Die Soldaten mußten Befehle haben, sich derartig zu verhalten. Anders ist folgender Vorfall einfach nicht zu erklären. Ein Bauer erntete seine Rüben ab. Neben dem Feldweg legte er eine Rübenkule für den Winter an. Plötzlich tauchten links und rechts der Straße Panzerkolonnen auf. Der Bauer versuchte sie auf die andere Straßenseite zu weisen. Die Panzerleute grinsten nur und fuhren über seine Rüben. Aus Wut schleuderte der Bauer ihnen eine Rübe nach. Daraufhin machten die Panzer kehrt und walzten nochmals alles nieder.

Sich wie im Krieg aufzuführen, das steht in der Manöverlage, und so haben sie es gehalten. Bis jetzt kam es zu über 100 Unfällen, dabei auch schwere. Bei diesem Manöver konnte auch vor keinen Verlusten halt gemacht werden, denn die Manöverlage sah vor, daß die "Roten" die "Blauen" zurückdrängen und die "Blauen dann in der Gegenoffensive wieder Boden gewinnen", so ein amerikanischer Offizier. Die "Roten" aber würden aufgrund ihrer Überlegenheit doch siegen und man würde taktische Atomwaffen einsetzen.

So walzte das Manöver durch verschiedene Dörfer bis zu viermal und ließ nur Verwüstung zurück. Realistisch mußte es ja zugehen, und wenn's mal richtig knallt, dann muß man doch wissen, was man mit dem Volk anfängt. Auf jeden Fall darf es dem "Feind" nicht in die Hände fallen. Bekommen wir es nicht in unseren Herrschaftsbereich, dann wird es liquidiert. Das war der Kern der Manöverlage, und deshalb wurden tatsächlich fingierte Atombomben durch die Gegend geschossen. Ein US-Offizier erklärte unter Grinsen: *"Wir haben gestern (Mittwoch, 16.10.) östlich von Wending und Gosheim zwei Atombomben mittels Haubitzen abgeschossen."*

Das Ziel ist es also, dem Gegner eine vollkommen zerstörte Landschaft und Leichen zu hinterlassen. Treffen kann ein solcher Einsatz ja nur das Volk.

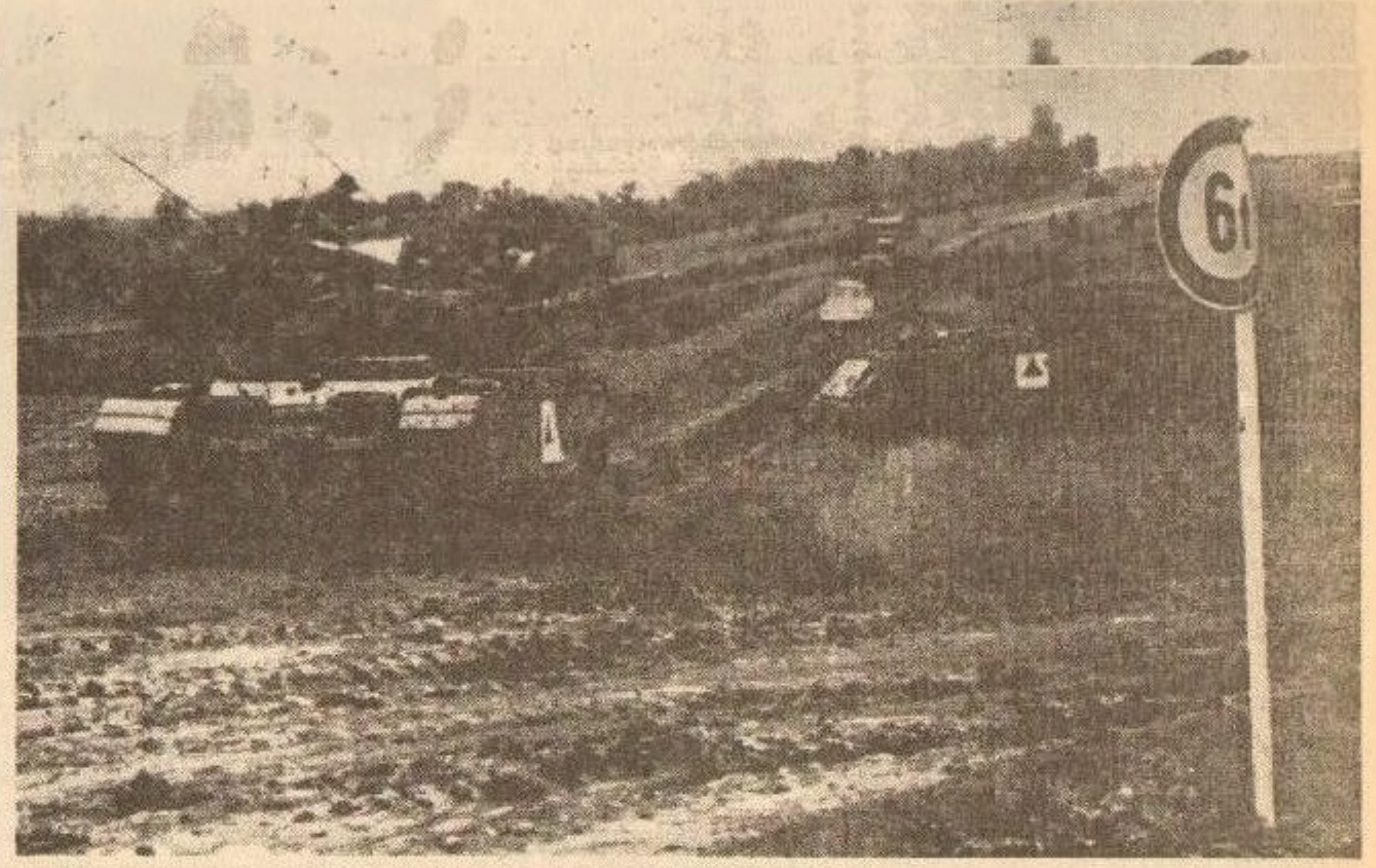
Der Widerstand der Bauern und auch der Stadtbevölkerung hat sich aber schon gebildet. Unbekannte plakatierten in den Manöverzentren Öttingen und Mohnheim und brachten ihren Haß auf die amerikanischen Killer zum Ausdruck. Folgende Schriften an Hoftoren und Streusalzdepots, an Plakatwänden und Bäumen waren zu lesen:

60 Millionen Piff, Paff, Puff,
60 Millionen für Macht und Zerstörung!
My Lai (das Plakat war häufig zu sehen, hauptsächlich in den Städten)
Here you are playing to Mill, elsewhere to kill!
In Nördlingen: Tod dem Atomtod!

Ein Bauer sagte zu dem Manöver: *"Die führen sich auf wie die Barbaren, die haben ja den Krieg gewonnen. Die haben überall die Macht in ihren dreckigen Fingern. Da können nur die Arbeiter was dagegen machen, denn die haben nix zu verlieren."* Das ist deshalb richtig, weil die Landesregierung Öl auf die Wellen gießen wollte und weil die Manöverleitungen gleich mit den Entschädigungsscheinen herumrannten. Die Bauern versuchen halt, ihren Hof zusammenzuhalten und mancher war froh, daß er die beschissene Entschädigung bekam angesichts der schlechten Preise für Agrarprodukte. Trotzdem ist es natürlich so, daß der Haß über dieses Manöver tief drinnen steckt. Die Wut über die Behandlung ihrer Hände Arbeit kann man durch keine Entschädigung ausgleichen. Die bayrische Staatsregierung kam denn auch schnell in der Person des Finanzministers Jaumann angereist, der Hilfe versprach, die vornehmlich darin bestand, daß die Straßenwacht mit ihren Schneepflügen den Schlamm von den Straßen schob.

Über diese Hilfe kann man ja nur lachen. Die US-Armee läßt zur Zeit eine Studie anfertigen, warum die Riesbewohner einen derartigen Haß auf die Amis haben. Das kann man ihnen ohne weiteres sagen: Die Menschen haben erkannt, daß sie im Kriegsfall lebendes Inventar eines Landstriches sind, der dem "Feind" nicht in die Hände fallen darf und die man deshalb vorher vernichten muß. Da geht jedem das Grauen den Rücken runter und das Märchen von den Verbündeten, die nur unser Bestes wollen, löst sich in nichts auf. Die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes sind für die bürgerlichen Militärs höchstens als Kanonenfutter von Interesse.

–M.W./X.B., München–



Ein Bild aus dem Reforger-Manöver: Die Panzer pflügen die Landschaft um

In diesen Wochen wurden in zahlreichen Städten die Strom-, Gas-, Wasserpreise erhöht, nach Hamburg jetzt zum Beispiel in München, Dortmund und Braunschweig.
Dabei reden die bürgerlichen Politiker dann rum von wegen Unvermeidlichkeit und großer Gerechtigkeit, weil ja alle gleich betroffen würden und die Allgemeinheit halt auch einstehen müsse für die allgemeinen Dienste und so weiter und so fort. Das ist natürlich Schwindel. Unvermeidlich sind diese Erhöhungen, weil die bürgerlichen Politiker unvermeidlich so erscheinen, wie die Kapitalisten dies von ihnen erwarten. Alle gleich treffen diese Maßnahmen offensichtlich keineswegs, denn es macht einen Unterschied, ob ein Arbeiter, dessen Reallohn sowieso schon sinkt, von seinen sagen wir tausend Mark netto vierzig Mark mehr für Strom, Gas und Wasser bezahlen muß, oder ob ein Kapitalistenhaushalt, dem sagen wir zwanzigtausend Mark für den privaten Konsum zur Verfügung stehen, vielleicht 80 Mark mehr zahlen muß entsprechend seinem größeren Verbrauch von Gas, Strom und Wasser, da er einen Swimmingpool unterhalten muß, ihn mit Strom heizen muß und natürlich auch der Gasherd von der Haushaltshilfe auf mehr Flammen und öfters in Betrieb gesetzt werden muß, wenn die Familie Mahlzeiten von fünf Gängen einzunehmen pflegt.
Daß also solche Preis- und Tariferhöhungen alle gleich treffen würden, ist falsch. Beim einen machen sie fast fünf Prozent bei den Haushaltskosten aus, beim andern fallen sie überhaupt nicht ins Gewicht. Sobald aber der Kapitalist nicht einfach als Reicher ins Spiel kommt, der in einer großen Villa sein Privatleben pflegt, sondern als Besitzer von Produktionsmitteln, wird er aus den Maßnahmen ausdrücklich ausgenommen, wird sein Wasser, sein Strom und sein Gas nicht teurer, weil, wie die Herren Stadtväter sagen, er sonst abwandern würde ins Ausland oder in eine Gegend, wo der Strom, das Gas und das Wasser billiger sind. Unter dem Schein einer Maßnahme, die angeblich alle gleich trifft, wird also in Wirklichkeit die Masse der Lohnabhängigen herangezogen, um den Strom des Kapitalisten billig zu halten und den Etat der städtischen Elektrizitätsversorgung dennoch einigermaßen auszugleichen. Was der Masse der Lohnabhängigen weggenommen wird, wird also den Kapitalisten direkt in den Rachen geworfen.

– J.S. –

Den Arbeitern und Lohnabhängigen knöpft der Staat das Geld ab - Den Kapitalisten wirft er es in den Rachen

Die unerträgliche Preistreiberei bei Strom, Gas und Wasser stößt immer mehr auf Widerstand

An das Zentralorgan der IG Druck und Papier
Hamburger Morgenpost
UZ
KVZ

Am 25.9. hat der Hamburger Senat über eine Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Strom beschlossen. Die Mehrkosten belaufen sich für Gas auf 18 %, Wasser 36 % und Strom 20 %. Außerdem werden Gebühren für Zähler und Nachstrom erhöht. Alles zusammen bringt für jeden von uns erhebliche Mehrausgaben im Monat. – Die Hauptargumente des Senats sind:
1. Die Hauptaufgabe der drei staatlichen Versorgungsbetriebe bestehe darin, die Menschen in dieser Stadt mit Strom, Wasser und Gas zu versorgen.
2. Die Verbraucher müßten natürlich die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas bezahlen. Der Preis sei "wirtschaftlich gerechtfertigt", "preispolitisch tragbar" und aus "verbraucherpolitischer Sicht ausgewiesen."
3. Die Kostensteigerungen, insbesondere die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, hätten bei den HEW einen Verlust in Höhe von 90 Millionen DM ergeben.

zu 1: – Die Wirklichkeit sieht anders aus. Sowohl bei den HEW als auch bei den HGW geht der kleinste Teil des gesamten Verkaufs an die Haushalte. Hauptsächlich produzieren die HEW und die HGW für die Industrie; und der Anteil der großen Unternehmen am gesamten Verbrauch nimmt noch zu: Im letzten Jahr hat der gesamte Absatz der HEW um 3,2 % zugenommen, der Absatz an die Sondervertragskunden (das sind die großen Abnehmer, insbesondere die Industrie, die in besonderen Verträgen niedrigere Preise bekommt) hat dagegen um 11,8 % zugenommen. Die industriellen Großabnemer der HGW sind unter anderem die Hamburger Stahlwerke (HSW), die Norddeutsche Affinerie und Reynolds. Da die Norddeutsche Affinerie im Aufsichtsrat der HGW vertreten ist, bestimmt sie gleichzeitig über die Verbrauchsbestimmungen des Gases mit. Nur bei den Hamburger Wasserwerken geht der größte Teil tatsächlich an die Haushalte, wie die großen Unternehmer "sich selbst" mit Wasser versorgen. Das Argument des Senats ist also falsch.
zu 2: – Die Versorgungsbetriebe spalten die Verbraucher in zwei Gruppen auf. Die einen sind die Haushalte und kleinen Gewerbe. Diese müssen den üblichen hohen Tarif bezahlen. Die andere Gruppe sind die Großverbraucher, im wesentlichen die großen Unternehmen. Diese bekommen aufgrund von Sonderverträgen Gas, Wasser und Strom zu wesentlich günstigerem Preis. Zum Beispiel beazhlen sie durchschnittlich 7 Pfennig pro Kilowattstunde, der amerikanische Konzern Reynolds in Finkenwerder sogar nur 2,5 Pfennig. – Wir müssen aber durchschnittlich 11,8 Pfennig pro Kilowattstunde bezahlen. Insgesamt müssen die Haushalte von den 90 Millionen DM Verlust der HEW 61,2 Millionen DM (68 %) aufbringen, die Unternehmer aber nur 28,8 Millionen DM, also 32 %! – Also müssen wir, die wir den Strom zum Leben brauchen und nur ein Drittel des gesamten erzeugten Stromes der HEW verbrauchen, zwei Drittel des Verlustes zahlen. – Das nennt sich dann verbraucherpolitisch ausgewogen!
zu 3: – Hierzu muß man zweierlei sagen: 1. gibt es bei den HEW keinen Verlust, sondern einen beträchtlichen Gewinn; für 1973 haben die HEW 13 % Dividende ausgezahlt. Und für 1974 und 1975 wird mit einem Gewinn von über 35 Millionen DM gerechnet! (Alle Zahlen aus: Antrag der HEW in der Bürgerschaft auf Tariferhöhungen) – 2. ist dieses "Argument" ein gefährlicher Trick: Er soll nämlich die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst für die Tariferhöhungen verantwortlich machen und die Empörung über diese Erhöhungen so vom Senat ablenken und gegen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst wenden. Das zielt vor allem darauf ab, den Lohnkampf im öffentlichen Dienst schlecht zu machen. Aber die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Strom ist nur der Anfang einer Welle, die uns neben den Preissteigerungen auf dem Warenmarkt erfaßt. Am 1. Januar 1975 sollen die Fahrpreise der HVV um 18 %, Einzelfahrkartenbis zu 30 % erhöht werden.

Die bisher preisgebundenen Mieten sollen ab 1. Januar 1975 um 15 % erhöht werden, ab 1977 unbeschränkte Mietpreisfreigabe. Betroffen sind rund 200 000 Familien in Altbauwohnungen und rund 100 000 in steuerbegünstigten Neubauwohnungen. Weitere Mieterhöhungen sollen am 1. Januar 1975 rund 360 000 Sozialmieter treffen. Die Grenze von 7 DM pro qm ist schon jetzt teilweise erreicht bzw. überschritten. Vorgesehen ist:
a) Erhöhung der Quadratmetermiete um rund 25 Pfennig.
b) Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale von 120 DM jährlich auf 180 DM.
c) Erhöhung der Pauschale für Instandhaltung und Reparaturen von 5 DM bis zu 7,10 DM pro qm jährlich.

Wohnungswirtschaft und Grundeigentümer fordern sogar eine noch stärkere Aufstockung dieser Pauschalen.

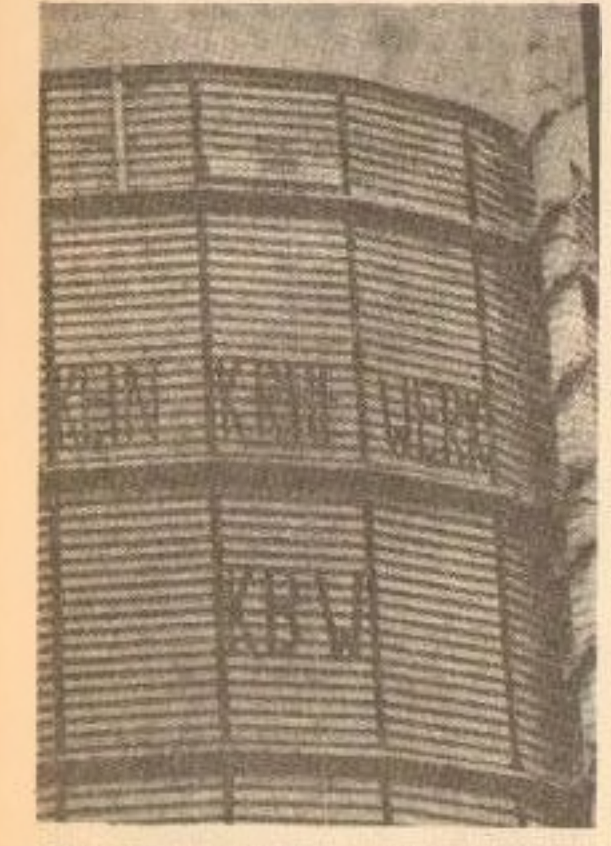
Der Betriebsrat und die unterzeichneten Kollegen des Seehafen-Verlages verurteilen entschieden diese Maßnahmen des Senats. – Wir als Gewerkschafter finden es unerträglich, daß den Arbeitern und Lohnabhängigen das Geld vom Staat abgeknöpft wird, um es den großen Unternehmen in Form von Subventionen oder Sondertarifen in den Rachen zu werfen.
Wir fordern die Kollegen und insbesondere die Gewerkschaften des DGB auf, sich aktiv gegen die schon bestehenden und die geplanten Erhöhungen zu wenden.

Kollegen des Seehafenverlages Hamburg
im Auftrag:
Stefan Börner
2 Hamburg, Hofweg 77



Sofort nach den Kommunalwahlen hat der Rat der Stadt Braunschweig Jugendhäuser geschlossen, einen Stellenstopp für Krankenhäuser, Kindergärten und Sozialfürsorge verfügt und die Strompreise um 13–19 %, die Gas- und Fernwärmepreise um 40 % (!), die Wasserpreise um 20 % und die Fahrpreise um durchschnittlich 15 % erhöht, schließlich die Einzelfahrscheine um 25 %. Gewerkschafts- und Betriebsgremien wie der Siemens-Betriebsrat, der Ortsvorstand der IG Druck und Papier und verschiedene gewerkschaftliche Jugendgremien verabschiedeten Protestresolutionen.
500 Menschen marschierten schließlich zum Rathaus und forderten, die Ratsherren zu sprechen.
Jetzt bereiten verschiedene Initiativen und Stadtteilkomitees eine weitere Protestversammlung für den 1. November vor.

Behörde schaltet Atomkraftwerkgegnern Mikrophon ab



Ganz Fechenheim ist gegen den Bau eines Großkraftwerks im Mainbogen. Die Bevölkerung hat schon jetzt genug unter Schwefeldioxid und Nitrogasen zu leiden.

Lebensinteressen des Volkes "gehören nicht zum Thema"

Hameln. Kürzlich fand im Hamelner Weserberglandtheater ein Anhörungstermin zum geplanten Kernkraftwerk Grohnde an der Weser statt. Trotz des raffiniert gewählten Termins der Genehmigungsbehörden – die Verhandlung begann um 9 Uhr vormittags, so daß die werktätige Bevölkerung von vornherein ausgeschlossen war – kamen 450 Menschen.
Im Gegensatz zur Genehmigungsbehörde und Wissenschaftlern der Atomindustrie, die auf der Bühne des Theaters bequem ihre Ansichten darlegen konnten, mußte sich die Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk mit ihren Wissenschaftlern in dem engen Theatersaal mit ungenügenden Schreibmöglichkeiten niederlassen.
Empörung rief immer wieder der undemokratische Verhandlungsstil der Genehmigungsbehörde hervor.
Das Thema wurde in mehrere kleine Punkte zerteilt, und wenn Einwender sich erlaubten, nur kleinere Zusammenhänge darzulegen, etwa zwischen Atommüllskandal und dem Bau von neuen Kernkraftwerken, schritt der Verhandlungsführer ein und sagte: **"Das gehört nicht zum Thema, hier geht es um Grohnde."**
Als die Bürgerintiative am späten Nachmittag schließlich Kritik an der Verfahrensweise anbringen wollte, wurde einfach das Mikrophon ausgeschaltet. Hierauf brachte die Bürgerinitiative eine Resolution ein, in der sie darauf hinwies, daß die Genehmigungsbehörde von vornherein nicht bereit gewesen sei, die Gegner des Kraftwerks überhaupt ernst zu nehmen. Es habe sich gezeigt, daß die Behörde von Anfang an auf der Seite der Preußen-Elektra gestanden habe. Die Bürgerinitiative verließ daraufhin unter Protesten den Saal.
Nun waren nur noch die Vertreter der Preußen-Elektra anwesend. Die Behörde war allerdings so dreist, die Anhörung trotzdem fortzuführen. Im Publikum saßen nur noch etwa 40 Leute, zum Großteil leitende Angestellte der Preußen-Elektra, die im Verlauf des Nachmittags in sehr auffälliger Art und Weise eingeschleust wurden, um Beifall für die Atomindustrie zu klatschen.
Wie ungleich die Ausgangsbedingungen bei dieser Verhandlung waren, zeigt folgendes Beispiel: Die Preußen-Elektra hatte 30 Wissenschaftler zum Anhörungstermin mitgebracht, zu deren Aufgabe es gehört, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Ganz im Gegensatz zu den Wissenschaftlern, die sich für das Kapital engagieren und sich nicht scheuen, Lügen zu verbreiten, standen die wenigen ehrenamtlich arbeitenden Wissenschaftler, die die Bürgerinitiative mitgebracht hatte.
Es wurde wieder einmal deutlich, in wessen Dienst diese Wissenschaftler stehen: nicht im Dienste des Volkes, sondern im Dienste des Kapitals.
Da wurde z. B. nachgewiesen, daß selbst die gesetzlich festgelegten Höchstbelastungen von 5 rem pro Jahr (Maßeinheit für radioaktive Strahlung) zu hoch veranschlagt ist und nicht ungefährlich sind und Krebs erzeugen können. Dies wäre dann schon bei **Normalbetrieb** eines Reaktors der Fall. Wenn die Wissenschaftler der Preußen-Elektra also sagen, daß ihre Strahlenaussendung innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen liegt und das als ungefährlich bezeichnen, so ist das eine Lüge.

– R.M. OAG Hameln –

Offener Brief

von 170 badischen Frauen an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Filbinger

"Herr Ministerpräsident!
Nachdem alle bisher von unserem Gebiet vorgetragenen und schriftlich eingereichten Bedenken in Bezug auf Kernkraftwerk Wyhl und Bleiwerk Marckolsheim scheinbar ungehört verhallen, wenden sich heute wieder die Frauen und Mütter des betroffenen Gebietes an Sie. Muß es für Sie und Ihre Mitarbeiter nicht ein beschämendes Gefühl sein, das Vertrauen Ihrer Landeskinder so zu belohnen, indem hunderttausend Einsprüche aus unserem Gebiet und 360 Unterschriften der Frauen und Mütter aus Weißweil, die einem in allem Anstand an Sie gerichteten offenen Brief beigefügt waren, höchstens Ihren Papierkorb bereichert oder Ihnen ein mitleidiges Lächeln entlockt haben? Ihr Schreiben an die Weißweiler Frauen war ja nach all dem, was im weiteren Verlauf geschah, ein billiges Trostpflaster, mit dem Sie uns beruhigen wollten.
Ist es nicht eine himmelschreiende Gemeinheit, wenn man die Vertreter der betroffenen Gemeinden nach Stuttgart zitiert, um sie dort mit einer großen Gruppe von Pro-Kernkraftwerk-Experten und -Wissenschaftlern zu konfrontieren, während die Wissenschaftler, die für die Interessen der Bürgerinitiativen eintreten, zu Hause bleiben mußten? Oder wie wollen Sie es nennen, wenn die Artikel für die Presse schon am Tage zuvor fertig waren, bevor nur ein Mann gehört wurde? Wir nennen das Manipulation. Und nichts anderes war es auch, als wir in den angeblich neutralen Zuschauern der "Pro- und Kontra"-Sendung in Sachen Kernkraftwerke uns bekannte Befürworter von Erörterungsterminen in Wyhl wiedererkannten. Wir glauben, daß solche Verfahren einer demokratischen Regierung unwürdig sind. Die Herren in Stuttgart sollten aber nicht vergessen, daß in jüngster Zeit Präsidenten- und Ministersessel auf sehr schwachen Füßen stehen, und wer weiß, wie schnell es Wahrheit werden kann: "Ich will heimsuchen der Väter Missetat an den Kindern bis in das dritte und vierte Glied."

Die gegen uns hier angewandten Methoden erinnern zu sehr an jene des tausendjährigen Reiches, dessen Verantwortliche, wie auch Sie noch wissen werden, schon nach zwölf Jahren in Nürnberg am Galgen geendet haben. Oder gehen wir in die Frühgeschichte zurück, wo ein Turm bis zum Himmel gebaut werden sollte. Wahrlich ein tollkühnes Unterfangen. Er wurde unter zahllosen Opfern und Mühen der damals lebenden Generationen in die Höhe getrieben und entsprach bei der damaligen Technik wahrscheinlich einem Kernkraftwerk bei unserem heutigen Stand. Aber ein unmißverständliches Halt! unseres Schöpfers verhinderte seine Vollendung. Sollten wir uns nicht einmal darüber Gedanken machen? Wir glauben, daß uns Frauen das ein Hoffnungsschimmer sein könnte. Herr Ministerpräsident, wir kämpfen um ein gesundes Leben unserer Kinder und deren Nachkommen. Wir wehren uns nicht gegen eine saubere, gesunde Industrie, die doch mit dem heutigen Stand der Forschung erreicht werden müßte. Was nützt es uns, wenn wir nach einigen Jahren dahinsiechen müssen? Dann werden auch ihre so groß geplanten Fabrikhallen leerstehen. Es scheint uns fast, als ob von Stuttgart aus gesehen Deutschland vor den Bergen des Schwarzwaldes endet und Frankreich erst hinter den Kämmen der Vogesen beginnen würde. Sollten Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Mitarbeiter nicht bereit sein, unseren eindringlichen Appell ernst zu nehmen, so werden wir Frauen des Kaiserstuhls und des betroffenen Gebietes entschlossen sein, Ihnen bei der nächsten Wahl die verdiente Quittung zu präsentieren. Wir flehen Sie an, Ihre Entschlüsse zu revidieren, bevor unsere Männer zu Mördern werden."

Am letzten Donnerstag haben auf einer erneuten Versammlung in Königschaffhausen 400 Menschen die weitere Besetzung von Marckolsheim und die Vorbereitung der Besetzung von Wyhl organisiert.

„Fideles Gefängnis" ?

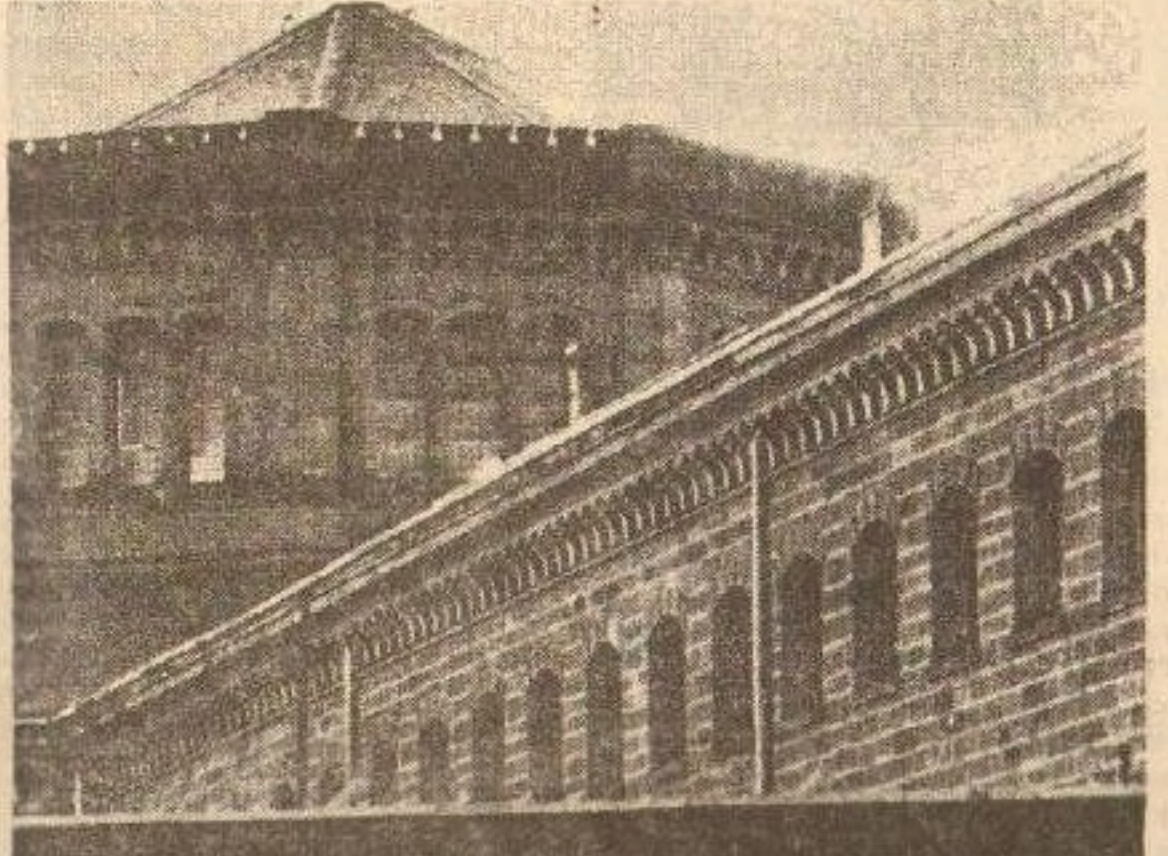
Der erste Mannheimer Gefängnisprozess soll ablenken

Am 14. Oktober begann der erste Prozeß zum Mannheimer Gefängnisskandal. Rasch arbeitete die Justiz, und das hat auch seinen guten Grund. Die Überschriften der Zeitungsartikel in der Mannheimer Presse beweisen es: "Spielerrunde in der Zelle" "Alkohol gab es in jeder Menge" "Beamte brachten die tägliche Wodka-Ration" "Die freundlichen Ausführungen des Herrn Vake" "Ortsgespräche für 100 DM".

Die Rede ist nicht von den skandalösen Zuständen im Mannheimer Landesgefängnis – den Erschlagenen und Gefolterten – man erhält den Eindruck, als würde im Gefängnis nur gespielt, gezecht, ein Fernsehgerät organisiert, Bar- und "Salon"-Besuche bei Ausführungen gemacht und am Ende ein Gefangener gegen 42 000 DM Bestechungsgeld aus dem "Landes" entlassen. Der Entlassene Heß war vorher wegen Steuerhinterziehung von über 400 000 DM im von ihm geleiteten Bauunternehmen angeklagt worden, ebenso hatte er die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung und die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung nicht abgeführt, außerdem Lohnsteuern in Höhe von fast 500 000 DM hinterzogen. Als er ins Gefängnis kam, ging sofort die Kunde um, daß einer mit Geld da sei. Entsprechend wurden in der nächsten Zeit Vergünstigungen organisiert für Tausende von Mark. Und nach kurzer Zeit wurde Heß dann auf einen anderen Gang verlegt, in dem die betuchteren Gefangenen saßen, damit seine Begünstigungen den normalen Gefangenen nicht auffielen. Zur Entlassung brachte ein Rechtsanwalt für einen beliehenen Brillantring 20 000 DM in die Anstalt, angeblich in der Meinung, der von ihm vertretene Gefangene, der den Ausbruch von Heß organisierte, "brauche das Geld für eine Grundstücks-Spekulation in Jugoslawien".

Der baden-württembergische Justizminister Bender, der sich anmaßt, als Einziger das Recht zu haben, Informationen über den Gefängnisskandal zu veröffentlichen, hat wohl alles darangesetzt, damit dieser Bestechungsprozeß als erster über die Bühne geht. Der Tod von mindestens drei Gefangenen und die Prügeleien der Gefangenen durch Beamte sollen erst dann verhandelt werden, wenn sich die Wogen geglättet haben und in der Öffentlichkeit ein anderes Bild vom Gefängnis entstanden ist.

– d.r., Mannheim –



Auch in Freiburg wurde wieder heftige Kritik an den Zuständen im Gefängnis, insbesondere an dem Anstaltsleiter Dr. Haas, laut. Strafentlassene Gefangene berichteten, daß "Rollkommandos" Gefangene verprügelt hätten. Schon kurz nach seiner Amtsübernahme war gegen Haas wegen Körperverletzung im Amt ermittelt worden. In eine Zelle, in der sich zwei Gefangene gegen eine Verlegung nach Mannheim verbarrikadiert hatten, drang Haas mit Schutzbrille und Gummiknüppel ein. Sicher ist, daß die beiden Häftlinge geschlagen wurden. Haas soll gesagt haben: "Auf die Köpfe hauen, bis sie bewußtlos sind." Die Ermittlungen wurden später eingestellt.

Verlegung nach Mannheim verbarrikadiert hatten, drang Haas mit Schutzbrille und Gummiknüppel ein. Sicher ist, daß die beiden Häftlinge geschlagen wurden. Haas soll gesagt haben: "Auf die Köpfe hauen, bis sie bewußtlos sind." Die Ermittlungen wurden später eingestellt.

Mit dem Knüppel antwortet der Magistrat auf Forderung nach einem Jugendzentrum

Polizei überfällt von 3oo Jugendlichen besetztes Haus/ 15oo demonstrieren

Frankfurt. Am Freitag, dem 18. Oktober, besetzten etwa 300 Jugendliche die alte Sozialstation in Frankfurt-Bockenheim, Warentrappstr. 38. Die Jugendinitiative Bockenheim (JIB) fordert seit anderthalb Jahren ein Jugendzentrum. Dieses Haus steht seit zwei Jahren leer und gehört der Stadt. Dieses Haus wurde dann auch besetzt. Da ich auch dabei war, will ich kurz schildern, wie es war.

Etwa 300 Jugendliche besetzten das Haus. In verschiedenen Räumen bildeten sich Diskussionsgruppen. Wir unterhielten uns darüber, wie es weitergehen sollte und welchen Inhalt dieses Jugendzentrum haben sollte. Die JIB rief bei dem Jugendamtsleiter Falle an und er sagte uns zu, daß das Haus nicht geräumt werden sollte. Wir glaubten Falle. Zwischen 23 und 24 Uhr zog plötzlich die Polizei vor und räumte das Haus. Wir wurden alle ohne Vorwarnung der Polizei verhaftet und mit auf das Polizeipräsidium genommen. Dort wurden wir verhört, erkennungsdienstlich erfaßt und bekamen alle Anzeigen von Oberbürgermeister Rudi Arndt wegen Hausfriedensbruch. Auf der Straße kämpften noch zirka 300 bis 400 Jugendliche gegen die Polizei, die das Haus räumte. Es wurde eine Schlacht, die bis etwa 2 Uhr morgens ging. Im Präsidium wurden wir in zwei Sitzungssäle gezerrt. Wir waren in dem einen Saal 80 Leute. Dort verbrachten wir die ganze Nacht auf Boden, Tischen und Stühlen.
Dann warteten wir drei Stunden auf unser Frühstück. Als wir eine halbe Stunde lang Terror gemacht hatten, kam endlich ein Polizist und zählte uns ab. Als das Frühstück endlich kam, war es ungenießbar.

Am Samstagabend wurden alle bis auf zwei entlassen. Die zwei wurden am Sonntag entlassen. Dieser Kampf in Bockenheim war der vorläufige Höhepunkt der Jugendzentrumsbewegung in Frankfurt überhaupt. Am Dienstag nach der Räumung hat Arndt angekündigt, daß alle Verhafteten, die im öffentlichen Dienst arbeiten, entlassen werden sollen. Diese Ankündigung ist die Krone der Politik der SPD, die darauf abzielt, die Jugend und besonders die Arbeiterjugend zu unterdrücken und sie davon abzuhalten, daß sie ihre Sache selbst in die Hand nimmt. Aber die Arbeiterjugend läßt sich nicht unterkriegen. Der Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren geht weiter. Denn die Jugendlichen brauchen diese Jugendzentren, weil sie einen Platz brauchen, wo sie sich treffen können und über ihre Probleme diskutieren können. Diese Jugendzentren müssen deshalb selbstverwaltet werden, weil wir auf die besondere soziale Ausbeutung und Abhängigkeit im Betrieb, die Unterdrückung in Schule und Freizeit Häuser brauchen, in denen wir unabhängig und selbständig unsere Interessen wahrnehmen können.

Am Samstag, dem 26. Oktober, fand eine Demonstration statt gegen die Maßnahmen des Magistrats und für selbstverwaltete Jugendzentren. Die Losungen, für die gekämpft wurde und die lautstark bekanntgegeben wurden, waren folgende:
Keine Strafverfolgung der Festgenommenen!
Die alte Bockenheimer Sozialstation gehört den Jugendlichen!
In jeden Stadtteil ein selbstverwaltetes Jugendzentrum!
Keine Entlassungen von Sozialarbeitern, die sich für die Selbstverwaltung der Jugendlichen einsetzen!

Diese Demonstration hat gezeigt, daß der Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren weitergeht. Es kommt darauf an, die Kämpfe der Jugend zu organisieren, denn nur organisiert werden wir den Satz verwirklichen können, den wir am Samstag auf der Demonstration immer wieder gerufen haben: "Wir werden kämpfen, wir werden siegen, Jugendzentren werden wir kriegen."

–H.P./H.L. Jugendinitiative KAJB Frankfurt–

Für ein Jugendzentrum in Lampertheim

150 Jugendliche demonstrieren

Lampertheim/Hessen. Nachdem die Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung **schon vor drei Jahren** von den Lampertheimer Jugendlichen aufgestellt wurde und die Stadt hierauf noch keine konkrete Stellungnahme gegeben hatte, beschloß man, den Höhepunkt seiner diesjährigen Arbeit vor die Landtagswahlen zu stellen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was die bürgerlichen Parteien für die Jugend tun und wie dagegen die Forderungen der Lampertheimer Jugend sind.
So fand am 13. Oktober eine Veranstaltung statt, die zur Information der Bevölkerung diente. 150 Personen kamen. Der Erfolg des Theaterstücks zeigte sich in der nächsten Vollversammlung, an der 20 Jugendliche mehr teilnahmen. Der Höhepunkt aber war die **Demonstration**, die die Lampertheimer Jugendlichen nutzten, ihren Forderungen gegenüber der Stadt Nachdruck zu verleihen. 150 Personen forderten auf der Abschlußkundgebung Stellungnahmen der bürgerlichen Parteien zu einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Charakteristisch für die Aussagen der Politiker (Landtagskandidaten der SPD und FDP Bork und Hummel und der Fraktionsvorsitzende der CDU) war das Statement des CDU-Vertreters, der mit den Worten begann: "Liebe Freunde". Als er dadurch nur Gelächter erntete, ergänzte er: "Ich meine doch, daß alle Menschen auf der Welt Freunde sind."
Mit solch einer "Freundschaftsideologie" lassen sich die Jugendlichen nicht mehr hinters Licht führen. Nur Taten zählen!

Hirohito-Prozess vertagt

Den sieben angeklagten Anti-Imperialisten im Bonner Hirohito-Prozeß ist ein Erfolg gelungen: Richter Midderhoff sah sich gezwungen, den Prozeß nach drei Verhandlungstagen platzen zu lassen und auf unbestimmte Zeit zu vertagen, um ein Gutachten über die Stellung des Kaisers (Tenno) in der japanischen Verfassung einzuholen und um eine Erklärung des Auswärtigen Amtes in Bonn zu bekommen, ob es sich beim Besuch Hirohitos in der Bundesrepublik 1971 um einen Staatsbesuch gehandelt hat oder nicht.

Wie war es zu diesem Prozeß gekommen? Im Oktober 1971 besuchte der japanische Kaiser, Tenno Hirohito, verschiedene europäische Länder, unter anderem auch die Bundesrepublik. Hirohito ist als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber über die japanische Armee von 1926 bis 1945 persönlich verantwortlich für die Kriegs-

ter anderem auch die Bundesrepublik. Hirohito ist als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber über die japanische Armee von 1926 bis 1945 persönlich verantwortlich für die Kriegs-

verbrechen der japanischen Imperialisten in Asien während des Zweiten Imperialistischen Weltkrieges, die das Leben von 50 Millionen Menschen forderten.
In Bonn fand am 12. Oktober 1971 eine Demonstration statt mit den Hauptparolen: "Hirohito ist ein Faschist" und "Hitler sechs Millionen Juden – Hirohito 50 Millionen Asiaten". Die Polizei sah in diesen Parolen eine "Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhaupts" und zerschlug die ordnungsgemäß angemeldete Protestdemonstration mit Knüppeleinsatz und Wasserwerfer. Sieben Demonstranten wurden jetzt, drei Jahre später, wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung vor Gericht gestellt, wobei zwei Angeklagte hohe Gefängnisstrafen zu erwarten hatten. Die angeklagten Genossen belegten die Rechtmäßigkeit der Beschuldigungen gegen Hirohito durch Gutachten, die teilweise eigens von japanischen Historikern erstellt worden waren, zeigten die Unrechtmäßigkeit des damaligen Polizeieinsatzes und des Gerichtsverfahrens auf und verlangten die unverzügliche Einstellung des Prozesses.
Am Abend des ersten Prozeßtages fand eine Demonstration statt, bei der Hirohito diesmal ungehindert als Kriegsverbrecher bezeichnet werden konnte. Angesichts der Unhaltbarkeit der Anklage wurde der Prozeß dann am Mittwoch auf unbestimmte Zeit vertagt. Die sieben angeklagten Antiimperialisten werden der Justiz jedoch keine Gelegenheit geben, das Verfahren stillschweigend einschlafen zu lassen: Die Justiz muß gezwungen werden, die Unrechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes vom Oktober 1971 zuzugeben und die Rechtmäßigkeit der Beschuldigungen gegen den Kriegsverbrecher Hirohito anzuerkennen.

L.N., KSG Bonn

Gesichter der Justiz

Willkürliche Abschiebung

Gesichter der Justiz

Während der Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt wurde am 29.5.1974 nachts ein junger Arbeiter C. von einem Sonderkommando in Zivil festgenommen.
C. war angetrunken mit einer Gruppe von Jugendlichen auf die Zeil gegangen. Dort hatten sie übermütig versucht, die Betonklötze zu bewegen. Weil C. keinen Wohnsitz hatte, kam er für 3 Monate bis zur Hauptverhandlung in U-Haft. Angeklagt wurde er wegen Straßenbahngefährdung durch Barrikadenbau und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

In der Hauptverhandlung sagte C. zu seiner Person: "Ich war bis ich 15 Jahre alt war in verschiedenen Kinderheimen. Zum Schluß kam ich in die Sonderschule. Dann habe ich als Arbeiter in einer Schuhfabrik gearbeitet." Im Urteil heißt es dann: "... bereitete auch der Angeklagte bald Schwierigkeiten, er ging öfters nicht zur Arbeit und unpünktlich nach Hause. Er tauchte in der Folgezeit öfters unter, kam mit Drogen in Berührung und sprach übermäßig dem Alkohol zu ..."

All diese Zustände, daß die Kinder der Arbeiterklasse auf Sonderschulen gehen müssen, verlumpen und zum Alkohol greifen, werden von der Bourgeoisie aktiv gefördert.
In der Gerichtssälen werden die Jugendlichen hinterher abgeurteilt, hier zu einem Jahr Jugendstrafe.
Ein Haftbefehl gegen den Frankfurter Grundstücksspekulanten Siegfried Manfred Hossfeld, der über 1 Millionen DM Steuergelder hinterzogen hat bei seinen Grundstücksgeschäften, wurde sofort nach seiner Festnahme außer Kraft gesetzt. Hossfeld konnte bequem ins Ausland reisen und ward nicht mehr gesehen.

–B.L., Frankfurt–

Willkürliche Abschiebung

Westberlin. Trotz zahlreicher Proteste, einer Kundgebung vor dem Japanischen Generalkonsulat am 8.10., Protesterklärungen der Evangelischen Studentengemeinde, der Studentischen Selbstverwaltung des Studentenheims Dauerwaldweg und zahlreicher Freunde und Bekannten ist die vollkommen willkürliche Abschiebung des japanischen Studenten Takuya Yokoi immer noch nicht rückgängig gemacht worden.
Yokoi war am 3.Oktober um 6 Uhr früh aus dem Bett heraus verhaftet worden. Mit Maschinenpistolen bewaffnete zivile Polizisten verschleppten den Studenten gewaltsam aus seiner Wohnung, traten seiner Frau, die gerade vor wenigen Tagen ihr Kind zur Welt gebracht hatte, in den Unterleib, weil sie sich den Polizisten in den Weg stellte. Schon gegen 10 Uhr saß Yokoi in einem Flugzeug nach Tokio. Das japanische Generalkonsulat spielte mit und stelle die für die Abschiebung notwendigen Papiere aus. Jede Möglichkeit, sich mit seinem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen, wurde verweigert.
Der Grund für diese ungeheuerliche Vorgehensweise. In einem Notizbuch eines in Frankreich unter dem Verdacht von Verbindungen zur japanischen Roten Armee verhafteten Japaners war u. a. auch seine Adresse gefunden worden. Das ist nichts besonderes, weil die in Europa studierenden Japaner in der Regel Verbindungen untereinander haben. In Japan wurde Yokoi nach einem kurzen Verhör sofort wieder auf freien Fuß gesetzt, es lag überhaupt nichts gegen ihn vor. Der Fall zeigt die völlige Rechtlosigkeit der in der BRD lebenden Ausländer.
Sofortige Aufhebung der Ausweisung und Rückkehr von T.Yokoi!

-H.V.-

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Der Hungerstreik ist gerecht

Mit sadistischen Maßnahmen versuchen die Verfolgungsbehörden, den Hungerstreik der gefangenen Mitglieder der Rote Armee Fraktion (RAF) und anderer politischer Gefangener gegen die Sonderbehandlung zu brechen. Der Gefangene Ronald Augustin wurde am 14.10. von dem Chefarzt des Gefängnislazaretts in Lingen, Dr. Hubertus Kolluschek, in eine Zelle ohne Wasseranschluß und WC verlegt, am 15. wurde ihm für drei Tage das Trinkwasser entzogen. Zum Waschen erhielt er eine ätzende Flüssigkeit. Die künstliche Zwangsernährung wurde eingestellt und Essen und Bier in die Zelle gestellt.

Daraufhin traten alle anderen am Hungerstreik beteiligten Gefangenen in den Durststreik. Erst am 18. konnten die Verteidiger von Augustin den Abbruch des Trinkwasserentzugs durchsetzen. Das niedersächsische Justizministerium hatte den Verteidigern kategorisch erklärt, man habe den Ärzten den Auftrag gegeben, den Hungerstreik mit allen Mitteln zu brechen.
Um die Aktion zu verdecken, hatten weder die Anstaltsleitung noch das Justizministerium das Gericht, die Staatsanwaltschaft oder die Verteidiger informiert. Inzwischen haben die Anwälte von Augustin Strafanzeige wegen Mordversuchs gegen Kolluschek gestellt.
Die Anwälte von drei Gefangenen in Baden-Württemberg haben inzwischen erklärt, daß den Gefangenen bei der Zwangsernährung Chemikalien verabreicht würden, die den "Willen und Widerstand" der Gefangenen brechen sollten.
Die Angehörigen der politischen Gefangenen haben nun einen offenen Brief an den Innen- und den Justizminister sowie an niederländische Minister gesandt, den schon zahlreiche Persönlichkeiten, Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler, darunter Ernst Bloch Erich Fried, Erika Runge, Martin Walser und andere unterzeichnet haben.
Sie fordern: die sofortige Aufhebung der Isolationsfolter und die sofortige Abschaffung der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen.

Als bei der Verleihung des "Friedenspreises" des deutschen Buchhandels ein Mitglied des "Komitees gegen die Folter" eine Protesterklärung gegen die Behandlung der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik verlesen wollte, wurde es im Polizeigriff abgeführt, die elegant gewandeten "Friedens"freunde waren nicht gewillt, sich an wenig friedliche Verhältnisse im eigenen Land erinnern zu lassen.

Aus Solidarität mit den streikenden Gefangenen ist inzwischen auch die Deutsch-Schwedin Brigitta Wolf in den Hungerstreik getreten, die wegen ihrer humanitären Hilfe für Gefangene und Strafentlassene bekanntgeworden ist.

–h.v.–

Zustimmung zur Forderung nach der Einheitsschule

Umschulung:"Das heißt auf deutsch, von einer Fabrik in die andere.,,/In diesem System bleibt man was man ist

Ich mußte wegen einem schweren Rückenschaden im Betrieb aufhören zu arbeiten und bin deswegen zum Arbeitsamt gegangen, um mich umschulen zu lassen. Außer mir gab es noch drei Kolleginnen, die das auch machen wollten. Sie sagten, ich möge mich doch erkundigen, wie es läuft, und dann wollten sie später hingehen. Beim Arbeitsamt zeigte ich erst das Attest vom Arzt, wo stand, daß ich weder jetzt noch später schwere Arbeit oder einseitig belastende Arbeit verrichten dürfe, weil mein Wirbel keine Belastung vertragen könne. Ich sagte gleichzeitig beim Arbeitsamt, daß ich mich gerne als Kindergärtnerin umschulen lassen wollte, da ich für längere Zeit schon mal in einem Kindergarten gearbeitet habe und auch selber ein Kind habe, und deswegen wußte, daß ich „diesen Beruf gut ausüben konnte.

"Halt, stopp!", sagte mir die Dame beim Arbeitsamt, "so leicht geht das nicht, erst müssen wir Ihren Antrag auf Umschulung nach der Versicherungsstelle in Oldenburg hinschicken, und dann kriegen Sie einen Termin beim Vertrauensarzt, und wenn er die Diagnose von Ihrem Arzt bestätigt, dann werden wir eine Umschulung bewilligen und wir unterhalten uns dann später darüber, als was wir Sie umschulen."
Da ich ziemlich starke Schmerzen habe und jeden Tag zur Behandlung beim Arzt gehe, um Spritzen dagegen zu kriegen, drängte ich weiter, sie könnte doch jetzt schon in den Antrag hinzufügen, daß ich mich als Kindergärtnerin umschulen lassen wollte und dann meine Zeugnisse vom Kindergarten hinzufügen.

Die Dame verneinte, sie wolle gar keine Zeugnisse sehen, und übrigens stelle ich mir das viel zu einfach vor. Und dann machte sie mir endlich klar, wie die Lage für ungelernte Arbeiter aussieht! Sie meinte: "Bis jetzt haben Sie ja nur Hilfstätigkeiten ausgeübt (ich bin ungelernte Arbeiterin), und deswegen können wir Sie nur entsprechend umschulen, und Kindergärtnerin zu werden, würde ja heißen, daß wir eine Ausbildung finanzieren müßten. Und das machen wir selten, und wenn wir das machen, dann nur, wenn wir überprüft haben, daß es sich lohnt." Das heißt auf deutsch: von einer Fabrik in die andere, und daß der Staat nur in Fällen, wo man von treuen Staatsdienern sprechen kann, mal eine Ausnahme macht.

Wieder im Betrieb zurück, diskutierte ich es mit den Kollegen, nicht nur mit den dreien, die sich auch umschulen lassen wollten, sondern mit vielen anderen. Eine ältere Kollegin meinte: "Ich habe fünf Kinder, und wir haben es uns nicht erlauben können, eine Schulausbildung oder eine Lehre zu finanzieren. Sie mußten alle mit 14 die Schule verlassen und verdienen jetzt ihr Brot als Hilfsarbeiter . . . Meine Meinung ist, daß es ihnen irgendwie mal gelingen könnte, aus diesem Druck herauszukommen, wo ich selber mein Leben lang drinstecke – aber es wird wohl schwierig sein!" Eine andere meinte dazu, sie würden doch nur Lügen verbreiten, wenn man überall liest, daß man nur zum Arbeitsamt gehen muß und sich umschulen lassen soll; das wäre doch keine Umschulung, sondern lediglich eine Vermittlung zu einem anderen Betrieb. "Aber muß es denn immer so bleiben?", meinte eine Frau, "daß die Armen immer arm bleiben, und weil sie arm sind auch keine Ausbildung haben? Ich jedenfalls möchte sehr gerne was lernen, mich weiterbilden usw., aber wie?"
Ich sagte, daß sowas nicht möglich wäre, indem jeder individuell versucht, sich weiterzubilden, da hätten wir doch gerade meinen Fall, sondern nur, indem von Anfang an dafür gesorgt wird, daß es für alle Kinder eine Einheitsschule gibt, wo ihnen die allgemeinen theoretischen und praktischen Grundlagen in den Hauptzweigen der Produktion vermittelt werden und wo die Schüler auf Staatskosten bis zum 18. Lebensjahr mit Nahrung, Kleidung und Lehrmitteln versorgt werden.
Daß diese Forderung bestimmt erst im Sozialismus ihre volle Geltung hat, wo die Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen, die Ursache aller Übel, beseitigt wird, steht außer Zweifel.

Die Reaktion der Kollegen auf die Forderung nach Einheitsschule zeigte aber, daß es eine Forderung ist, hinter der jetzt schon die Arbeiterklasse und das gesamte Volk sich zusammenschließen wird, weil immer klarer wird, daß das gesamte Schulsystem bankrott ist, und weil immer klarer wird, daß das gesamte System zerstört werden muß und daß es deswegen im Interesse der großen Mehrheit ist, eine umfassende Ausbildung zu genießen, weil nach der Zerschlagung dieses Staates ein neues System aufgebaut wird, wo sie die Macht haben.

–N.N.

Balken und Bretter biegen sich

Nachdem sich vor kurzem schon in einer Volksschule in Wolfsburg-Fallersleben die Decken gebogen hatten, traten jetzt im Trakt A in der Wolfsburger Berufsschule Kleiststraße noch katastrophalere Zustände hervor. Auch hier biegen sich jetzt die Decken, rieselt der Putz von der Decke und der Fußboden neigt sich tiefer. In 25 Klassenräumen und Facharbeitsräumen hat man Holzstützen eingezogen, um zu verhindern, daß der Bau zusammenkracht. Ursache für diese Schäden ist wahrscheinlich minderwertige Betonqualität. Während Baudirektor D.Busch, der Leiter des Hochbauamtes ist, nach "Wolfsburger Allgemeine" vom 19./20.10. erklärte, daß eine latente Gefahr nicht mehr bestehe, muß man sich allerdings fragen, wie die Unterrichtssituation gegenwärtig auch ohne akute Einsturzgefahr aussieht. Sie kann man folgendermaßen umschreiben: Der Unterricht findet neben Stützpfählen, Balken und Brettern statt, überall droht Stolpergefahr. Aber die Unterrichtssituation wird sich erst noch richtig verschlimmern, wenn Anfang 1975 die Klassen geräumt werden müssen, weil dann die Schäden beseitigt werden sollen. Was dann los sein wird, verdeutlicht noch die Tatsache, daß 1975 im Berufsschulbereich ein "Schülerberg" zu erwarten ist.

–H.B., Ortsgruppe Wolfsburg/Gifhorn–

Demonstration gegen die Zustände im nordbadischen Schulwesen

Demonstration am 9. November in Karlsruhe

Nach den Sommerferien hat das Oberschulamt Karlsruhe 5 Lehrer entlassen bzw. suspendiert, an die 20 Lehrer strafversetzt und viele Lehramtskandidaten nicht eingestellt. Gleichzeitig boten die Schulen Anfang des Schuljahres ein verheerendes Bild. Seit diesem Zeitpunkt sind die Verhältnisse nicht wieder zur Ruhe gekommen.
Die Berufsverbote-Komitees Heidelberg und Karlsruhe haben in dieser Situation die Initiative zu einer Demonstration in Karlsruhe ergriffen, um den breiten Protest gegen diese Zustände zusammenzufassen und die Machenschaften der staatlichen Schulbehörden zu vereiteln.

Unfähig ist die bürgerliche Gesellschaft, ihre eigenen hochgepriesenen Ideale Wirklichkeit werden zu lassen. Menschenwürdigkeit, individuelle Freiheit, Erziehung der Jugend zu selbständigen und kritischen Persönlichkeiten – all diese Ideale zerplatzen wie Seifenblasen bei dem kleinsten Windstoß.
Jahrelang haben die bürgerlichen Parteien versucht, den arbeitenden Menschen in diesem Staat einzuflößen, daß sie ihre Lage dadurch ändern können, wenn sie ihre Kinder auf höhere Schulen schicken. Doch diese Schulen konnten die Kinder des Volkes gar nicht aufnehmen, entweder sie schafften den Übergang nicht oder sie mußten nach ein bis zwei Jahren die Schule wieder verlassen oder aber der Numerus Clausus hat sie von den Hochschulen fern gehalten.
Der Werbespruch der bürgerlichen Parteien aus den 60-er Jahren: "Schick Dein Kind auf weiterführende Schulen" ist verschwunden, ebenso verschwinden die Hoffnungen der arbeitenden Menschen, ihre Lage durch Bildung zu verbessern. Denn die bürgerliche Gesellschaft ist nicht willens und nicht fähig, den allseits gebildeten Menschen zu erziehen, sie braucht

Anhörungsverfahren

Über die Anhörungsverfahren gegen Lehrer in Baden-Württemberg, die sich in Leserbriefen mit F. Güde solidarisierten, erhielten wir folgende Informationen: "Regierungsdirektor Gerling – CDU-Stadtrat in Heidelberg – der die Ermittlungen für Nordbaden durchführt, fordert von den Betroffenen in sogenannten Dienstgesprächen oder Voremittlungen vollständige Distanzierung von dem Leserbrief, auch wenn dort nur grundlegende demokratische Auffassungen wie Meinungs- und Koalitionsfreiheit für die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst gefordert wurden. Die Schreiber der Leserbriefe sollten ihre Wahrnehmung demokratischer Rechte als bedauerlichen Irrtum, bedingt durch mangelnde Lebenserfahrung, hinstellen. Der einheitliche Schrieb, den man unterschreiben sollte, endet in der Regel mit dem Satz: 'Sollte dennoch ein Dienstvergehen vorliegen, so bitte ich die vorgesetzten Dienstbehörden zu berücksichtigen, daß ein Mensch im Alter von (20, 24, 28 oder 30) Jahren (je nachdem, wie alt der Betreffende) noch irren kann'."

Gleiche Rechte für alle

Über 100 Menschen demonstrierten am Samstag, den 18. Oktober, in Frankfurt für die Gleichstellung der ausländischen Kinder und Lehrer mit den deutschen Schülern und Lehrern. Veranstalter war die "Sektion ausländischer Lehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" GEW. Nur rund ein Drittel der ausländischen Kinder erreicht gegenwärtig einen Schulabschluß. Auch werden die ausländischen Lehrer schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen.

GEW-Bezirksvorstand tritt zurück

Mit Mehrheit hatte die Mitgliederversammlung der GEW Frankfurt beschlossen, die gegen die "Bildungsmisere" geplante Aktion Frankfurter Schüler (vgl. den Aufruf in der KVZ Nr. 21) mit Geldern zu unterstützen. Dem Vorstand paßte dieser Beschluß der Mitglieder nicht, und er war nicht bereit, die Demonstration der Schüler mit Geld zu unterstützen. Der Vorstand trat daraufhin zurück, um so die Durchführung des Beschlusses der Mitgliederversammlung zu verhindern.

Nichteinstellung in Hessen

Seit zweieinhalb Monaten warten die Lehramtskandidaten Dietmar Scheithauer und Karl Schaper bereits auf ihre Einstellung in den hessischen Schuldienst. In zahlreichen Erklärungen und Protesten seitens der Öffentlichkeit wurde ihre sofortige rückwirkende Einstellung gefordert.
Seit dem 5. September ist ein Antrag auf einstweilige Verfügung ihrer sofortigen Einstellung beim Verwal-

die ausländischen Lehrer schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen.

Demonstration gegen die Zustände im nordbadischen Schulwesen

Demonstration am 9. November in Karlsruhe

Nach den Sommerferien hat das Oberschulamt Karlsruhe 5 Lehrer entlassen bzw. suspendiert, an die 20 Lehrer strafversetzt und viele Lehramtskandidaten nicht eingestellt. Gleichzeitig boten die Schulen Anfang des Schuljahres ein verheerendes Bild. Seit diesem Zeitpunkt sind die Verhältnisse nicht wieder zur Ruhe gekommen.
Die Berufsverbote-Komitees Heidelberg und Karlsruhe haben in dieser Situation die Initiative zu einer Demonstration in Karlsruhe ergriffen, um den breiten Protest gegen diese Zustände zusammenzufassen und die Machenschaften der staatlichen Schulbehörden zu vereiteln.

Unfähig ist die bürgerliche Gesellschaft, ihre eigenen hochgepriesenen Ideale Wirklichkeit werden zu lassen. Menschenwürdigkeit, individuelle Freiheit, Erziehung der Jugend zu selbständigen und kritischen Persönlichkeiten – all diese Ideale zerplatzen wie Seifenblasen bei dem kleinsten Windstoß.
Jahrelang haben die bürgerlichen Parteien versucht, den arbeitenden Menschen in diesem Staat einzuflößen, daß sie ihre Lage dadurch ändern können, wenn sie ihre Kinder auf höhere Schulen schicken. Doch diese Schulen konnten die Kinder des Volkes gar nicht aufnehmen, entweder sie schafften den Übergang nicht oder sie mußten nach ein bis zwei Jahren die Schule wieder verlassen oder aber der Numerus Clausus hat sie von den Hochschulen fern gehalten.
Der Werbespruch der bürgerlichen Parteien aus den 60-er Jahren: "Schick Dein Kind auf weiterführende Schulen" ist verschwunden, ebenso verschwinden die Hoffnungen der arbeitenden Menschen, ihre Lage durch Bildung zu verbessern. Denn die bürgerliche Gesellschaft ist nicht willens und nicht fähig, den allseits gebildeten Menschen zu erziehen, sie braucht den Lohnarbeiter, der für den Kapitalisten den Profit erwirtschaftet. Solange Lohnarbeit verrichtet werden muß, wird es die Aufgabe des Bildungswesens sein, Lohnarbeiter zu erziehen.
Aber nicht nur daß die bürgerliche Gesellschaft ihre Versprechen auf dem Gebiet der Weiterbildung nicht einlösen konnte, sie ist noch nicht einmal fähig, die einfachsten Einrichtungen des Volksbildungswesens einigermaßen in Ordnung zu halten. 20 bis 30 % Unterrichtsausfall an einer Grund- oder Hauptschule sind keine Einzelfälle, 40 bis 50 Kinder in einer Klasse ebenfalls nicht, Unterrichtsmethoden, die einem normalen Menschen das Denken abgewöhnen sollen, gehören zum Schulalltag. Gerede von der Lehrerschwemme, die Ende der 70-er Jahre kommen wird, oder daß in einigen Jahren mehr Geld für die Schulen zur Verfügung stehen wird, ändert diese Verhältnisse nicht, sie sind schlecht und werden nicht besser. Das haben die Menschen, die von diesen Schulverhältnissen betroffen sind, gemerkt, und sie beginnen, sich gegen dieser Verhältnisse zu erheben und ihre Interessen kämpferisch zu vertreten. Aber wie reagiert der bürgerliche Staatsapparat, wenn Eltern einen Schulstreik androhen? Wenn Schüler Protestkundgebungen durchführen, wenn Lehrer nicht länger den entwürdigenden Dienst eines Staatsbüttels gegen die Schüler und Eltern ertragen und die Dinge benennen wie sie sind?
Den Eltern werden Geldbußen angedroht, den Schüler droht Verweis von der Schule bzw. gesteigert schikanöse Behandlung, die Lehrer werden verhört, versetzt oder entlassen bzw. suspendiert.
Alles tut der Staat, um die Lücken im Schulsystem zu schließen, Einblick und Einfluß der arbeitenden Klassen zu verhindern. Aber dadurch werden die Verhältnisse nicht geändert, und deswegen kann der Protest gegen dieses Volksbildungswesen nicht verhindert werden.
Immer mehr Menschen erkennen und werden erkennen, daß die bürgerliche Gesellschaft unfähig ist, ein Bildungswesen in ihrem Interesse zu führen. Sie erkennen, daß dem Staat das Bildungswesen entrissen werden muß und das Volk seine Bildungseinrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Deutlich zeigt sich das an den Veranstaltungen über die Zustände im nordbadischen Schulwesen, wo in den meisten Städten mehr Menschen teilnahmen als in letzter Zeit auf irgendeiner anderen politischen Veranstaltung. Dies zeigt, daß die geplante Demonstration richtig ist. Die Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen im Regierungsbezirk Karlsruhe werden deshalb diese Demonstration unterstützen und zur Beteiligung aufrufen.

Weg mit der Geheimniskrämerei im Schulwesen!
Weg mit der Schweigepflicht der Beamten und Schulbehörden!
Sofortige Einstellung aller Disziplinarverfahren!
Rücknahme aller politischen Versetzungen!
Das Gerede von der Lehrerschwemme ist eine Lüge! Sofortige Einstellung aller Bewerber in den Schuldienst!
Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit!
Für ein einheitliches Volksbildungswesen!
Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem!
Die Volksbildung in des Volkes Hand!
Weg mit der staatlichen Schulaufsicht!

-db-



Nachdem sich vor kurzem schon in einer Volksschule in Wolfsburg-Fallersleben die Decken gebogen hatten, traten jetzt im Trakt A in der Wolfsburger Berufsschule Kleiststraße noch katastrophalere Zustände hervor. Auch hier biegen sich jetzt die Decken, rieselt der Putz von der Decke und der Fußboden neigt sich tiefer. In 25 Klassenräumen und Facharbeitsräumen hat man Holzstützen eingezogen, um zu verhindern, daß der Bau zusammenkracht. Ursache für diese Schäden ist wahrscheinlich minderwertige Betonqualität. Während Baudirektor D.Busch, der Leiter des Hochbauamtes ist, nach "Wolfsburger Allgemeine" vom 19./20.10. erklärte, daß eine latente Gefahr nicht mehr bestehe, muß man sich allerdings fragen, wie die Unterrichtssituation gegenwärtig auch ohne akute Einsturzgefahr aussieht. Sie kann man folgendermaßen umschreiben: Der Unterricht findet neben Stützpfählen, Balken und Brettern statt, überall droht Stolpergefahr. Aber die Unterrichtssituation wird sich erst noch richtig verschlimmern, wenn Anfang 1975 die Klassen geräumt werden müssen, weil dann die Schäden beseitigt werden sollen. Was dann los sein wird, verdeutlicht noch die Tatsache, daß 1975 im Berufsschulbereich ein "Schülerberg" zu erwarten ist.

–H.B., Ortsgruppe Wolfsburg/Gifhorn–

Heil im Angriff gesucht

Bremens Bildungssenator Thape suspendiert Lehrerin

Karin Maier, Lehrerin am Gymnasium Huckelriede, wurde jetzt, nachdem schon seit Monaten gegen sie "ermittelt" worden war, suspendiert und erhielt außerdem noch Hausverbot. Vorgeworfen wurde ihr:

1. Sie sei einer Anweisung der senatorischen Dienststelle nicht nachgekommen. Das ist richtig. Dabei handelte es sich nämlich um die Aufforderung, all die Schüler zu denunzieren, die an einem Schulstreik gegen den Rausschmiß von 2 Schülern teilgenommen hatten (es ging damals vor allem um das Vollversammlungsrecht der Schüler). Sehr viele Lehrer sind damals zu Recht dieser Anweisung nicht nachgekommen.
2. Sie habe auf einer Schulveranstaltung zum Grundgesetz, einer Podiumsdiskussion mit Vertretern von SPD, CDU, FDP, DKP und KBW "Verfassungsfeindliches" propagiert. Tatsache ist, daß Karin Maier sich an der Diskussion mit einem kritischen Beitrag zum Grundgesetz beteiligt hat, in dem sie unter anderem die Ansicht vertreten hat, daß eine Volksmiliz, also eine Bewaffnung des ganzen Volkes, demokratischer ist als ein vom Volk abgesondertes stehendes Heer, das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse gegen das Volk ist.

Der SPD-Landesvorsitzende Henning Scherf, der durch die kritische Haltung der Schüler auf der Veranstaltung arg ins Schwitzen geraten war, hatte Karin Maier entgegengehalten, die Tatsache, daß sie so reden könne, sei Beweis für die Freiheitlichkeit dieses Staates. Die Niederlage vor den Schülern, die ihn dann frühzeitig flüchten ließ, schmeckte ihm aber nicht. Er nutzte seine Verbindungen. Wenige Tage später forderte Parteifreund Thape als oberster Dienstherr den Direktor des Gymnasiums, Stoldt, auf, einen Bericht über die Veranstaltung zu schreiben. Auf diesen Bericht stützt sich jetzt auch die Suspendierung.

Die Rechnung des Senats ist aber nicht aufgegangen. Seine Willkürmaßnahmen haben den Widerstand gegen die herrschenden Zustände gerade angesichts von überfüllten Klassen und ständigem Unterrichtsausfall nur verbreitert. Staatsfrommer Kasernengeist findet unter vielen Eltern, Schülern und Lehrern keinen Anklang mehr. Der Elternsprecher der Klasse von Karin Maier legte Protest ein. Die Schülervertretung bereitet einen Proteststreik vor. Die Lehrer des Gymnasiums haben eine Konferenz anläßlich der Suspendierung einberufen. Die GEW-Betriebsgruppe verabschiedete eine Protestresolution und veröffentlichte eine Dokumentation. Am Sonnabend verteilten fast 100 Schüler Protestflugblätter an die Bevölkerung. Der Verein Bremer Lehrerinnen und Lehrer in der GEW wandte sich mit einem Vorstandsbeschluß erneut gegen die Disziplinierung von Karin Maier.

– S., H.V. –

GEW-Bezirksvorstand tritt zurück

Mit Mehrheit hatte die Mitgliederversammlung der GEW Frankfurt beschlossen, die gegen die "Bildungsmisere" geplante Aktion Frankfurter Schüler (vgl. den Aufruf in der KVZ Nr. 21) mit Geldern zu unterstützen. Dem Vorstand paßte dieser Beschluß der Mitglieder nicht, und er war nicht bereit, die Demonstration der Schüler mit Geld zu unterstützen. Der Vorstand trat daraufhin zurück, um so die Durchführung des Beschlusses der Mitgliederversammlung zu verhindern.

Nichteinstellung in Hessen

Seit zweieinhalb Monaten warten die Lehramtskandidaten Dietmar Scheithauer und Karl Schaper bereits auf ihre Einstellung in den hessischen Schuldienst. In zahlreichen Erklärungen und Protesten seitens der Öffentlichkeit wurde ihre sofortige rückwirkende Einstellung gefordert.
Seit dem 5. September ist ein Antrag auf einstweilige Verfügung ihrer sofortigen Einstellung beim Verwal-tungsgericht in Kassel gestellt. Bis heute ist darüber ebenfalls noch nicht entschieden.

Erst Versetzung, dann Dienstenthebung

In den Sommerferien wurde die Lehrerin Ursel Waibel vom Oberschulamt Karlsruhe ohne vorherige Anhörung von Mannheim nach Oberderdingen versetzt. Begründet wurde dies damit, daß in Oberderdingen ein Lehrer fehle und "daß es die Chancengleichheit in der Bildungspolitik erfordert, daß ländliche Bezirke gegenüber Ballungsgebieten nicht benachteiligt werden". Mitten im Schuljahr, am 18.10., wurde die Lehrerin jetzt ihres Dienstes enthoben, weil sie Flugblätter des KBW verteile und auf einer Veranstaltung des KBW über die Schulverhältnisse in Mannheim gesprochen habe. Zu Recht fühlen sich die Eltern der Oberderdinger Schule verschaukelt. Auf einer Veranstaltung stimmten über 100 anwesende Eltern und Schüler einer Resolution an das Oberschulamt zu, in der gefordert wird, das Unterrichtsverbot sofort aufzuheben.

Richtigstellung

In der KVZ Nr.20 in dem Artikel: "Sein eigenes Schulwesen braucht das Volk" stand, daß ein Schüler gesagt habe, "daß ein Lehrer regelmäßig 2 bis 3 Tage vor dem Abitur abgezogen und durch einen anderen Lehrer ersetzt würde." Richtig muß es heißen: alle 1 bis 2 Jahre. Dazu schrieb uns die Schüler-Basisgruppe Schwetzingen: "Durch diese Personalpolitik versucht die Schulleitung die durch falsche Ausbildung bedingte Unfähigkeit des Lehrers zu vertuschen."

–Red.–

Ziel muß das Recht auf Kündigung sein!

Den Kampf für Selbstverwaltung der Kantinen aufnehmen!

Kantinenboykott in Ulm-Dornstadt seit dem 1. Oktober / Die taktischen Fragen diskutieren

Der folgende Bericht zeigt gut die Organisierung und Durchführung eines Kantinenboykotts unter der Forderung nach Selbstverwaltung. Es ist gelungen, die Soldaten zusammenzufassen und einheitlich den Boykott anzuleiten. Inzwischen hat, wie man sieht, die Gegenseite reagiert. Wer ist die Gegenseite? Das ist einmal der Pächter und dann die Standortverwaltung in Gestalt des Kasernenkommandeurs. Die Standortverwaltung hat mit dem Pächter einen Vertrag geschlossen, das ist das eine. Der Kasernenkommandeur, dem die Standortverwaltung untersteht und der gegenüber den Soldaten die Bundeswehrführung vertritt, versucht jetzt, auf dem Wege von Befehl und Gehorsam zu "vermitteln", das ist das andere.
Wie verhalten sich jetzt die Soldaten, wenn sie einen Sieg erringen wollen und wenn die Versuche des Pächters und des Kasernenkommandanten, die Bewegung zu spalten, durchkreuzt werden sollen? Ist es richtig, an der Forderung nach Selbstverwaltung festzuhalten? Das ist unbedingt der Fall. Nur muß jetzt in den Verhandlungen entwickelt werden, was das ist, sonst kann man nicht verhandeln. Wird es darum gehen, den Pächter aus der Kantine ein für allemal zu vertreiben und Soldaten freizustellen, die die Arbeit in Zukunft leisten sollen? Das ist nach unserer Auffassung nicht das Wesentliche. Denn an dem Charakter der Kantine als Geschäft läßt sich auch dadurch unter den herrschenden Bedingungen nichts ändern. Es kann auch überhaupt nicht das Ziel eines solchen Kantinenkampfes sein, die Kantine als Geschäft, wo Waren gegen Bezahlung umgesetzt werden, aufzugeben. Das Ziel muß vielmehr sein, für die Zukunft zu verhindern, daß die Kantinenpächter auf Grund ihrer Monopolstellung Superprofite einstreichen und die Soldaten Preise zahlen müssen, die über demDurchschnittswertliegen.
Eine Kneipe ist eine Kneipe und beim Bund gibt es keine besonderen Kneipen mit besonderer Gemütlichkeit. Im Kapitalismus gibt es keine besonderen Eckchen, in die man sich verkrümeln kann. Und bei der Bundeswehr gibt es diese Eckchen erst recht nicht. Deshalb muß die Forderung nach Selbstverwaltung jetzt zugespitzt werden auf die Forderung nach dem Recht der Soldaten, dem Kantinenpächter kündigen zu dürfen. Das Eintreten für die Forderung nach diesem Recht verhindert die Spaltung der Bewegung und sichert die Weiterführung des Kampfes. Das ist nach unserer Ansicht deshalb so, weil jetzt die Bewegung an den richtigen Adressaten aller Soldaten gerichtet wird: das ist die Bundeswehrführung, die in Gestalt des Kasernenkommandeurs sich ja bereits eingeschaltet hat.

Vergleichen wir zum Beispiel diese Situation mit einem Betriebsrat. Ihren Betriebsrat wird die Belegschaft niemals zum Schankwirt machen. Das ginge nämlich nur bei Verlust der Funktion, die Interessenvertretung der Kollegen zu sein! Vielmehr wird die Forderung immer nach wirksamer Kontrolle der Betriebskantine durch den Betriebsrat sein. Das aber ist sein Recht. Redaktion

Das Kantinenwesen in der Bundeswehr ist fast ausnahmslos bei den allermeisten Kameraden verhaßt. Bislang hat sich dieser Haß oft so artikuliert, daß die Kantinen in regelmäßigen Abständen kurz und klein geschlagen wurden. Dadurch kann das Kantinenwesen im Interesse der Mannschaften nicht geändert werden.

Wie ist das Kantinenwesen der-

Wie ist das Kantinenwesen derzeit organisiert?

Der Kantinenpächter besitzt das Alleinverkaufsrecht in der Kaserne. Aufgrund dieses Verkaufsmonopols sind die Soldaten dem Pächter völlig ausgeliefert. Die einzige Einschränkung, die ihm auferlegt wird, ist, daß er Höchstpreise, die von der StOV (Standortverwaltung) festgelegt werden, nicht überschreiten darf. Wie das aber in der Praxis aussieht, soll das Beispiel der Rommel-Kaserne in Ulm-Dornstadt verdeutlichen:
Dort bezahlen die Wehrpflichtigen für eine Literflasche Cola, die in jedem zivilen Lebensmittelgeschäft 1 DM nicht übersteigt, sage und schreibe 1,55 DM; für miese belegte NATO-Brötchen, die im Einkauf zirka 8 bis 10 Pfennig kosten, werden ihnen 45 Pfennig abgeknöpft. Durchweg gilt: Wucherpreise für schlechte Qualität; und das bei dem lächerlichen Wehrsold, der sich, je nach Dienstgrad, zwischen 165 DM und 210 DM im Monat bewegt.

Demgegenüber werden auch hier die Unteroffiziere und vor allem die Offiziere privilegiert. Nicht umsonst bringen viele Offiziere am Wochenende ihre Familien zum Mittagessen mit in die Kasinos. Dort erhalten sie ein Mittagessen, das von der Qualität und vom Preis her nirgends günstiger zu haben ist. Zur Bewirtung in den Kasinos werden selbstverständlich Mannschaften befohlen, die für das leibliche Wohl dieser Herren zu sorgen haben.

Wer hat ein Interesse an diesen Verhältnissen?

An der Aufrechterhaltung dieses Zustandes hat die Bundeswehrführung ein großes Interesse. Zum einen ist sie durch die Pacht, die die Kantinenwirte entrichten müssen, unmittelbar an dieser unverschämten Ausbeutung der Mannschaften beteiligt. Auf der anderen Seite wird durch die Privilegierung der Unteroffiziere und Offiziere den Mannschaften erneut ihre rechtlose und unterdrückte Situation vor Augen geführt.

Wie wir in Ulm-Dornstadt den Kampf gegen das Kantinenwesen führen

Die demokratische Soldatengruppe Ulm-Dornstadt hatte zu diesem Thema Ende Mai eine Veranstaltung durchgeführt, zu der zirka 40 Soldaten erschienen waren. Die Mehrheit der Veranstaltungsteilnehmer schloß sich damals auf der Veranstaltung zu einer Initiativgruppe zur Gründung eines Kantinenkomitees zusammen.

Die zentrale Forderung, unter der sich diese Gruppe konzipierte, lautete: "Für die Übernahme des Kantinenwesens durch die Mannschaften!"

Diese Forderung nach Selbstverwaltung ist die richtige Perspektive, alle Kampfmaßnahmen müssen nach dieser Forderung ausgerichtet werden. Denn solange den Mannschaften ein Kantinenpächter vor der Nase sitzt,
Kantinenpächter vor der Nase sitzt,
wird immer nach Profit gewirtschaftet werden.
Die Initiativgruppe führte unter dieser zentralen Forderung in der Rommelkaserne eine Unterschriftensammlung durch. Teilweise hatte diese Aktion durchschlagenden Erfolg. In einer Kompanie unterschrieben alle Mannschaften mit einer einzigen Ausnahme (SaZ 12). Im Verlauf dieser Aktion wurde aber deutlich, daß die Forderung nach Selbstverwaltung langfristigen Charakter hat. Ihre Durchsetzung muß bundesweit erkämpft werden. Das Kantinenproblem ist letztlich in jeder Kaserne dasselbe. Und schließlich ist auch der Haß dagegen und die Bereitschaft, dagegen anzugehen, überall in der Bundeswehr vorhanden.

Fortschrittliche Soldaten und die Soldatengruppen der einzelnen Standorte müssen in dieser Frage Kontakt aufnehmen, um eine einheitliche Kampffront zu schaffen. Unserer Meinung nach ist die KVZ ein gutes Mittel, um hier eine breite Diskussion zu entfachen.
Entlang der Forderung nach Selbstverwaltung müssen kurzfristige Forderungen aufgestellt werden, die jeweils von den örtlichen Bedingungen abhängen, die heute und direkt an Pächter und StOV gerichtet werden. In Ulm-Dornstadt haben wir in mehreren Flugblättern folgende Forderungen an den Pächter gerichtet:
- Preissenkung bei allen Getränken um 50 Pf pro Liter!
- Höchstpreis für belegte Brötchen 25 Pf!
- Bessere Qualität der angebotenen Waren!

Von der StOV fordern wir die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kompanie-Bars (das sind kleine Gemeinschaftsräume in den einzelnen Kompaniegebäuden, die ihre Waren, entsprechend dem Verkaufsmonopol des Pächters, über den Kantinenwirt beziehen müssen.)

Um diesen Forderungen nötigen Nachdruck zu verleihen,, haben wir zu einem unbegrenzten Kantinenboykott aufgerufen. Ein guter Boykott setzt natürlich voraus, daß weiterhin das Bier wie das Cola oder das NATO-Brötchen da sind und verkonsumiert werden können. Deshalb sind in den meisten Kompanien Selbstholerdienste eingerichtet worden, die meist im Zugrahmen oder von einzelnen Stubenbelegschaften getragen werden.
Der Boykott läuft mittlerweile seit dem 1. Oktober. Gerade in der ersten Woche war der Boykott ein fast hundertprozentiger Erfolg. Die Kantine war wie leergefegt. In den großen Dienstpausen versammelten sich täglich zig Soldaten vor der Kantine, um über den Boykottverlauf zu diskutieren. Trotz vorläufiger Festnahmen von Streik- oder besser Boykottposten, trotz Anzeigedrohung und trotz laufender Einschüchterungsversuche der Offiziere war die entstandene Solidarität unter den Mannschaften nicht zu erschüttern. Die errichteten Selbstholerdienste ermöglichten Preise, die um über die Hälfte niedriger liegen als in der Kantine.
ger liegen als in der Kantine.
Im Verlauf der zweiten Woche gelang es den Kasernenoberen sowie dem Pächter, die Bewegung teilweise zu spalten. Ein vom Kantinenkomitee herausgegebener Boykottbericht, der in der Kaserne verteilt wurde, veranlaßte einen Kompaniechef, in seiner Kompanie Spinddurchsuchungen vorzunehmen. Überall wurde angedroht, daß wer beim Flugblattverteilen erwischt würde, harte Strafen zu erwarten hätte. In vielen Kompanien lassen sich die Chefs immer wieder erneut Schikanen einfallen, um den Selbstholerdiensten Steine in den Weg zu legen. Einigen Offizieren sitzt panische Angst im Nacken, weil die Mannschaften anfangen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Der Pächter, der eine Kompanie ausfindig gemacht hat, in der die Selbstversorgung nicht so recht klappt, versucht diese über Freibier von den anderen Soldaten abzuspalten. Mit Sonderangeboten und geringfügigen Preissenkungen versucht er die Kameraden in der Gewißheit zu wiegen, daß das Boykottziel erreicht sei. Er hat einen Filmabend mit Polanskis "Tanz der Vampire" organisiert, bei dem der Eintritt 50 Pf beträgt.
Solche Spaltungsmanöver haben bei der zweiten Boykottwoche ihre Spuren hinterlassen. Waren es anfangs noch fast 100 %, die sich aktiv am Boykott beteiligten, so sind es jetzt noch ca. 70 %, die weiterkämpfen. Dennoch sind wir zuversichtlich, denn das Kantinenkomitee ist heute stärker denn je. Um die Bewegung zusammenzuhalten, sollen die Posten vor der Kantine verstärkt werden. Ferner möchten wir durch intensive Diskussionen mit abgespaltenen Kameraden die Boykottfront festigen und wieder erweitern.

Mittlerweile ist auch die zivile Öffentlichkeit in Ulm durch die Lokalpresse über die Ereignisse in der Kaserne unterrichtet worden. Das Echo waren bisher mehrere Leserbriefe, die sich mit dem Boykott voll solidarisch erklärten.
Unterdessen hat der Kasernenkommandeur zwei Kantinenausschußsitzungen einberufen, an denen außer ihm sämtliche Vertrauensmänner der Mannschaften sowie der Pächter teilnahmen. Er wurde versucht, die Vertrauensmänner als wichtige Stützen des Boykotts abzuspalten und unter Druck zu setzen. Augenscheinlich ist: Die Angst der Offiziere und des Pächters wird immer größer.
Für das Kantinenkomitee stellt sich in dieser Situation die Aufgabe:
Der Boykott muß weitergehen!
Von unseren Forderungen rücken wir nicht ab!

–Demokratische Soldatengruppe Ulm-Dornstadt–



Das Bild zeigt eine Demonstration von 200 französischen Soldaten in Draguignan / Südfrankreich gegen ihre rechtlose Lage in den Kasernen.

»Ihre Aussage steht gegen die eines Leutnants«

Goslar. Mit diesem Bericht soll all denjenigen die Augen geöffnet werden, die noch etwas von dem Recht auf freie Meinungsäußerung der Soldaten in der Bundeswehr hielten. Neben den alltäglichen Schikanen und kleinen Gehässigkeiten der Bundeswehr, die von vielen Kollegen als "dazugehörend" hingenommen werden, ereignete sich in der 16. Kompanie des Fernmelderegiments 33 in Goslar ein Vorfall, den auch die anderen Soldaten und die Bevölkerung erfahren müssen.

Im Soldatengesetz ist das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährleistet, sofern man nicht für eine bestimmte politische Partei wirbt oder agitiert. Dieses Recht nutzte der Soldat Selig in der "Aktuellen Information" (der Gemeinschaftskundeunterricht in der Bundeswehr) und bei den Unterrichten, die mit Diskussionen verbunden waren, aus. Er nahm zu den jeweils anliegenden Themen mit seiner Meinung Stellung, ohne dabei für eine politische Partei zu werben oder gar Flugblätter zu verteilen. Das wurde auch fast ein Jahr lang gewährleistet. Einen Monat, nachdem aber
der Kollege Selig von seinem Zug
der Kollege Selig von seinem Zug zum Zugsprecher gewählt wurde, begannen die ersten Angriffe auf die freie Meinungsäußerung.
Anfang September nahm ein Offizier am lebenskundlichen Unterricht teil und hörte aufmerksam zu. Nach diesem Unterricht wurde der Kollege Selig zum Kompaniechef hinbefohlen. Dieser sagte ihm sofort, daß er das Hereintragen seiner politischen Richtung in die Kompanie nicht zulasse und verbot ihm damit, seine Meinung in der bisherigen Art in der "Aktuellen Information" und in den anderen Unterrichten vorzutragen. Dabei wurde von ihm als Beispiel angeführt, daß Selig den Zusammenhang der katholischen Kirche mit dem Putsch der chilenischen Junta vor einem Jahr als einseitig darstelle, da er berichtete, daß das katholische Fernsehen in Chile während des Putsches Predigten für die Junta hielt, die von Erfolgsmeldungen über die Massenmorde der Junta unterbrochen wurden.
Der Kollege Selig brachte den Inhalt des Gesprächs mit dem Major in der "Aktuellen Information" zur Sprache. Der anwesende Offizier, der auch den Kompaniechef und den "Militärischen Abschirmdienst" (MAD) immer fleißig über die Aussagen des Kollegen informierte, unterstrich noch einmal die Aussage des Kompaniechefs und meinte sogar, daß dies ein Befehl sei. Danach mußte der Kollege noch einmal zum Kompaniechef, der das ausgesprochene Verbot wiederholte und dabei bemerkte: **"Ihre Aussage steht gegen die eines Leutnants!"** Er reagierte auch nicht auf die Bitte, einmal die anderen Soldaten zu dieser Sache zu befragen. Damit wurde einem einfachen Mannschaftsdienstgrad nicht die Möglichkeit gegeben, das Gegenteil zu beweisen, sondern der Kompaniechef glaubte auf Anhieb nur einem Offizier.
Am selben Tag wurde der Kollege Selig vom Zugführer als Zugsprecher abgesetzt, weil er "mehr zur anderen Seite hin tendiere". Andere Mannschaftsdienstgrade empörten sich darüber und meinten: "Sie können doch nicht einfach unseren gewählten Vertreter absetzen, da könnten sie ja auch das gleiche mit dem Bundestag machen, wenn der ihnen nicht paßt. . .!" Auch der Vorschlag des Offiziers, einen neuen Zugsprecher zu wählen, wurde von den Mannschaften abgelehnt.
Die meisten der "kleinen" Befehlsempfänger haben in dieser einen Woche den Charakter der Bundeswehr schneller erkannt, als es ein Dutzend "Agitatoren", wie es dem Kollegen Selig vorgeworfen wird, in einem halben Jahr hätte erreichen können. Schon vorher wurde versucht, durch den MAD mit Verhören, Verfolgungen und Fotografieren und durch die Offiziere der Kompanie mit Verhören der anderen Mannschaftsdienstgrade des Zuges und einer Spinddurchsuchung den Kollegen Selig zu bespitzeln und einzuschüchtern. Wir halten es für unsere Pflicht, auf diese Zustände in aller Öffentlichkeit hinzuweisen.
Für die sofortige Zurücknahme der Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch die Kompanieführung!
Für die sofortige Anerkennung des Kollegen Selig als Zugsprecher durch Zug- und Kompanieführung!
Gebilligt und verabschiedet durch die Mannschaftsdienstgrade des 2. Zuges, 16. Kompanie, Fernmelderegiment 33 in Goslar

Kurze Behandlung

Während der Gefechtsausbildung mußten wir eine Sandgrube, die unter feindlichem Beschuß lag, durchqueren. Das hieß: Aufspringen, fünf bis zehn Schritte laufen und in Stellung springen. Dabei rutschte mir die ABC-Tasche, die an meiner linken Seite hing, unbemerkt nach vorn und ich sprang mit meiner linken Leiste voll auf den Filter der Gasmaske. Mit der Zeit tat mir die Leiste und das Marschieren immer mehr weh und abends beim Waschen bemerkte ich, daß sich mein Hoden voll mit Blut gefüllt hatte. Ich ging dann gleich noch abends zum Arzt; dieser handelte die Sache nur per Telefon ab und ich mußte stationär aufgenommen werden. Bis zum nächsten Morgen hatte sich keiner gezwungen gefühlt, sich meine Bescherung einmal anzusehen.
Doch heute morgen ging es auch nicht besser:
Der Arzt kam, schaute sich höchstens fünf Sekunden meinen Hoden an, erkundigte sich noch nach Temperatur und Puls und flutsch war er draußen. Ich sagte dann noch der Schwester, daß ich zum Truppenarzt wollte, da ich schon zwei Leistenbrüche und einen Nabelbruch hatte, aber die Schwester läßt sich seit zwei Stunden auch nicht mehr blicken, zumal sie mindestens zwei Stockwerke zu versorgen hat. Von meinem Irrtum, die Soldaten würden im Krankheitsfall gut gepflegt, damit sie schnell wieder "dem Vaterland dienen" könnten, wurde ich also durch eigene Erfahrung schnell belehrt. Wie die Offiziere behandelt werden, weiß ich noch nicht; bisher habe ich nämlich noch keinen kranken Offizier hier entdeckt. Aber ich kann mir sehr gut vorstellen, daß sie, genauso wie sie beim Essen ihr eigenes Kasino besitzen, auch eine weitaus bessere Behandlung genießen und in einem abgesonderten Flügel liegen.

Flg. Michael Anselmeut
12./LWAUSBRG 3
Roth b. Nürnberg

USA: Immer neue Streiks

In den letzten 2 Jahren mehr Streiks als in den letzten 30 Jahren

Columbus (Ohio) / USA. Hunderte von unprofitablen Betrieben sind in den letzten Monaten geschlossen worden. Besonders betroffen davon sind die ohnehin industrieschwachen Staaten in den ländlichen Gegenden des Mittelwestens. Aber auch in den Industriezentren steigt die Arbeitslosenzahl. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins Time haben z.B. in Suffolk County, N.Y. 40 % aller Bauarbeiter keine Beschäftigung. Bei den Flint-Autowerken in Michigan beträgt die Arbeitslosenzahl 14 %. Am härtesten von dieser Entwicklung betroffen sind wohl die Schwarzen in den Ghettos, unter denen seit 1973 die Arbeitslosigkeit von 9,2 auf 9,9 % gestiegen ist. Insgesamt stieg in den USA im Monat September die Arbeitslosigkeit von 5,4 auf 5,8 %. Mehr als 5 Millionen Amerikaner haben keine Arbeit.

Während Hunderttausende von Arbeitern nicht mehr wissen, wie sie sich und ihre Familien ernähren sollen, klettern die Preise – vor allem für die Grundnahrungsmittel – ins unermeßliche: so seit dem letzten Jahr für Reis um 90 %, Zucker um 130 %, Brot um 27 % und Milch um 20 %.

Gegen diese ungeheuerlichen Angriffe auf ihre Lebensbedingungen haben die amerikanischen Arbeiter und andere Lohnabhängige den Kampf aufgenommen. Gab es im Jahr 1958 noch ganze 15 Streiks, so war die Anzahl der organisierten Arbeitsniederlegungen 1972 bereits auf 375 angestiegen. Nach Mitteilung eines Rundfunksenders in Columbus, Ohio, gab es in den letzten zwei Jahren mehr Streiks als in den vorausgegangenen 30 Jahren. Mitte letzten Monats haben 15 000 Arbeiter der "United Auto Workers" durch einen Streik gegen den Großkapitalisten "American Motors" eine Lohnerhöhung von 19 % erkämpft. Der Streik hatte vorüber gehend die Produktion in den Werken in Milwaukee und Kenosha (Wisconsin) völlig lahmgelegt. Etwa zur gleichen Zeit streikten 320 Angestellte der Universität von Chicago, weil die für die letzten zwei (!) Jahre zugesagte Lohn- und Gehaltserhöhung nicht mal reicht, um auch nur einen Bruchteil der Preissteigerungen aufzufangen (dies war der erste Streik dort seit 1951). In Baltimore sind vor kurzem 4 000 Sanitätsarbeiter, Polizisten und Müllarbeiter in den Streik getreten. Die Lehrer an den Grund- und Hauptschulen in Kansas City haben 5 Wochen lang gegen ihre schlechte Bezahlung und die unzumutbaren Arbeitsbedingungen gestreikt, zum ersten Mal seit 160 Jahren. Wenn am 12. November die Tarifverträge für 120 000 Bergwerksarbeiter auslaufen, wird bereits jetzt mit einem Streik gerechnet, der zur zeitweiligen Stillegung von über 100 Kohlebergwerken führen könnte. Neben einer die Inflation abdeckenden Lohnerhöhung fordert die Gewerkschaft "United Mine Workers" (UMW) vor allem eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ausreichende Sicherheitsvorkehrungen an den Arbeitsplätzen, Sicherheitsinspektoren, das Recht, einen unsicheren (lebensgefährlichen) Arbeitsplatz verlassen zu können, und Lohnfortzahlung bei Krankheit. Die Kohle-Gesellschaften und die Regierung beginnen schon jetzt damit, heftige Angriffe gegen diese berechtigten Forderungen zu führen.

M.K., zur Zeit Columbus (Ohio) USA

Nordirland

Die Revolte der Internierten

Am 15. und 16.10. brach im Internierungslager Long Kesh (Maze Prison) in der Nähe von Belfast ein Aufstand der politischen Gefangenen aus. Aus Protest gegen die unerträglichen Zustände im Lager und gegen die Internierungen überhaupt wurde ein großer Teil der Baracken in Brand gesetzt, und Lagereinrichtungen zerstört.

Auf zwei andere nordirische Internierungslager – Armagh und Magilligan Prison – griff der Aufstand über. In Armagh nahmen die weiblichen Gefangenen (katholische wie protestantische) den Gefängnisdirektor und andere Offiziere als Geiseln, um Vergeltungsmaßnahmen der britischen Armee in Long Kesh zu verhindern. Die Soldaten stürmten jedoch die Lager in Long Kesh und Armagh, wobei sie durch den Einsatz von Gas und Hartgummigeschossen mehrere Gefangene verletzten. In den größeren Städten Nordirlands gingen daraufhin viele Menschen (allerdings fast nur Republikaner, also der katholische Teil) auf die Straße und solidarisierten sich mit den Internierten. In den katholischen Arbeitervierteln wurden Barrikaden aus Bussen und LKWs errichtet und angezündet. In einigen Betrieben kam es zu Streiks der katholischen Arbeiter.

Long Kesh, das Zentrum der Revolte, ist das berüchtigste Internierungslager, das durchaus mit den KZs der Nazi-Zeit zu vergleichen ist. Von den 1 400 dort inhaftierten politischen Gefangenen – die Iren nennen sie "Englands politische Geiseln" – befindet sich etwa die Hälfte in einer Art Vorbeugehaft. Sie wurden beschuldigt, einem der beiden IRA-Flügel bzw. ähnlichen Gruppen auf protestantischer Seite anzugehören und Bomben geworfen zu haben o.ä.. Ohne formelle Anklage und ohne jedes Gerichtsverfahren steckte man sie dann ins Lager.

Über die Situation in Long Kesh berichtete ein Belfaster Arbeiter, der selber 8 Monate dort zubrachte: "Es ist aufgeteilt in einzelne Lager (compounds). Diese sind mit Stacheldraht umgeben, und jedes Lager bestand aus drei Hütten (mit je dreißig Insassen) ... Wir nannten sie Käfige...; man ist wie ein Tier im Zoo, man kann den ganzen Tag nur auf und ab laufen." Die Dächer der Wellblechhütten waren undicht, es regnete durch und der Wind sorgte für ständige "Durchlüftung". "Viele der Internierten waren die ganze Zeit in Long Kesh krank. Brutalität war beinahe eine alltägliche Erscheinung in Long Kesh. Die Soldaten überfielen die Lager – vielleicht um 4 Uhr morgens – und rissen die Leute aus den Betten. Dann fuhren sie fort, die Leute zu demütigen, indem sie sie auszogen und in die Durchsuchungsposition stellten... Sie zerstörten dein persönliches Eigentum... Sie vernichteten deine Lebensmittel, sie stahlen Wertsachen wie Uhren, Feuerzeuge, Ringe. Dann wurde man außerhalb des Lagers gebracht und gegen den Draht gestellt – nur mit Unterwäsche bekleidet, um 4 Uhr morgens, wenn es möglicherweise regnete oder schneite... Die Soldaten (von Wachhunden begleitet) durften dich dann schlagen. Viele Genossen sind gestorben, weil sie medizinisch nicht versorgt wurden."

Mit ihrer Aktion haben die politischen Gefangenen gegen die unerträglichen Zustände in den Lagern und die Notstandsgesetze, mit deren Hilfe der Terror der britischen Armee legalisiert wird, protestiert.

A.F.



Das Bild zeigt englische Wachposten bei der Durchsuchung eines PKW. Das geschieht derzeit in der Bundesrepublik in englischen Kasernen. Die englischen Soldaten werden in der BRD auf ihren Einsatz in Nordirland vorbereitet.



Das Bild zeigt englische Wachposten bei der Durchsuchung eines PKW. Das geschieht derzeit in der Bundesrepublik in englischen Kasernen. Die englischen Soldaten werden in der BRD auf ihren Einsatz in Nordirland vorbereitet.

Sofortige Einreise der chilenischen Flüchtlinge!

Konstanz. Mario Duran Vidal, der heute in Argentinien lebt und über keine Geldmittel mehr verfügt, hat am 16. April die Einreise beantragt, nachdem er auf Betreiben des Chile-Komitees Konstanz eine Stelle an der Universität zugesichert bekommen hat. Heute, fast 6 Monate danach, ist der Antrag immer noch nicht befürwortet. Das ist nicht auf den müden Amtsschimmel zurückzuführen, sondern auf die planmäßige Verzögerungstaktik der Landesregierung und ihrer Büttel in den zuständigen Ämtern.

Zuerst wartete man auf die Richtlinien "zur Behandlung von Chile-Flüchtlingen". Als dieser Vorwand nicht mehr zog, berief man sich auf

regierung und den Innenminister Schieß. Die Landtagsfraktion der SPD hat sich dem breiten Protest in Konstanz angeschlossen und mit ei-

Sofortige Einreise der chilenischen Flüchtlinge!

Konstanz. Mario Duran Vidal, der heute in Argentinien lebt und über keine Geldmittel mehr verfügt, hat am 16. April die Einreise beantragt, nachdem er auf Betreiben des Chile-Komitees Konstanz eine Stelle an der Universität zugesichert bekommen hat. Heute, fast 6 Monate danach, ist der Antrag immer noch nicht befürwortet. Das ist nicht auf den müden Amtsschimmel zurückzuführen, sondern auf die planmäßige Verzögerungstaktik der Landesregierung und ihrer Büttel in den zuständigen Ämtern.

Zuerst wartete man auf die Richtlinien "zur Behandlung von Chile-Flüchtlingen". Als dieser Vorwand nicht mehr zog, berief man sich auf
das Ausländergesetzt. Als auch diese Ausrede verschlissen war, hatten die Herren des Innenministeriums gleich eine neue zur Hand. Es seien nämlich plötzlich politische Bedenken gegen Duran Vidal wachgeworden.

Neben D. Vidal warten weitere Chilenen auf die Einreise: Jean-Luis Arancibia, Alicia Dominguez-Diaz und Benjamin Suarez. Das Chile-Komitee Konstanz hat mit einer Postkartenaktion begonnen, die Öffentlichkeit zu informieren. Die Gremien der Universität Konstanz haben einhellig Stellung bezogen gegen die CDU-Landesregierung und den Innenminister Schieß. Die Landtagsfraktion der SPD hat sich dem breiten Protest in Konstanz angeschlossen und mit ei-ner kleinen Anfrage an die Landesregierung reagiert.

Für viele in Konstanz ist in den letzten Tagen deutlich geworden: Die Landesregierung verfolgt die Überprüfung einzig und allein mit dem Ziel, die Aufnahme der Flüchtlinge zu verhindern. Die Landesregierung zeigt einmal mehr, welche Interessen sie dabei im Auge hat: Das sind die Interessen der faschistischen Junta in Chile, in die die westdeutsche Bourgeoisie großes Vertrauen hat.

–K.F., Konstanz/Red.–

Die Republik Südafrika und die NATO

Die Imperialisten wollen die SAR zur Festung ausbauen, sie wollen sich von der SAR aus die Verfügung über die Naturreichtümer im ganzen südlichen Afrika sichern. Zugleich wollen sie die Kontrolle des Indischen Ozeans und des Atlantiks aufrechterhalten. Diesen Zielen dient zum Beispiel auch das Manöver, das britische Marineeinheiten jetzt vor der Küste Südwestafrikas durchführen. Diesen Zielen dient die Anwerbung von weißen Söldnern, die, wie die Süddeutsche Zeitung kürzlich schrieb, für ein Monatsgehalt von 4 000 DM in Angola gegen die Streitkräfte der Befreiungsbewegungen eingesetzt werden sollen: In Angola wird ein weißer Separatstaat angestrebt, das zeigt diese Meldung.

Dieser Ausbau Südafrikas geschieht in der Folge einer NATO-Studie von 1972, die jetzt in einem UNO-Bericht zum ersten Mal zur Sprache kam. In der Studie werden Überlegungen angestellt, die NATO auch auf diesen Teil der Welt auszudehnen, durch Aufnahme von Südafrika. Das Seemanöver der britischen Marine zeigt, daß keineswegs die Imperialisten von diesen Zielen Abstand genommen haben, wenngleich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Berkhan, auf Anfrage im Bundestag am 11. Juni 1974 solche Absichten dementierte.

Der UNO-Bericht wird vollständig veröffentlicht in: "blätter des iz3w" Nr. 38. Zu beziehen über: Aktion Dritte Welt e.V. IZ3W, 78 Freiburg, Postfach 5328.

CIA von Athen in den Iran

Die CIA, der amerikanische Geheimdienst, der Feind der Völker der Welt, diese Verbrecherorganisation, hat ihr Hauptquartier für das östliche Mittelmeer und den Nahen und Mittleren Osten von Athen in den Iran verlegt. In Athen, wo nach dem Sturz der Junta viele Spitzel und Agenten dieser Organisation von den Massen schonungslos entlarvt worden waren, ist diesen Söldnern und Groschenjungs des amerikanischen Kapitals der Boden zu heiß geworden. Am arabischen Golf wird das aber nicht anders sein. Die Völker dort sind auf die verstärkten Aktivitäten dieser Organisation vorbereitet. Das beweist zum Beispiel die Zeitung der PFLO, der Volksbefreiungsfront für den Oman, Saut Althaura. Dieser Zeitung entnahmen wir unsere Meldung.

hat ihr Hauptquartier für das östliche Mittelmeer und den Nahen und Mittleren Osten von Athen in den Iran verlegt. In Athen, wo nach dem Sturz der Junta viele Spitzel und Agenten dieser Organisation von den Massen schonungslos entlarvt worden waren, ist diesen Söldnern und Groschenjungs des amerikanischen Kapitals der Boden zu heiß geworden. Am arabischen Golf wird das aber nicht anders sein. Die Völker dort sind auf die verstärkten Aktivitäten dieser Organisation vorbereitet. Das beweist zum Beispiel die Zeitung der PFLO, der Volksbefreiungsfront für den Oman, Saut Althaura. Dieser Zeitung entnahmen wir unsere Meldung.

Der Sturz des Thieu-Regimes ist nicht aufzuhalten

Die Front, die den Rücktritt Thieus fordert, wird immer breiter. Am 20. Oktober stürmten 700 Demonstranten das Parlament und lieferten der Polizei ein Gefecht. Thieu hat inzwischen reagiert und vier Minister sowie eine Reihe von Offizieren entlassen. Die US-Imperialisten suchen in den Kulissen nach einem neuen Mann. Die Provisorische Revolutionäre Regierung von Südvietnam hat zum Sturz des Thieu-Regimes aufgefordert.

Die Zeiten der Mitte-Links-Koalition sind vorbei

Italien: Der Bürgerblock will die Macht noch nicht mit den Revisionisten teilen

Am 14. Oktober hat der Präsident der italienischen Christdemokraten, Fanfani, den Auftrag erhalten, eine neue Regierung zu bilden. Fanfani wurde als der "starke Mann" in den Zeitungen präsentiert: "Fanfani oder Neuwahlen" hieß es. 12 Tage später gab Fanfani seinen Auftrag zurück, er war gescheitert. Eine Erneuerung der Mitte-Links-Koalition war nicht erreichbar und wie die Dinge stehen, ist eine solche Regierungskoalition nicht mehr möglich. Das läßt sich zeigen an folgendem Vorgang:

Die linkssozialdemokratisch orientierte PSI hat in Rom im Stadtparlament zusammen mit der revisionistischen KPI eine sogenannte Volksfrontkoalition gebildet und den Magistrat übernommen. Vorher wurde die Stadt Rom von einer Mitte-Links-Koalition regiert. Fanfani und die rechtssozialdemokratisch orientierte PSDI forderte von der PSI, den in Rom gemachten Schritt zurückzunehmen, wenn es zu einer Neuauflage des alten Regierungsbündnisses kommen soll. Die Ablehnung der PSI ist bedeutsam, weil sie nämlich zeigt, in welche politischen Schwierigkeiten die Bourgeoisie inzwischen geraten ist. Diese Schwierigkeiten sind so, daß sie in absehbarer Zeit nicht lösbar sind ohne eine Regierung, die tatsächlich unter den Massen eine soziale Basis hat. Eine solche Regierung ist heute nur möglich unter Beteiligung der revisionistischen KPI. Darauf zielt die Taktik der PSI ab. Und die KPI selber ist auch bereit, den Schritt zu tun, sie drängt zu Macht, verzichtet sogar in dieser günstigen Lage auf Neuwahlen. Die Christdemokraten und der ganze bürgerliche Block von den rechten Sozialdemokraten bis zu den Republikanern und den Liberalen sehen die KPI aber lieber in der Opposition.

Der Grund ist einfach, denn abgesehen von dem ungeklärten Verhältnis der KPI zur UdSSR auf der einen und zur NATO auf der anderen Seite – kommt die KPI in die Regierung, dann muß sich die Bourgeoisie auf einen Reformkurs festlegen lassen. Reformen aber will heute aus dem Bürgerblock keine Partei.

Sie wollen die wirtschaftliche Krise gerade über das Senken der Löhne und die Verminderung der staatlichen Ausgaben im sozialen Bereich in den Griff bekommen. Das aber durchzusetzen gegen die Revisionisten und Reformisten, dazu ist der Bürgerblock zu schwach.

Mit Fug und Recht kann man also feststellen, daß die Bourgeoisie abgewirtschaftet hat, daß sie nicht mehr kann. Genauso aber muß man festhalten, daß die Arbeiterklasse und das Volk noch nicht können. Sie können noch nicht vorangehen in Richtung auf den Sozialismus, weil die Revisionisten sie daran hindern und sie stattdessen auf Reformen und auf das Parlament festlegen wollen. Es gibt derzeit kein revolutionäres Programm der Arbeiterklasse in Italien, auf dem sie vereint werden könnte und mit dem ihre Aktionen ausgerichtet werden könnten auf das gemeinsame Ziel: den Sozialismus.

So haben wir den Zustand, daß die Arbeiterklasse in Italien gegenwärtig die wirtschaftlichen Kämpfe mit großer Heftigkeit führt, daß aber diese Kämpfe politisch nicht umgesetzt werden können als Hebel, an die sozialistische Revolution heranzukommen. Das zeigt sich zum Beispiel bei FIAT-Turin, wo die Belegschaft gegen Kurzarbeit und Entlassungen kämpft, das zeigt sich in der gesamten Metallindustrie, wo reihenweise Streiks durchgeführt werden für eine monatliche Teuerungszulage von 80 DM. – Und das zeigt sich in Aktionen wie zum Beispiel der "Aktion ziviler Ungehorsam", die sich in Mailand ungeheuer schnell verbreitete und einen Sieg über den Stadtrat errang, indem sie ihn zur Rücknahme von Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr zwang durch eine breite Boykottaktion.

Bundeswehr und BND unterstützen Neofaschisten

Auf der anderen Seite formieren sich die Faschisten. Wie man liest, wächst die Unterstützung, die sie von der italienischen Bourgeoisie genießen, ebenso wie von verschiedenen imperialistischen Staaten. Seit 1970 haben sie eine Reihe von Putschversuchen unternommen. Ihr wichtigster Verbindungsmann war dabei der Chef der italienischen Spionageabwehr SID, General Vito Meceli. Das geht aus einem Bericht des sich noch im Amt befindlichen Verteidigungsministers Andreotti hervor. Wie die Frankfurter Rundschau am vergangenen Samstag (26.10.) berichtete, haben die Faschisten Unterstützung erhalten von der Bundeswehr und von dem westdeutschen Geheimdienst BND.

So sollen die Führer der Neofaschisten, Guido Giammettini und Pino Rauti im September 1969 an einer Ausbildung der Bundeswehrschule für psychologische Kampfführung in Euskirchen teilgenommen haben. Ziel der Ausbildung an dieser Schule ist, die Soldaten auf subversive Tätigkeiten vorzubereiten, wie Durchführung von Flugblattverteilen, Sabotage- und Terroraktionen. Der BND schließlich wird in Verbindung gebracht mit dem Mord an Calabresi, einem Kriminalkommissar, der 1972 ein Waffenarsenal der Neofaschisten aufgespürt hatte. Kurz darauf wurde er ermordet. Sein Mörder soll Gianni Nardi sein, von dem behauptet wird, daß er Agent des BND sei (vergleiche FR, 26.10.).

Der Komplex ist inzwischen Gegenstand einer Anfrage im Bundestag. Wie die Antworten auch immer lauten mögen, die Bourgeoisie hat den Faschismus in Italien als Möglichkeit zur Überwindung ihrer Krise ins Auge gefaßt. Das wird daran deutlich.

–g.j.–

Frankreich: Bei Arbeitslosigkeit soll in Zukunft der Lohn ein Jahr weitergezahlt werden

Der französische Arbeitgeberverband CNPF und die Gewerkschaften haben Mitte des Monats eine Vereinbarung getroffen, die im Fall der Arbeitslosigkeit die Fortzahlung von 90 % des Bruttolohns bis zu einem Jahr vorsieht. Die französische Tageszeitung Le Monde schreibt, daß die an den Arbeitslosen gezahlten Beträge dem Nettolohn entsprechen, so daß er zwar keine Lohneinbuße habe, daß von diesem Geld aber die Beiträge zur Krankenversicherung gezahlt werden müssen. Diese Regelung ist ein Erfolg der französischen Arbeiterklasse sowohl national als auch im internationalen Vergleich. Die Vereinbarung ist ein Spiegel der Stärke der französischen Arbeiterklasse.

Einschränkend sind jedoch eine ganze Reihe von Schikanen festzuhalten, die ebenfalls zur Geltung kommen. Die Bewilligung erstreckt sich immer nur auf drei Monate, der Arbeitslose muß die Verlängerung beantragen bei einer Kommission, die seinen Fall überprüft. Gezahlt wird die Unterstützung nur, wenn der Arbeiter bei den Arbeitsämtern eingeschrieben ist und ihm von den Ämtern keine einzige Stelle oder ein Umschulungslehrgang angeboten wurde. Außerdem darf der Arbeiter nicht älter als 60 Jahre sein. Über 60-jährige müssen in Rente gehen, wenn sie arbeitslos werden, oder auf die Unterstützung verzichten. Das ist besonders schlimm, denn die Renten sind in Frankreich sehr niedrig.

Die GRUNK muß in die UNO!

Die Imperialisten werden die Völker nicht täuschen können / Resolutionen verabschieden!

Am 20. Oktober 1974 forderten 21 UNO-Mitgliedstaaten, unter ihnen Großbritannien, Japan und Indonesien, anstelle der Behandlung der Frage der Aufnahme der GRUNK und des Hinauswurfs des Lon-Nol-Regimes aus der UNO "Friedensverhandlungen zwischen den beiden kambodschanischen Konfliktparteien" (nach: Neue Züricher Zeitung vom 21. Oktober).

Dieser Vorschlag, den diese Vasallen der US-Regierung einbrachten, ist das einzige, was der US-Regierung bleibt, nachdem ihr verbrecherischer Anschlag auf die Souveränität Kambodschas und der Versuch, dort über das Lon-Nol-Regime die Macht zu übernehmen, gescheitert ist. Tatsächlich gibt es keine zwei kambodschanischen Konfliktparteien, es gibt auch keinen Bürgerkrieg. Auf der einen Seite steht das kambodschanische Volk unter Führung seiner rechtmäßigen Regierung GRUNK. Auf der anderen Seite stehen die US-Imperialisten und die von ihnen zur Täuschung der Weltöffentlichkeit gekaufte Verbrecherbande um Lon Nol.

Aber genausowenig wie jemand auf die Idee käme, mit einem Räuber um den Inhalt seiner Brieftasche zu verhandeln, nachdem er ihn verprügelt und zurückgestoßen hat, genausowenig denkt das kambodschanische Volk daran, dem Räuber USA durch Verhandlungen eine Tür nach Kambodscha zu öffnen.

Sihanouk, Staatschef der rechtmäßigen Regierung des kambodschanischen Volkes, der GRUNK, hat dementsprechend geantwortet: "Die 'Roten Khmer' werden nie auf die Legitimität ihres Staates verzichten und mit einem Trugbild von Republik verhandeln, das vom kambodschanischen Volk verabscheut, zurückgewiesen und bekämpft wird." (Neue Züricher Zeitung vom 21. Oktober) Das kambodschanische Volk will nichts lieber als Frieden, aber Frieden von den imperialistischen Räubern, und den wird es erst haben, wenn es diese vollständig aus dem Land geworfen hat. Die US-Regierung kontrolliert in Kambodscha selbst nichts mehr, sie unterhält nur noch eine Festung in Phnom Penh und einigen Orten im Land. Diese benutzt sie als Erpressungsmittel für Verhandlungen. Die Aufnahme der GRUNK in die UNO würde ihr jede Möglichkeit rauben, weiterhin Phnom Penh besetzt zu halten. Das will sie verhindern, um ein weiteres Jahr Zeit für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen.

Um das zu verhindern, führt die GRUNK jetzt den Kampf um die Aufnahme in die UNO. Wir müssen sie dabei dadurch unterstützen, daß wir auch die Bundesregierung zwingen, die Rechtmäßigkeit der GRUNK durch ihre Anerkennung zu respektieren und ihre Unterstützung für die bestochene Verbrecherbande um Lon Nol aufzugeben.

Die folgende Resolution haben elf Indochina-Komitees verabschiedet. Wir veröffentlichen sie in Auszügen. Darin werden alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen aufgefordert, Resolutionen dieser Art in Versammlungen, Schulen, Gewerkschaften, Veranstaltungen usw. einzubringen und sie dann an die Bundesregierung und die GRUNK zu senden. Weiterleitung über Indochina-Komitee Heidelberg, M. Linke, 69 Heidelberg, Werderstr.8; oder direkt an die Mission der GRUNK, 2 Place de Barcelone, 75016 Paris, Frankreich.

"In der laufenden 29. Vollversammlung der UNO wird über die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) in den Vereinten Nationen und den Ausschluß des Lon-Nol-Regimes entschieden werden, das gegenwärtig die Vertretung Kambodschas in der UNO unrechtmäßig ausübt.

Die GRUNK ist die einzig rechtmäßige Regierung des kambodschanischen Volkes. Sie wurde 1970 gebildet, nachdem die frühere Regierung Sihanouk durch einen vom amerikanischen Geheimdienst CIA organisierten Putsch gestürzt wurde und dadurch die Gruppe um Lon Nol an die Macht gekommen war.

Gegen den Widerstand des kambodschanischen Volkes konnte dieses Regime schon nach wenigen Wochen seine Herrschaft nur noch in einigen Teilen des Landes allein durch den Einmarsch amerikanischer und südvietnamesischer Truppen aufrechterhalten. Die GRUNK regiert heute über 90 % des Landes.

(...)

Bereits 62 Staaten haben die GRUNK anerkannt und damit die Einmischung der US-Regierung in Kambodscha verurteilt. Die Bundesregierung verweigert bisher die Anerkennung der GRUNK und wendet sich gegen die Wiederherstellung der legitimen Rechte der GRUNK in der UNO. Damit nimmt sie selbst eine feindliche Haltung gegen das kambodschanische Volk ein.

Wir fordern:

Schluß mit der fortgesetzten Einmischung der USA in Kambodscha!

Anerkennung der GRUNK als rechtmäßiger Regierung des kambodschanischen Volkes durch die Bundesregierung!

Unterstützung der Wiederherstellung der legitimen Rechte der GRUNK in der UNO durch die Bundesregierung!

In einer Reihe westdeutscher Städte wurden Geldsammlungen zur Unterstützung der GRUNK mit der Begründung verboten, daß der Kampf des kambodschanischen Volkes den Weltfrieden störe und deshalb seine Unterstützung verfassungswidrig sei.

Wir wenden uns gegen die Verdrehung der Tatsache, daß die USA der Aggressor in Kambodscha sind und nach wie vor gegen die Erfüllung des Pariser Friedensabkommen verstoßen."

ISRAEL: Die Mauern sind brüchig geworden

Ein Jahr nach dem Oktoberkrieg ist Israel international isoliert. Innenpolitisch hat der Kampf der Palästinenser und die wirtschaftliche Krise die Substanz des zionistischen Staates angegriffen: Die Sicherheitsdoktrin, die auf der militärischen und zivilisatorischen Überlegenheit der Zionisten und auf der ständigen Expansion gegenüber den arabischen Völkern basiert, ist ins Wanken geraten. Den ersten Schlag hat sie im Oktoberkrieg selbst bekommen, als unter den Angriffen der arabischen Armeen und der palästinensischen Widerstandsorganisationen die israelischen Truppen erhebliche Verluste erlitten.

Dann haben die Militäroperationen der Fedayyin im Inneren Israels immer weiter den Glauben an die israelische Militärmaschine bei der eigenen Bevölkerung unterhöhlt.

Der Ausweg des Zionismus aus den politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist in der Vergangenheit immer ein neuer Krieg gewesen. In letzter Zeit deuten immer mehr Anzeichen darauf hin, daß in Israel umfangreiche militärische Vorbereitungen im Gange sind: Große Waffenkäufe im letzten September in den USA; allgemeine Mobilmachung Anfang Oktober; die Reservisten, die damals einberufen worden sind, sind noch nicht an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Ministerpräsident Rabin sagte es dann auch ganz offen Mitte Oktober:

"Ein Präventivkrieg gegen Ägypten und Syrien ist nicht ausgeschlossen." (al-Hurriya vom 14. Oktober)

In den 26 Jahren seit seinem Bestehen hat Israel immer wieder "Präventivkriege" gegen die arabischen Völker geführt. Die Kosten für diese Kriege muß das israelische Volk tragen. Von 1959 bis 1974 ist der Militärhaushalt um das 64-fache gestiegen, von 151,9 Millionen DM auf 13,8 Milliarden – die höchste Steigerungsrate der Welt. Für 1974/75 ist eine weitere Erhöhung der militärischen Ausgaben um 50 % vorgesehen.

Die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechtern sich zunehmend. Schon die ersten Zwangskriegsanleihen, die die Regierung erhob, um die Anfangskosten des Oktoberkrieges zu decken, brachten eine Vermehrung der Steuerlast des Einzelnen um 35 % mit sich. Die Inflationsrate beträgt zur Zeit 38 %. Die Preise der Grundnahrungsmittel Brot, Zucker, Milch und Reis sind auf das zwei- bis dreifache gestiegen. Ebenso der Mehlpreis. Die Transportkosten sind um 50 % gestiegen. Dies bei einem faktischen Lohnstop seitens der Regierung, den auch die zionistische Einheitsgewerkschaft Histadruth unterstützt, was schon zu mehreren gegen Staat und Gewerkschaft gerichteten Streiks geführt hat.

Die Auslandsverschuldung Israels beträgt allein in diesem Jahr 6 Milliarden Dollar. Die Rate, die der israelische Staat an seine Schuldner – an erster Stelle die USA und die Bundesrepublik – in diesem Jahr zahlen muß, beträgt 600 Millionen Dollar. 46 % des gesamten Staatshaushaltes von 74/75 stammen aus ausländischen Quellen (USA, Bundesrepublik und Spenden jüdischer Bürger im Ausland). Allein ein Drittel der gesamten "Auslandshilfe" der USA geht an Israel!

Aus eigener Kraft ist der zionistische Staat also überhaupt nicht lebensfähig. Israel hat nur Bestand, weil die Imperialisten es als Stützpunkt und Kontrolleur in diesem Teil der Welt brauchen. Aber die Festung Israel, die sich der Imperialismus gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker zur Verteidigung seiner Interessen aufgebaut und bis an die Zähne bewaffnet hat, ist brüchig geworden. Die Mauern sind morsch, und sie werden fallen unter den weiteren Schlägen, die ihr von den arabischen Völkern und besonders von dem palästinensischen Volk im Kampf um Selbständigkeit und Unabhängigkeit versetzt werden.

G.B./Nidal

Ein Fleischgeschenk für die chilenische Junta

Obwohl die offiziellen Stellen immer sagen, daß die faschistische Junta in Chile nicht unterstützt wird – das sind Lügen! Am 17.10. wurde auf dem Schiff AUNIS am Kai vor Schuppen 83 eine große Fleischladung nach Valparaiso/Chile verladen. Das Fleisch war ursprünglich Bestandteil der sogenannten Notreserve der Bundesrepublik. Es ist aus Steuergeldern gekauft worden. Jetzt wird es der faschistischen Junta geschenkt.

Auf die Kartons wurden extra folgende Zettel aufgeklebt:



Gift of the Federal Republic of Germany No commercial goods

In deutsch: "Geschenk der Bundesrepublik Deutschland – keine Handelsware".

Nun hätten die westdeutschen Arbeiter oder die anderen Lohnabhängigen bestimmt nichts dagegen, wenn den Arbeitern und Bauern in Chile dieses Fleisch geschenkt wird, denn die wirtschaftliche Lage ist dort verheerend. Das Volk hungert dort, es kann sich aber nicht wehren. Zum Beispiel ist es verboten zu streiken oder Demonstrationen zu organisieren.

Dieses Fleisch aber geht direkt an die Junta, die natürlich kein Interesse daran hat, die Lage des Volkes zu verbessern, die aber ein Interesse daran hat, ihre Soldaten, Polizisten und Geheimpolizei gut zu versorgen. Dies wird durch diese Fleischsendung gut möglich sein. – Daran haben aber die westdeutschen Arbeiter überhaupt kein Interesse.

Deshalb ist es richtig zu fordern:

Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!

–L., Hamburg–

Zu den „Iran-Wochen"

Für die Agitation und Propaganda gegen die westdeutsche Bourgeoisie nutzen

In den nächsten Wochen finden in Bonn/Köln, in Hamburg und München Iran-Wochen statt. Der Iran ist ein Land der Dritten Welt. Das iranische Volk wird ausgebeutet und unterdrückt durch den Imperialismus. Die beiden Supermächte, wie auch die imperialistischen Staaten Europas, vor allem die Bundesrepublik, möchten Kontrolle über den Iran ausüben. Die beiden Supermächte rivalisieren um diese Kontrolle, und die imperialistischen Staaten Europas versuchen ebenfalls Einfluß auf den Iran auszuüben.

Im Iran herrscht ein halbfeudales Regime, das in scharfer Ausbeutung und Unterdrückung nach innen den Kapitalismus aufzubauen versucht und das am Golf selbst nach Expansion strebt, seine Soldaten gegen die Befreiungsbewegung von Oman (PFLO) einsetzt und versucht, sein Herrschaftsgebiet auszudehnen. International spielt der Iran eine zwiespältige Rolle: Immer häufiger reiht sich der Iran ein in die gemeinsame Front der Ländern der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemoniestreben, ist aber noch stark vom US-Imperialismus abhängig. **Das Schahregime ist ein halbfeudales, nach innen reaktionäres Regime, aber der Iran ist ein Land der Dritten Welt.** Als solches Land steht es in Widerspruch zu Imperialismus und Hegemoniestreben, und dieser Widerspruch spiegelt sich auch in der auswärtigen Politik des Schah-Regimes wieder. Wenn der Iran in der UNO für die PLO oder für die 200-Meilen-Zone stimmt, ist das gut und nicht schlecht. Die Bundesrepublik tut dies nicht.

Gleichzeitig möchte der Schah gern anerkanntes Mitglied der amerikanisch-westeuropäischen Hochfinanz werden. Dementsprechend investiert er in europäischen Konzernen wie z.B. dem Krupp-Konzern. Das ergibt für das westdeutsche Kapital lukrative Geschäftsmöglichkeiten. Es arbeitet mit dem Schah-Regime bei ganz bestimmter Projekte im Iran zusammen, wodurch es immer stärker im Iran Fuß faßt. Gleichzeitig beteiligt es iranisches Kapital hier in Westdeutschland, wodurch der Schah Miteigentümer europäischer Konzerne wird, über die aber nach wie vor die alten Konzernherren verfügen. Die Iran-Wochen in Westdeutschland sind nichts anderes als Ausdruck dieser Beziehungen, und sie dienen dazu, diese Beziehungen weiter auszubauen.

In dieser Lage werden wir die Iran-Wochen zum Anlaß nehmen, die Widersprüche der Länder der Dritten Welt gegen den Imperialismus und das Hegemoniestreben darzulegen, die Interessen der internationalen Arbeiterklasse gegenüber diesen Widersprüchen zu bestimmen und die wirklichen Verhältnisse zu entlarven. Entscheidend ist, daß wir dabei von einem richtigen Standpunkt ausgehen und dementsprechend unser Vorgehen festlegen.

Westdeutschland ist ein imperialistischer Staat, aber keine Supermacht; daraus ergeben sich die Aufgaben der westdeutschen Arbeiterklasse: Beseitigung der Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie. Dies ist auch die Hauptstoßrichtung unserer Stellungnahme gegen die Iran-Wochen in einigen Städten der Bundesrepublik. Zweifellos muß das iranische Volk die Herrschaft des Schah-Regimes im Iran beseitigen, um den Widerspruch zwischen einem Land der Dritten Welt und dem Imperialismus und dessen Hegemoniestreben wirklich konsequent zum Austrag zu bringen. Mit diesem Kampf sind wir voll und ganz solidarisch, und die Solidarität der westdeutschen Arbeiterklasse mit den iranischen Arbeitern und Bauern wird sich in dem Maße steigern, wie sich dieser Kampf selber entwickelt. Dies ändert nichts daran: Wenn in der Bundesrepublik Iran-Wochen stattfinden, wenden wir uns weniger gegen die Gäste, die Vertreter des halbfeudalen Schah-Regimes und ihre treibhausmäßig herangezüchteten iranischen Bourgeoisie, und mehr und vor allem gegen die Gastgeber, den westdeutschen imperialistischen Staat und die westdeutsche Kapitalistenklasse. Die sind die schlimmsten Feinde der internationalen Arbeiterbewegung und der Völker der Welt.

Daraus folgt, daß wir die Iran-Wochen in erster Linie für die Agitation und Propaganda nutzen gegen die westdeutsche Bourgeoisie und nicht für moralisch geprägte spektakuläre Aktionen mit der Hauptstoßrichtung gegen die Anwesenheit von Vertretern des Schah-Regimes. Dies halten wir hier fest, weil sowohl in Westdeutschland lebende Iraner als auch einzelne westdeutsche Organisationen vielleicht anderer Ansicht sein werden. Wir können uns ihrer Ansicht jedoch nicht anschließen.

Joscha Schmierer

Neue Angriffe in Oman

Die Armee des Iran eröffnet eine neue Offensive gegen das Volk von Oman

Seit Anfang Oktober sind die befreiten Gebiete des südarabischen Sultanats Oman erneut massiven Angriffen ausgesetzt. Nach einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 8.10.1974 hat der omanische Sultan Quabus neue Waffenlieferungsverträge mit Großbritannien im Werte von einer halben Milliarde Mark abgeschlossen. Es wird dort weiter berichtet, daß er mit Militärhilfe aus Saudi-Arabien, Jordanien, dem Iran und von britischer Seite "eine Offensive gegen die von den Rebellen beherrschten Gebiete in der Provinz Dhofar begonnen" habe. Inzwischen hat die PFLO (Volksfront für die Befreiung Omans) in einem Kommunique genauere Angaben gemacht:

"Die Zahl der iranischen Truppen in Oman beträgt jetzt 11 000, die ausschließlich dem iranischen Oberkommando unterstehen und in ihren Beschlüssen von der omanischen Führung abhängig sind. Sie operieren jedoch in voller Übereinstimmung mit dem britischen Oberkommando. Weiterhin befinden sich dort 6 000 jordanische Militärs, zusätzlich zu dem Söldnerheer des Sultans, das 11 000 Soldaten umfaßt und unter britischer Führung steht. (Nach SZ vom 8.10. 300 britische Offiziere und Unteroffiziere)"

Es geht weiter aus dem Kommunique hervor, daß massive Landeoperationen mit Hubschraubereinheiten stattgefunden haben. Gleichzeitig bombardieren Kampfbomber die Wohngebiete der Zivilbevölkerung in den befreiten Gebieten.

(Die PFLO, Volksbefreiungsfront für den Oman, hieß früher PFLOAG, Volksbefreiungsfront für Oman und den arabischen Golf. Auf dem 2. Kongreß der PFLOAG, der kürzlich stattfand, wurde sie aufgelöst zugunsten nationaler Organisationen.)

Wenn wir uns die Kräfte auf beiden Seiten vor Augen führen – 28 000 bewaffnete Söldner gegen 200 000 Menschen in Dhofar ohne ausreichende Nahrung und Versorgung – wird klar, wie schwierig die gegenwärtige Lage für das um seine Freiheit kämpfende Volk von Oman ist. "Diese erneute iranische Invasion ist dadurch gekennzeichnet, daß sie an Umfang und Form alle anderen übertrifft, sei es die der britischen Eliteeinheiten vom Oktober/November 1970, sei es die iranische Invasion vom Dezember 1973 in ihrem Anfangsstadium. **Die befreiten Gebiete im südlichen Oman erleben jetzt brutale militärische Angriffe, denen sich die mutigen Gewehre der Miliz und aller Menschen entgegenstellen."** (Kommunique der PFLO, übersetzt aus der Libanesischen Wochenzeitung Al Hurrya vom 8.10.74)

Was durch jahrelange Hungerblockade, durch die Invasion iranischer Truppen im Dezember 1973 nicht erreicht werden konnte, soll nun endlich durchgesetzt werden: die Ausrottung allen Lebens in den befreiten Gebieten von Oman, um den Kampf des Volkes gegen feudale und koloniale Ausbeutung und Unterdrückung sowie gegen fremde Aggressionen ein Ende zu bereiten.

Diese völkermörderischen Bestrebungen müssen sofort breit ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Alle Freunde und Genossen, die mit zum großen Erfolg der Oman-Solidaritätsaktionen im Frühsommer dieses Jahres beigetragen haben, sind aufgefordert, ihre Aktivitäten wieder aufzunehmen. Das Wichtigste ist im Augenblick die Durchbrechung der Informationssperre. Die breite öffentliche Empörung ist das gegenwärtig wichtigste Mittel, um zur Verhinderung des Völkermords in Oman in die Waagschale zu werfen können.

U.T.

Munition für Truppen des Iran aus Bundeswehr-Lagern

Oldenburg. Seit einiger Zeit kann man auf dem Fliegerhorst Oldenburg häufiger persische Transportmaschinen beobachten. Diese Maschinen laden Munition. Laut Information aus Offizierskreisen sind dies nicht die einzigen Maschinen. Auch auf anderen westdeutschen Flugplätzen landen diese Transporter. Man fragt sich natürlich, wofür diese Munition bestimmt ist. Persien führt seit dem Dezember 1973 einen blutigen Unterdrückungsfeldzug in der Provinz Dhofar des südarabischen Sultanats Oman. Hieran sind mindestens 28 000 Soldaten beteiligt. Es ist also für diesen blutigen Krieg, wofür die persische Luftwaffe die Munition abholt.

Wir fordern: Schluß mit allen Waffenlieferungen der Bundesregierung an Persien!

R.F., Oldenburg

„Kann noch trinken, hoch die Tassen..."
Kritik der bürgerlichen Popmusik

In den letzten Ausgaben der KVZ waren Artikel über Popmusik und Diskotheken zu lesen. Die Popmusik wurde als eine Musik charakterisiert, die uns von der Beschäftigung mit unseren Problemen und vom Klassenkampf weghalten soll. In letzter Zeit jedoch hört man neben dieser unpolitischen Schlagermusik auch Protestlieder im Radio; es wird "Gesellschaftskritik" geübt. Ist das nicht ein Widerspruch zur Funktion der Popmusik? Oder was für eine Funktion erfüllen diese "Protestsänger"?

Die Welle der Protestmusik war zuerst in den USA zu hören. Interpreten wie Bob Dylan oder Joan Baez kritisierten in ihren Liedern den Vietnamkrieg oder Armut und Elend in der Welt. Sie fanden breite Zuhörerschaft unter Leuten, die unzufrieden waren mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich unbewußt gegen den Kapitalismus auflehnten. Doch die Lieder schafften nicht das fehlende Bewußtsein. Sie propagierten nicht den Klassenkampf, richteten sich nicht gegen die herrschende Klasse, sondern besangen die Schlechtigkeit der Menschen schlechthin, oder richteten sich nur gegen einzelne Politiker. So singt z. B. Bob Dylan in seinem Lied: "Blowing in the wind":

"Wieviele Ohren muß ein Mann haben, bevor er hört,
wie die Leute schrein? . . .
Wieoft kann ein Mann sich wegdrehen, und so tun,
als ob er nichts sieht" . . .
Die Antwort, meine Freunde weht im Wind."

Dieses Lied, das sich gegen den Korea- und Vietnamkrieg richtet, prangert nicht den Imperialismus an, dessen notwendiges Produkt diese Kriege sind, sondern kritisiert "einen Mann". Zum Schluß wird sogar gesagt, daß die Antwort im Wind läge, daß man sich schon damit abfinden müsse.

Es liegt auf der Hand, daß diese "Protestlieder", die nicht kämpfen, sondern trauern, der Bourgeoisie einen hervorragenden Dienst leisten. Sie lenken die Empörung der Massen über die Misere in allen Bereichen der Gesellschaft auf eine bürgerliche Linie und schwächen somit den Kampf gegen die Ursachen dieser Misere, den Kapitalismus.

Kein Wunder also, daß auch in Westdeutschland, wo im Laufe der letzten Jahre die Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft der Massen gewachsen ist, immer mehr "Protestsänger" auf der Bildfläche erscheinen. Als Beispiel sei hier ein Lied von "Inga & Wolf" erwähnt, das die Leiden eines armen Mädchen, das Streichhölzer verkaufen muß, besingt:

". . . und ließ sie mit ihrer Armut allein.
Vorm Lichterbaum sang man in jedem Haus,
sprach dann ein Gebet für die Armen dazu,
man packte allerorten Geschenke aus,
ihr fielen die tränenden Augen zu . . .
Und morgen wird wieder so ein Mädchen geboren,
das "Kauft Zündhölzer" ruft,
doch auch das hört man nicht!"

Auch hier wieder die Masche, die wahre Ursache der Armut zu vertuschen, nämlich, daß es wenige Leute gibt, die alles besitzen und die der großen Mehrheit gerade das geben, was zum Leben unbedingt nötig ist und in Profitkrisenzeiten nicht einmal das. Das wird verschwiegen. Nicht der Kapitalismus wird angeprangert, der Massenarmut ja hervortreibt, sondern die schlechten Menschen, die dem armen Mädchen nicht helfen wollen. Auch hier der Trick, unsere Unzufriedenheit gegen uns selbst zu wenden ("ach ja, wir sind ja so kaltherzig"), anstatt den Klassenkampf zu propagieren.

Was können wir aus dem Vorhandensein und dem Erfolg dieser bürgerlichen Protestmusik lernen?

Zum einen zeigt gerade die Beliebtheit solcher Sänger wie Dylan, Hannes Wader, Inga & Wolf doch, daß eine breite Empörung über die ungerechten Verhältnisse, in denen wir leben, im Volk vorhanden ist, denn wenn man zufrieden ist, hört man sich solch ein "Gemeckere" doch nicht an.

Zum anderen aber zeigt der Erfolg die große Vormacht der Bourgeoisie auf kulturellem Gebiet. Er zeigt die Notwendigkeit für uns, eine eigene revolutionäre Kultur aufzubauen, die der bürgerlichen Resignationskultur ganz klar die Perspektive gegenüberstellt: Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

–A.F., Schüler (Symp.), Hamburg–

‚Wie die andern mit ihrem Geld auskommen'

In der Augustausgabe der Zeitschrift "Eltern – Die Zeitschrift für die schönsten Jahre des Lebens" sind die Haushaltsbücher von 7 Familien abgedruckt. Unter der Überschrift "Wie die anderen mit ihrem Geld auskommen" wird ausgeführt, daß alles teurer wird. "Eltern" gibt ein paar "Tricks" an, wie man mit dem Geld über die Runden kommt.

Es werden die Haushaltspläne von 3 Familien mit einem Kind, 3 mit 2 Kindern und einer mit 3 Kindern veröffentlicht. Außer einer Familie mit 2 Kindern und 2 900 DM netto im Monat, haben alle anderen Familien in etwa ein durchschnittliches Einkommen eines Arbeitnehmerhaushaltes zur Verfügung. Die Mütter sind alle nicht berufstätig.

Neben den Spartips der Mütter, die aus ihrer Finanzsituation erklärlich sind, wenig Fleisch, selber nähen, nicht zum Friseur gehen, keine Bücher kaufen, sondern ausleihen, am Telefon sparen (sich immer anrufen lassen), wenig rauchen, eine Universal-Schmierseife anstelle unzähliger Putzmittel usw. ist jeweils die Stellungnahme einer "Expertin für Verbraucherberatung" wiedergegeben. Aus jedem ihrer Kommentare spricht die Verhöhnung und Verspöttelung der Arbeitnehmerhaushalte.

Lassen wir sie etwas ausführlicher zu Wort kommen: "Männern macht das Einkaufen noch Spaß, deshalb sollte man sie zu Hause lassen. Gehen sie zum Großmarkt nie mit knurrendem Magen, aber immer in Eile. Dann nehmen sie nur das Nötigste mit . . . Gehen sie möglichst nie in depressiver Stimmung in die Stadt. Die üppigen Auslagen verführen . . . Sprudel und Salzstangen sollte man nie im Hause haben, wenn man Kinder hat. Tee und Knäckebrot tut's auch . . ."

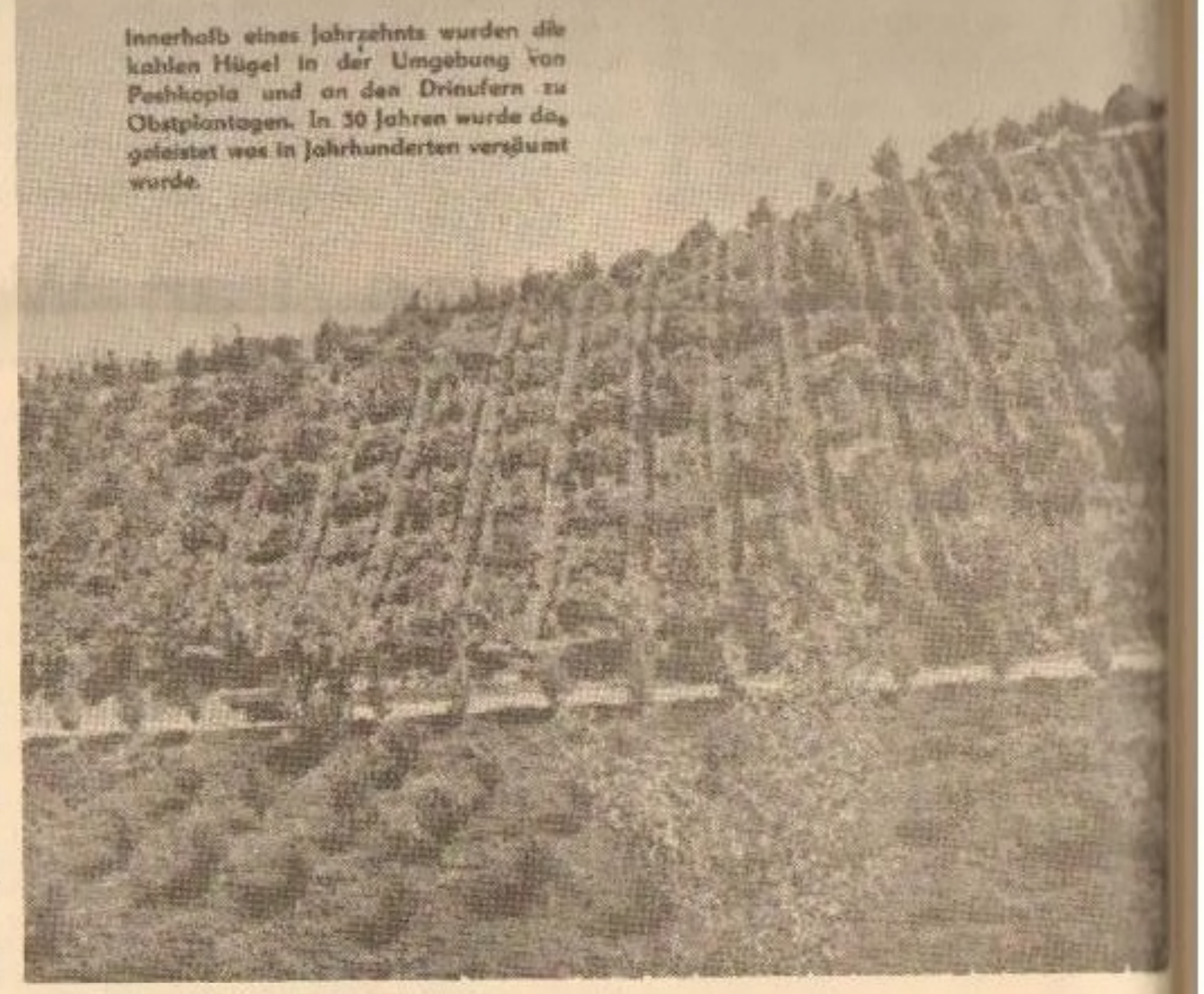
Etwas hilflos wird die Beraterin bei dem Haushaltsplan einer Familie mit einem Kind, wo der Mann als Bühnenbildner seit fast einem Jahr arbeitslos ist. Die Familie hat 858,20 DM netto im Monat – 400 DM weniger als das letzte Gehalt des Mannes. Das Kind wird von den Großeltern versorgt. Die Mutter gibt als Spartips an: "Keine Butter, kein Kaffee, keine Fertiggerichte. Nicht telefonieren, sondern sich anrufen lassen. Auto in der Garage lassen, nur einmal im Monat volltanken."

Die Beraterin: "Was kann man hier noch raten? Wenn Frau Herburger (die Mutter) Auto und Telefon abmeldet, die Zeitung abbestellt, macht das Leben ja schon fast keinen Spaß mehr. Und doch kann man in der Großstadt, wenn's sein muß, auf das Auto verzichten und die Lebensversicherung ruhen lassen."

Ja, Frau Beraterin, wenn's sein muß, kann man auf Kleider, Fleisch, Auto, Telefon und Bücher verzichten! Denn die Arbeiterklasse wird immer am stärksten von der Krise der kapitalistischen Wirtschaft getroffen, durch Preissteigerungen auf allen Gebieten, durch die Arbeitslosigkeit und den Lohnabbau. Sie verzichtet nicht freiwillig , wie es die Aussage dieses "Eltern"-Artikels ist, auf ihren bisherigen Lebensstandard. Die Schuld tragen die Kapitalistenklasse und die Regierung.

–J.D., Westberlin–





Innerhalb eines Jahrzehnts wurden die kahlen Hügel in der Umgebung von Peshkopia und an den Drinufern zu Obstplantagen. In 30 Jahren wurde da, geleistet was in Jahrhunderten versäumt wurde.

Die Volksmassen reissen das Land aus seiner Rückständigkeit, entwickeln Landwirtschaft und Industrie mit Erfolg, indem sie den Sozialismus aufbauen.

Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens
746 Seiten 8,00 DM

"Die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens ist eine Schule der schöpferischen Durchführung des Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen Albaniens und unter den konkreten internationalen Verhältnissen. . .
In diesem Werk wird zum ersten Mal der Versuch gemacht, den Entwicklungsprozeß der albanischen kommunistischen Bewegung, des Lebens und Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens und ihre entscheidende Rolle für den Sieg und die ununterbrochene Durchführung der sozialistischen Revolution sowie die glänzenden Resultate der Politik und der revolutionären Tätigkeit der Partei systematisch, kurz und bündig, jedoch allseitig darzustellen." (Aus der Einleitung)

Enver Hoxha:
Rede vor der Wählerversammlung der Wahlzone 209 in Tirana am 3.Oktober 1974
64 Seiten ca. 1,50 DM
lieferbar ab: 20.11.1974

Enver Hoxha:
Bericht über die Tätigkeit des Zent-alkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
272 Seiten 4,50 DM

Der Marxismus-Leninismus wird über den Revisionismus siegen!
2 Bände, 441 bzw. 414 Seiten
jeder Band 15,00 DM

Die Bände enthalten Artikel des Zentralorgans der Partei der Arbeit Albaniens "Zeri i Popullit" aus den Jahren 1962/63. Sie greifen ein in die Auseinandersetzung um die "Polemik zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung". Entlarvt wird das Wesen der Politik der Chruschtschow-Clique: Annäherung an den USA-Imperialismus und Entmachtung der Arbeiterklasse in der Sowjetunion. Klar wird die Frage, warum die kommunistische Weltbewegung gespalten ist z.B. an der Kritik der albanischen Kommunisten am "jugoslawischen Weg".

Verlag Jürgen Sendler

Neuerscheinung

Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen
Dokumente aus China über die Fortführung der Revolution im Erziehungswesen
164 Seiten 7,50 DM

Bestellungen an: Buchvertrieb Offenbach, 6050 Offenbach, Bieberer Straße 82,
Tel.: 0611/ 88 89 28

Zum 30. Jahrestag der Volksrepublik Albanien

Am 28. November feiert die Volksrepublik Albanien ihren 30. Jahrestag. 30 Jahre Aufbau des Sozialismus, aber auch 30 Jahre der Blockade durch die imperialistischen und seit 1961 auch durch die sozialimperialistischen Länder. In der westdeutschen bürgerlichen Presse erscheint Albanien nur als "Armenhaus" Europas, das noch im Mittelalter lebt; die Menschen, die sich aktiv einsetzen für die Förderung der Freundschaft zwischen dem albanischen und dem deutschen Volk, werden mit Berufsverboten bedroht und belegt, wie der Vorstand der Gesellschaft der Freunde Albaniens; und Veranstaltungen, die der Freundschaft dienen sollen, werden durch Raumverbot versucht zu verhindern, wie unlängst in Frankfurt geschehen. All dies geschieht mit dem Hinweis, daß es keine diplomatischen Vertretungen mit der Volksrepublik Albanien gibt und daher kein Interesse an Informationen über dieses Land in der Bundesrepublik existiert.

Warum gibt es noch keine diplomatische Vertretung? Die albanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß vor Aufnahme der Beziehungen die Frage der Reparationszahlungen für die durch die deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden geklärt sein muß. Dazu führte der albanische Außenminister Nesti Nasi auf der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung aus:

"Das albanische Volk ist eines der ersten Opfer der faschistischen Aggression, und die Besetzung des Landes durch Deutschland im Zweiten Weltkrieg hat ihm großes Leid und Elend, außerordentliche Schäden und Verheerungen zugefügt. Albanien verzeichnete 28 000 Tote (bei einer Bevölkerung von etwa 1 Million Menschen, Anm. des Verf.), die 3 % der damaligen Bevölkerung Albaniens ausmachten; ferner 12 600 Verwundete und 12 150 Internierte. Zehntausende weitere wurden von den deutschen Okkupanten für Zwangsarbeit eingesetzt. Die Wirtschaft und alle Sektoren des Lebens des Landes erlitten kolossale Schäden. Es genügt, unter anderem zu erwähnen, daß 100 000 Gebäude verbrannt und in Schutt und Asche gelegt wurden. 1 850 Städte und Dörfer von insgesamt 2 500, die Albanien hatte, wurden zerstört; über 800 000 Pferde, Rinder und Schafe wurden geraubt; die Landwirtschaft, Wälder, Bergwerke, Häfen, Straßen und Brücken sowie die Verkehrsmittel wurden zerstört. Große finanzielle Mittel sowie viele archäologische Schätze und Kunstgegenstände wurden geraubt. Aus den Schätzungen der zuständigen staatlichen Ausschüsse nach dem Krieg geht hervor, daß die Verluste unseres Landes durch die deutsche Besetzung einen Wert von 2 Milliarden Dollar erreichten – entsprechend dem Dollarkurs von 1938."

Mit diesen Verlusten steht Albanien an erster Stelle der gegen den Faschismus kämpfenden Völker, was seine Verluste an Menschen und materiellen und kulturellen Werten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und zur Größe des Landes betrifft. Die Volksrepublik hat das unverjährbare Recht, die Wiedergutmachung dieser Schäden zu fordern. Dieses Recht müssen wir unterstützen. Die beste Gewähr ist, breite Kenntnisse über den Aufbau des Sozialismus in der Bundesrepublik zu verbreitern und die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk breit zu fördern.

Sofortige Zahlung der Reparationen! Für die sofortige Anerkennung Albaniens durch die Bundesregierung! Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk!